

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Protokoll der 10. Sitzung

Arbeitsgruppe
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-
beteiligung und Transparenz unter Berück-
sichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben,
Schacht Konrad und Morsleben

Dienstag, den 12. Mai 2015, 9:30 Uhr
Sitzungssaal E. 400
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz:

- Hartmut Gaßner
(Sitzungsleitung)
- Ralf Meister

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Begrüßung

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 5**

Protokolle der 8., 9a. und 9b. Sitzung

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 6**

Zuschriften und Internetforum

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 8**

Konzept zur Beteiligung der Öffentlichkeit,
Veranstaltung der Kommission

Tagesordnungspunkt 5 *(nicht aufgerufen)*

Verschiedenes

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Teilnehmer:

Hartmut Gaßner (Vorsitz)

Prof. Dr. Gerd Jäger

Erhard Ott

Abg. Eckhard Pols

Abg. Syliva Kotting-Uhl

Jörg Sommer

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla

Für Min Garrelt Duin: Michael Geßner

Für Klaus Brunsmeier: Thorben Becker

Michael Müller (Vorsitzender der Kommission)

Andreas Fox (Gast)

Michael Fuder (Gast)

Hans Hagedorn (DEMOS)

Helma Dirks (Prognos)

Tagesordnungspunkt 1 **Begrüßung**

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen. Ich erlaube mir, die Sitzung aufgrund des engen Zeitkorsetts, das wir heute haben, bereits zu beginnen. Es gibt, was den Teilnehmerkreis angeht, einige Personen, die heute nicht anwesend sein können bzw. vertreten werden.

Für das Protokoll: Es ist Herr Duin entschuldigt. Für ihn ist Herr Geßner anwesend. Es ist Herr Miersch entschuldigt. Es sind die Vertreter Untersteller, Niehaus und Meinel aus Baden-Württemberg entschuldigt. Es sind Herr Grunwald, Zerr Zdebel und Herr Meister entschuldigt.

Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Ott, die ich gerne entgegennehme. Herr Ott, bitte.

Erhard Ott: Vielen Dank, Herr Gaßner. Ich wollte nur ankündigen, dass ich um 12 Uhr die Sitzung verlassen muss, weil ich zu einer Vorstandssitzung muss.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Wir haben heute insgesamt bis 14 Uhr vorgesehen. Trotz des kleinen Teilnehmerkreises würde ich darum bitten, auch Herrn Voges mitzunehmen. Ich wollte Sie fragen, ob es uns nicht möglich ist, in der nächsten Sitzung am 22. Mai 2015 länger als bis 14 Uhr zu tagen. Wir haben diesen Rhythmus einmal angenommen, weil zeitliche Enge bestand. Umgekehrt ist aber so, dass wir volle Sitzungen durchaus auch wie die anderen Arbeitsgruppen und die Kommission wieder als Vollsitzungen machen sollten. Ich würde deshalb bitten, dass man die nächste Sitzung am 22. Mai 2015 in dem Sinne noch nachläßt und eine Zeit bis 17 Uhr vorsieht, es sei denn, dass aus der Geschäftsstelle der

Widerspruch kommt, den ich nicht sofort klären kann, dass möglicherweise noch andere Sitzungen an dem Tag stattfinden. Das bitte ich noch einmal zu prüfen. Ich glaube aber nicht, dass das der Fall sein wird. Von daher würde ich Sie bitten, erst einmal mitzunehmen, dass wir die nächste Sitzung am 22. Mai bis 17 Uhr gestalten.

Ich darf die Öffentlichkeit und insbesondere auch Frau Wilms und Herrn Hagedorn begrüßen, dem den ich gerade etwas Mut zusprechend sagte, es wäre schon wieder ein bisschen Farbe ins Gesicht gekommen. Das habe ich natürlich in erster Linie zu Frau Wilms gesagt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Darf ich noch etwas zu dem Termin nächste Woche sagen? Ich wollte nur aus Anlass, dass ich nächste Woche nicht länger bleiben kann als ursprünglich vorgesehen, sagen: Diese kurzfristigen Geschichten sind schwierig. Ich setze diese Sitzungen der Kommission sehr prioritär, richte sie mir ein und fehle bei langfristig geplanten Sitzungen so gut wie nie. Ich will hier einmal anbringen, dass ich es nicht gut finde, dass so viele kurzfristig entschuldigt sind. Ich finde, wenn wir das wirklich ernst nehmen, dann müssen diese Sitzungen, wenn sie lange geplant sind, auch Priorität haben; sonst wird das nichts. Kurzfristig ist immer wahnsinnig schwierig. Ich kann es nächste Woche nicht organisieren, dass ich an einer Sitzung teilnehme, die bis 17 Uhr dauert.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich möchte mich dem anschließen. Ich habe jetzt persönlich die gleiche Situation. Ich kann am 22. Mai, allerdings nur bis 14 Uhr. Tut mir leid.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich habe vollstes Verständnis dafür und würde dann bitten, dass

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

wir noch einmal kurz doodeln, wer denn in der Zeit zwischen 14 und 17 Uhr noch kann, damit wir es davon abhängig machen. Ich würde gleichzeitig auch darum bitten, das noch einmal für den 15. Juni und für den Juli-Termin zu prüfen. Ich wiederhole: Da hat sich, glaube ich, etwas „eingebürgert“, was gar nicht so absichtsvoll war, sondern aus einer Sitzung heraus kam, nämlich der Zeitrahmen von 9.30 Uhr bis 14 Uhr. Das hing auch damit zusammen, dass wir ursprünglich einmal geplant hatten, erst um 11 Uhr zu starten. Nachdem wir jetzt um 9.30 Uhr starten, ist es aber nicht angesagt, dass Mitglieder so früh kommen und wir dann doch um 14 Uhr abbrechen. Falls es aber mit der Terminierung so sein sollte, dann würden wir für alle drei Tage bitte noch einmal prüfen, ob wir um ein bis drei Stunden verlängern können; dann haben wir einfach etwas mehr Zeit. Man kann natürlich auch die Tagesordnung ein bisschen danach steuern. Ich bitte um Entschuldigung, gleichzeitig aber auch um Verständnis für die Korrektur, weil wir einige wichtige Stunden vielleicht gewinnen können, die wir insgesamt noch vor der Sommerpause brauchen. Das werden wir ausloten.

Auch Frau Gäbler ist erkrankt. Deshalb habe ich heute das große Wagnis, als Vorsitzender ohne Sprechzettel zu arbeiten. Ich bitte das zu berücksichtigen.

Ich würde dann als Nächstes die Tagesordnung aufrufen. Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Sie sieht nicht „Behandlung der Ausschreibung der wissenschaftlichen Begleitung“ vor, die im E-Mail-Verkehr schon einen recht weiten Stand hat. Das würde ich unter „Verschiedenes“ aufrufen wollen, sodass dieser Punkt auch berücksichtigt ist.

Darf ich fragen, ob es noch weitere Anregungen zur Tagesordnung gibt? - Das ist momentan nicht der Fall, sodass gegebenenfalls noch

Überlegungen unter „Verschiedenes“ aufgenommen werden können.

Darf ich dann davon ausgehen, dass Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind?
Herzlichen Dank. - Damit werden wir nach der Tagesordnung verfahren, die Ihnen vorliegt.

Tagesordnungspunkt 2 **Protokolle der 8., 9a. und 9b. Sitzung**

Vorsitzender Hartmut Gäbner: Die Tagesordnung sieht unter Punkt 2 die Verabschiedung der Protokolle der 8. Sitzung und der Sitzungen vom 20. und 21. April 2015 vor. Ich gehe davon aus, dass sie an alle verteilt worden sind; sonst hätten wir sie nicht auf der Tagesordnung. Gibt es zu diesen Protokollen Anmerkungen, die noch berücksichtigt werden sollen, die noch nicht berücksichtigt worden sind? Es gibt einen kleinen Austausch, den wir, glaube ich, nicht noch einmal aufgreifen müssen. Der dürfte wohl erfolgt sein, sagte mir Frau Gäbler am Telefon. Es geht um einen bestimmten kleinen Baustein, der herausgenommen wurde. Mir wurde angeraten, das nicht schriftlich heranzureichen. Denjenigen, die in der letzten Sitzung in dem kleinen Raum dabei waren, sei in Erinnerung gerufen, dass ich die Frage aufwarf, ob ein kleinerer Disput zwischen Herrn Sommer und Herr Voges stattgefunden hätte. Ich habe dem jedenfalls auch zugestimmt, als die Beteiligten Voges und Sommer darum gebeten hatten, dass dieser Teil nicht mehr im Protokoll auftaucht. - Herr Jäger, Sie hatten sich noch gemeldet.

Prof. Dr. Gerd Jäger: In diesem Zusammenhang: In dem Protokoll ist auch zitiert, dass die beiden Herren Sommer und Jäger als Vorsitzende der Ad-hoc-AG EVU-Klagen diese Aufgabe übernehmen. Das sehe ich nicht so, sondern es ist so: Wir haben die Aufgabe übernommen. Ich habe sie gerne gemacht. Wir sollten sie an den Personen

festmachen, nicht an den Funktionen dieser Arbeitsgruppe.

Im Übrigen habe ich zu den Protokollen einige redaktionelle Änderungswünsche vorgetragen, wo der Mitschnitt wohl nicht richtig war. Aber das ist nicht sinnverändernd.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Jäger. Es ist so, dass Sie als Person angesprochen worden sind. Das sollte dann zukünftig auch so ausgestaltet sein, wenn die Sprache darauf kommt. - Herr Kudla hat sich gemeldet.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Über die 8. Sitzung ist ein Beschlussprotokoll verteilt worden. Von der Sitzung 9a und 9b habe ich zumindest kein Beschlussprotokoll bekommen. Ich war bei 9a und 9b nicht da und hätte das gerne nachgelesen. Gibt es darüber auch ein solches Beschlussprotokoll?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Soweit mir bekannt ist, gibt es das nicht. Es dürfte mit dem spezifischen Inhalt zusammenhängen. Wir hatten uns in der Sitzung 9a mit den Konzeptvorstellungen von Frau Dirks und Herrn Hagedorn ohne deren Anwesenheit beschäftigt und hatten uns am nächsten Tag dann ausschließlich mit den Konzeptvorstellungen beschäftigt, die teilweise in einem kleinen Ausschnitt auch Eingang in das jetzt vorliegende Konzept haben, indem nämlich die entsprechenden Schaubilder fotografisch festgehalten worden sind.

Ich gebe die Anregung weiter, ein entsprechendes Beschlussprotokoll für jede Sitzung zu fertigen, weil es auch denjenigen, die nicht da sind, einen Überblick gibt, selbst wenn er so kurz ist, wie ich ihn gerade gegeben habe. Ich würde auch um der Kontinuität willen darum bitten, dass wir das weiterhin machen.

Tagesordnungspunkt 3 **Zuschriften und Internetforum**

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Voges, gibt es zu diesem Punkt etwas Berichtenswertes?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Vielleicht zu dieser Frage: Wenn es kein gesondertes Beschlussprotokoll gibt, ist es üblich, Beschlüsse an das Protokoll anzuhängen. Allerdings habe ich nicht darauf geachtet, ob das geschehen ist. Dann ist die Bearbeiterin wahrscheinlich der Auffassung gewesen, dass es keine Beschlüsse gegeben hat. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Zum Internetforum kann man sagen, dass es seit der letzten Sitzung kaum noch genutzt worden ist. Es gab meines Erachtens seit dem 23. April nur einen neuen Beitrag.

Es gibt einen neuen Internetauftritt der Kommission, der anfangs Startschwierigkeiten hatte. Ich habe mir aber sagen lassen, dass dies bei solchen Sachen üblich ist. Es funktioniert jetzt eigentlich auch auf mobilen Endgeräten sehr ordentlich und sieht auch ein bisschen ansprechender aus.

Es gab keine Zuschriften an die AG 1. Abgesehen von den zahlreichen Zuschriften, die wir von einem bestimmten Verfasser erhalten, gab es nur eine einzige Zuschrift an die Gesamtkommission, in der ein Wissenschaftler seine Vorstellungen von der Endlagerung in einem Aufsatz darlegt und eigentlich keine Antwort erwartet.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Voges. Tatsächlich ist es so, dass ich heute Morgen auf die Drucksachen, glaube ich, keinen Zugriff hatte. Aber was neu ist, ist ja dann auch immer noch mit einem Zweifel behaftet. Vielleicht können wir das noch einmal prüfen. Meiner Ansicht nach war ich heute Morgen nicht in der Lage, Kommissionsdrucksachen aufzurufen, weil der entsprechende Button einfach nichts

auslöste. Möglicherweise prüfen Sie das noch einmal. Das sollte uns jetzt aber nicht weiter aufhalten. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Noch einmal zu dem Internetforum, zu dem Bürgerforum. Ich meine, das läuft jetzt doch schon seit einigen Wochen. Herr Voges hat das letzte Mal in der Kommission vorgetragen, dass es, glaube ich, 178 Zuschriften bzw. Einträge waren. Davon habe ich etwa 70 bis 80 gelesen. Es wäre geschickt, wenn diese Zuschriften einmal ausgewertet werden würden, was darin an konstruktiven Vorschlägen kam, die wir tatsächlich berücksichtigen sollten. Wir haben ja den Punkt „Zuschriften“. Damit sind weitestgehend die E-Mail-Zuschriften gemeint. Aber das, was letztlich im Forum steht, ist noch einmal ein eigener Bestandteil, und das sollte auch mal dahingehend ausgewertet werden, ob dort einzelne Punkte genannt sind, die wir hier diskutieren sollten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, herzlichen Dank. Wir haben uns mit dem Punkt, glaube ich, immer wieder relativ ausführlich befasst. Ich würde das jetzt proaktiv so fassen wollen, dass Herr Voges am Montag in der nächsten Kommissionssitzung unter dem vergleichbaren Tagesordnungspunkt den Bericht noch einmal für die gesamte Kommission erstattet, damit wir dann nicht wieder Verfahren diskutieren, sondern tatsächlich Inhalte. Herr Voges wird das dann sicherlich für die nächste Sitzung, weil wir so viel darüber gesprochen haben, auch noch einmal machen.

Ich danke Ihnen für Ihre Anregung. - Ist das okay, Herr Voges?

Jürgen Voges(Geschäftsstelle): Ja, das kann ich machen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. - Gibt es noch Anmerkungen zu dem Punkt „Zuschriften und Internetforum“? Wir haben mittlerweile auch die praktizierte „Patenschaft“ von der Deutschen Umweltstiftung und BUND, die sich beide in einer Detailfrage sehr schnell und aktiv geäußert haben. - Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Es gibt noch viele Kleinigkeiten. Die melden wir aber auch immer schön regelmäßig, und die Geschäftsstelle bestätigt, dass sie auch auf die Liste kommen. Diesbezüglich sind wir durchaus geduldig.

Es gibt aber noch eine Situation, die ich für nicht sehr gelungen halte, und zwar ist das die Möglichkeit, sich als Zuhörer, als Gast für unsere Sitzungen anzumelden. Es scheint wohl so zu sein, dass man sich jeweils nur für die nächste Sitzung anmelden kann. Das bedeutet aber, solange eine Sitzung nicht stattgefunden hat, kann man sich nicht für die nächste anmelden. Ist das korrekt? Das hat mir mein Büro berichtet. Ich habe es selber nicht ausprobieren können.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das werden wir vielleicht sammeln. Wir sollten das nicht jetzt klären. Das kann Herr Voges klären.

Jörg Sommer: Um es noch einmal klarzustellen: Es geht nicht nur um die nächste Sitzung einer Arbeitsgruppe. Man kann sich generell nur für die nächste Sitzung im Gesamtpaket anmelden. Das heißt, man konnte sich für die Sitzung heute wohl scheinbar erst gestern Nachmittag anmelden. Das ist zum einen sehr kurzfristig als für mögliche Zuhörer und Zuschauer und zum anderen als Botschaft vielleicht auch nicht sehr geschickt. Außerdem hat mir die Geschäftsstelle berichtet, dass es natürlich auch ein bisschen problematisch für die Geschäftsstelle werden kann, Zugangsmöglichkeiten zu organisieren. Ist das so korrekt? Ist das so wahrgenommen? Ist das Problem bekannt?

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Alle diese Probleme, die Sie nennen und die Sie ja auch der Geschäftsstelle mitgeteilt haben, hat Herr Lübbert - ich bin es nicht, der das in diesem Fall macht - an den Dienstleister weitergegeben. Diese Probleme wurden nach und nach abgearbeitet. Wie das jetzt mit der Anmeldung ist, kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht sagen.

Erst einmal ist es merkwürdig, dass es weiterhin bei dem Terminkasten überhaupt keine Möglichkeit gibt, sich anzumelden. Es hat dazu ein umfangreicher Schriftverkehr stattgefunden. Es hat viele Schreiben, viele Mängel, ich würde fast sagen, dutzendfach Mängel gegeben. Dann gab es auch Auseinandersetzungen um die Frage: Müssen die Mängel von dem Dienstleister nachgearbeitet werden, oder muss man zu jedem Mangel einen neuen Auftrag schreiben, der dann zu weiteren Zahlungen führt? Ich weiß es, ehrlich gesagt, nicht.

Jörg Sommer: Aktuell ist es so. Ich kann mich jetzt für die Sitzung der AG 2 von gestern anmelden. Das ist die einzige Möglichkeit, die ich habe.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde Sie bitten - der Hinweis ist so eindeutig -, dass wir dem jetzt nicht in der Sitzung nachgehen, sondern wir haben ihn identifiziert, und die Bitte lautet, dass das entsprechend weiterentwickelt wird. Ich muss heute ein bisschen mit der Zeit haushalten. Es sind natürlich ausdrücklich alle eingeladen. Wir sind ein Stück weit diejenigen, die das mit betreuen. Deshalb müssen wir diese Sache mit aufnehmen, aber auf kürzest möglichen Wegen.

Ich rufe nun auf:

Tagesordnungspunkt 4 **Konzept zur Beteiligung der Öffentlichkeit, Veranstaltung der Kommission**

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir diesen Punkt in der Reihenfolge besprechen, wie er hier wiedergegeben ist, dass wir uns also zunächst mit dem umfangreicheren Beteiligungskonzept beschäftigen und im Anschluss daran mit dem Konzept für die Veranstaltung.

Zunächst habe ich die Frage, ob auch unsere Gastmitglieder Herr Fox und Herr Fuder die Unterlagen erhalten haben. - Das ist also problemlos passiert. Die Unterlage hat Herr Hagedorn am Sonntag um 2.46 Uhr verschickt. Sie wurde am Montag um 9.55 Uhr an die Mitglieder weitergereicht, was in Anbetracht der dann zur Verfügung stehenden Zeit relativ schnell war.

Ich rufe zunächst die Unterlage „Konzept für die Beteiligung der Öffentlichkeit am Bericht der Kommission - Firma DEMOS“ auf und frage erst einmal lehrerhaft: Wer hatte Gelegenheit, sich die Unterlage schon einmal anzusehen, sodass er in einem Brainstorming schon eine erste Einschätzung geben könnte, oder wer würde es jetzt bevorzugen, dass wir eine halb- bis dreiviertelstündige Darstellung entgegennehmen, was ich durch die rhetorische Einleitung eigentlich vermeiden wollte? Aber ich kann die Leute auch nicht übergehen.

Erst einmal die Frage: Wer hatte Gelegenheit, sich die Unterlage anzugucken? - Gut, da fallen nur so wenige heraus, die ich hier nicht namentlich benenne, dass wir jetzt davon ausgehen können, dass wir ein Stück weit in die Diskussion einsteigen können.

Die Diskussion sollte vielleicht so beginnen, dass ich zunächst drei bis vier Personen bitte, einen

ersten Eindruck wiederzugeben, damit wir ungefähr ein Gefühl dafür bekommen. Sieht sich jemand in der Lage, schon einmal ein erstes Statement zur Themenauswahl, zu Zielgruppenidentifizierung und insbesondere dann auch zur Zuordnung von Themen und Formaten abzugeben? Das ist ja sozusagen die Struktur. Wenn Sie sich dazu bitte auch das Inhaltsverzeichnis noch einmal angucken. - Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank. - Ich möchte mich im Wesentlichen auf einen Punkt konzentrieren und Sie dazu bitten, die Seite 21 aufzuschlagen. In der Darstellung, die Sie dort sehen, ist das Konzept aus meiner Perspektive sehr komprimiert und übersichtlich angerissen. Man kann hier auch das aus meiner Sicht noch bestehende Verbesserungspotenzial adressieren.

Wesentliche Elemente des Beteiligungskonzepts sind sicherlich darin zu sehen, dass wir uns darüber verständigen, welche Zielgruppe wir erreichen wollen. Dazu haben wir beim letzten Mal eine intensive Diskussion geführt. Ich finde, die Zielgruppenliste ist schon ganz gut getroffen. Einige Modifikationen werden wir sicherlich in der Diskussion noch ansprechen.

Es ist noch nicht so gut gelungen, die Themen zu identifizieren bzw. zu adressieren. Ich würde die beiden Dinge - vielleicht ein Vorschlag für die Diskussion - zunächst einmal unabhängig voneinander behandeln. Welches sind die Themen, die wir in der Bürgerbeteiligung adressieren wollen und an denen wir die Bürger intensiv beteiligen wollen? Da scheint mir die Fokussierung auf die Aufgaben der Kommission auch mit Blick auf den Bericht, den wir später abgeben, noch nicht so gut gelungen. Diesbezüglich müsste man noch nacharbeiten. Das heißt, wenn man dann die Themen noch einmal an den Vorstellungen spiegelt, die wir ja immer weiter konkretisieren, was im Bericht steht und was dann auch von unserer Zielgruppe als Kommission - sprich: Bundestag,

Bundesrat - an Antworten erwartet wird, dann kommen wir sicherlich noch zu einer Fokussierung dieser Themen.

Wenn man diese beiden Blöcke voneinander trennt und neu zuordnet, dann hätten wir einen wesentlichen Schritt nach vorne gemacht. Zum Beispiel, dass es aus meiner Sicht sehr wohl sinnvoll ist, bestimmte Themen, die wir für sehr wichtig halten, mit unterschiedlichen Zielgruppen zu diskutieren. Man muss nicht die Zielgruppen einem Thema zuordnen und vice versa, sondern es ist aus meiner Sicht sinnvoll, bestimmte Themen mehreren Zielgruppen für die intensive Beteiligung zu offerieren.

Das ist aus meiner Sicht - ich will es dabei bewenden lassen - ein Kern, den wir noch diskutieren sollten, um das Konzept weiterzuentwickeln. - Vielen Dank.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger, vielen Dank. Ich würde auch die anderen bitten, erst einmal sehr kurz Anregungen zu geben, damit ich jetzt nicht schon zu einer langen Debatte eingeladen habe. - Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Ich versuche, mich auf zwei oder drei Punkte zu beschränken.

Der erste Punkt: Im Konzept steht, dass die Themen, wie sie jetzt aufgeführt sind, einer Weiterentwicklung unterliegen. Das finde ich tatsächlich wichtig, weil wir das bisher noch nicht intensiv diskutiert haben. Es gab eine Diskussion im Zusammenhang mit der Veranstaltung, aber eigentlich noch nicht im Zusammenhang mit der Beteiligung. Da sollte man tatsächlich noch einmal draufgucken.

Mich wundert, dass das Suchverfahren als solches - nicht als Thema - auftaucht, natürlich unter dem Gesichtspunkt Öffentlichkeitsbeteiligung oder Ähnliches. Aber vielleicht ist als Ganzes ein

Thema, das für viele Zielgruppen relevant sein kann. Die Kommission ist noch nicht so weit, dass man sagen kann: Okay, das ist jetzt schon eine Zielrichtung, auf die wir uns verständigt haben. - Wenn man guckt, was die Kommission bisher geleistet hat, gibt es da noch nicht so viel. Aber das wird, glaube ich, zentral sein. Deshalb finde ich es wichtig, dass man das für einige Zielgruppen dann auch als ein wichtiges Thema nimmt.

Zum zweiten Punkt - Verbindlichkeit oder Einfluss der Bürgerbeteiligung - haben wir beim letzten Mal keinen Beschluss gefasst, sondern nur darüber diskutiert und gesagt, das soll im Konzept konkretisiert werden. Wenn ich es richtig verstanden habe, sehen Sie in dem Konzept keine Mitentscheidung, sondern ein Mitverhandeln vor, also für keine Zielgruppe eine Art von Mitentscheidung. Das finde ich auf einer Seite schade. Auf der anderen Seite führt das tatsächlich dazu, dass dem Anspruch an dieses Mitverhandeln und vor allen Dingen an die Sichtbarkeit der Ergebnisse und auch an die Frage, wie damit umgegangen wird, eine extrem hohe Bedeutung zukommt. Es steht und fällt in dem Konzept mit diesen Botschaftern, wie gut sie ausgewählt werden, wie viel Zeit sie haben, wie viel Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen und Ähnliches. Ich mache zumindest einmal ein großes Fragezeichen dahinter, ob das ein wirklich realistisches Konzept ist.

Ich finde es eigentlich gut, in eine nachvollziehbare Verhandlung zu kommen und tatsächlich auch Botschafter für die einzelnen Formate und Ergebnisse zu haben. Aber das Konzept kann nur funktionieren, wenn von Anfang an klar ist, dass es diese Personen gibt, die es machen, und dass sie auch in der Lage sind, das zu machen.

Damit komme ich zum dritten Punkt: „Zielgruppen“. Ich habe immer dafür geworben, dass wir

diejenigen einbeziehen, die jetzt schon - in welcher Form auch immer - mit dem Thema Atommülllagerung konfrontiert sind, seien es Zwischenlagerstandorte, sei es Rückbau, seien es gescheiterte Lagerversuche, seien es potenzielle Regionen. Das steht hier jetzt drin. Ich finde aber, dass nicht unbedingt nur die Zwischenlagerstandorte oder BGR-Region, also potenziell betroffene Regionen, zu nennen sind, sondern möglichst umfassend alle, die jetzt schon von dem Thema Atommülllagerung betroffen sind. Auf gar keinen Fall sollte man das auf Bürgermeister und Landräte beschränken. Ich weiß nicht, ob es wirklich so gemeint ist, aber in der Tabelle sieht es so aus. Im Text selbst war mir das gar nicht aufgefallen. Das fände ich tatsächlich nicht sinnvoll. Sicherlich ist es wichtig, die Bürgermeister und Landräte dabei zu haben, aber ich glaube, es gibt in den Regionen weitaus mehr Menschen, die Erfahrungen haben und die wir in diesen Prozess einbinden sollten.

Zumindest für die Regionen, wo es dezidiert negative Erfahrungen gibt, halte ich es für sinnvoll, als Thema auch das Leitbild zu nehmen. Insgesamt finde ich es aber zentral für die bereits jetzt potenziell betroffenen Regionen, das Verfahren der Standortsuche zu diskutieren und den Versuch zu unternehmen, eine Verständigung zu erzielen. Man sollte sich gerade bei dieser Zielgruppe nicht auf das Thema Leitbild der Kommission beschränken.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Sommer hat das Wort.

Jörg Sommer: Die Tabelle auf Seite 21 ist deshalb gefährlich, weil ich ihr auch zuerst erlegen bin. In der Kürze der Zeit dachte ich, ich kann aus der Tabelle kompakt die entsprechenden Informationen herauslesen. Die Tabelle führt relativ häufig in die Irre, weil die einzelnen Konzepte zu den Zielgruppen sehr genau begründet sind. Sie sind in der Tabelle übersichtlich, aber

deshalb sehr verkürzt dargestellt. Ich glaube, wir sollten uns heute nicht zu sehr an der Tabelle abarbeiten, sondern vielmehr versuchen, den Denkprozess noch einmal anders nachzuvollziehen.

Zwei Dinge finde ich in diesem Konzept sehr gut gelungen. Es ist tatsächlich sehr verständliche Beschreibung der Botschafterrolle, sodass langsam klar wird, welche Funktion das darstellen kann. Auch die Herausarbeitung unserer Diskussion vom letzten Mal ist gut gelungen, was das Leitmotiv des Wir-wollen-beteiligen-Lernens angeht. Auch das ist deutlich konkreter geworden.

In Bezug auf die Verbindlichkeit des gesamten Prozesses für den Endbericht vermisste ich allerdings noch etwas. Daran müssen wir noch arbeiten; da steckt noch etwas zu wenig drin. Das Konzept ist aber, glaube ich, sehr gut geeignet, weil es uns zwei Dinge vorgibt: Zum einen eine Struktur, an der wir uns abarbeiten können, und zum Zweiten auch eine Anregung zum Prozess, wie wir in unserer Diskussion weiterkommen können.

Ähnlich wie Herr Jäger denke ich, wir sollten uns heute die Zeit nehmen, um die Themen noch einmal zu lokalisieren und zu diskutieren. Da gibt es noch unterschiedliche Ansätze. Das halte ich für sehr wichtig. Wir sollten aber auch berücksichtigen, dass wir im Kontext unseres Mottos „Wir wollen beteiligen lernen“ am 20. Juni 2015 eine Veranstaltung durchführen, die unter anderem das Ziel hat, auch ein Stück weit zu ermitteln, welche Themen denn den Menschen unter den Nägeln brennen. Es wäre ein falsches Signal, wenn wir vor dem 20. Juni 2015 beschließen würden, welches die gesamten Themen des Beteiligungsprozesses sind, und am 20. Juni 2015 fragen wir dann die Öffentlichkeit, welche Themen sie gerne hätte. Das hätte dann nicht mehr sehr viel Relevanz. Wir müssen also den 20. Juni 2015 für unser Konzept noch berücksichtigen.

Wenn wir uns bezüglich der Themen weitgehend geeinigt haben, wäre ich dafür, noch einmal über die Zielgruppen zu diskutieren. Ich glaube, das geht relativ schnell. Dann beginnt das richtig Lustige, nämlich das zu verschränken. Dabei halte ich es für sehr wichtig, dass uns klar ist: Es gibt nicht für jedes Thema genau eine Zielgruppe und umgekehrt und dazu dann eine praktische Maßnahme. Es wäre natürlich fantastisch, wenn das möglich wäre, aber das wäre natürlich nicht klug. Ich weiß nicht, wie weit wir heute kommen, aber ich schlage vor, so vorzugehen: Themen lokalisieren, Zielgruppen noch einmal diskutieren und dann schauen, was miteinander korrespondiert. - Danke schön.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Zunächst haben Herr Fox und Frau Kottling-Uhl das Wort. Im Anschluss daran würde ich einen Strukturierungsvorschlag machen.

Andreas Fox: Meine Damen und Herren, ich würde zunächst einmal ganz vorne auf Seite 2 ansetzen, wo bei den Zielen weiterhin die Rede davon ist, dass Lösungsvorschläge letztlich unüberwindbare Widerstände erzeugt haben, Lösungsvorschläge, die nach bestem Wissen von Experten ausgearbeitet worden sind. Man rekurriert hier auf Gorleben und andere Projekte. Ich glaube, auch in dieser Kommission ist häufig daran erinnert worden, dass Gorleben aus Sicht von Experten am Anfang noch nicht mal dritte Wahl war. Hier ging es um eine politische Entscheidung. Wenn die Kommission mit einer solchen Präambel in die Öffentlichkeit geht, konterkariert das den gesamten Prozess. Ich denke, das sollte man auf jeden Fall anders anfassen und deutlich machen, dass es diese Konflikte gibt, dass es sicherlich auch eine Frage von politischen Entscheidungen ist und dass nicht nur die „armen Wissenschaftler“ dort irgendwie missverstanden worden sind oder so etwas in der Art. Ich hatte das in der letzten Kommissionssitzung auch schon angemerkt, aber vielleicht gelingt es

ja, das noch einmal zu überarbeiten, bevor es in die Öffentlichkeit geht und dann zur Diskussionsgrundlage wird.

Das Zweite: Hier wird deutlich, dass bei den Zielgruppen zwischen der engagierten Öffentlichkeit und der kritischen Öffentlichkeit unterschieden wird. Es wurde gerade schon problematisiert, dass man nicht genau trennen kann, wer nun wann wo letztlich angesprochen ist und sich angesprochen fühlen soll. Eine solche Unterscheidung macht in der Praxis eigentlich wenig Sinn. Wenn man eine kritische und offene Diskussion will, die auch die aktuellen Konflikte nicht aus den Augen verliert, muss man die kritische Öffentlichkeit von vornherein einbeziehen und kann nicht sagen, es sind nur engagierte, die noch nicht so richtig involviert sind. Von daher sollte man diese Veranstaltungsformate daraufhin überprüfen, dass die engagierte und kritische Öffentlichkeit auch generell mit angesprochen ist. - Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank.
- Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Danke, Herr Vorsitzender. - Ich will an dem Punkt anfangen, wo auch Herr Fox angefangen hat, und vorausschicken, dass ich es wichtig fände, dass wir erst einmal die Punkte 1 und 2 diskutieren, bevor wir Punkt 3 diskutieren; denn wenn in 1 und 2 Fehlannahmen stecken - und die stecken meiner Meinung nach darin -, dann stecken auch Fehler in 3.

Der erste Satz unter Punkt 1 - Ziele - ist falsch. Es gab bisher keine lange Suche. Es gab überhaupt keine Suche nach einem Endlager, und es gab auch keine Lösungsvorschläge, die einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden sollen. Das, was da so steht, als hätte es schon stattgefunden, ist das, was wir tun wollen. Das gab es aber noch nie. Von daher gibt es daraus auch keine Erfahrungen.

Im zweiten Absatz ist von Beteiligungsbereitschaft die Rede. Ich bin sehr dafür, dass wir die Beteiligungsbereitschaft im Konzept erwähnen, auch später für die Suche. Aber dann muss uns klar sein, ob wir das meinen, was der AKEnd unter „Beteiligungsbereitschaft“ definiert hat. Ich bin mir nicht sicher, ob wir darüber schon einen Konsens erzielt haben oder ob wir etwas anderes damit meinen, was aber meiner Meinung nach nicht geht, weil dieser Begriff doch eine ganz bestimmte Bedeutung hat.

Auf den Seiten 10 und 11 steht im Einführungstext unter Punkt 2.2 - Themen -, dass es um die Empfehlungen, die die Kommission gibt, geht, die Gegenstand der Öffentlichkeitsbeteiligung sein sollen. Dann sind aber sehr viele Punkte genannt, zu denen es keine Empfehlung geben wird. Es gibt zum Leitbild keine Empfehlungen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob wir das Leitbild öffentlich diskutieren sollten. Ich halte es für richtig, dass es eine Entscheidungsmöglichkeit gibt, ob bei den Dingen eine Mitwirkungsmöglichkeit gegeben sein soll, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden kann und wozu wir die Beteiligung und auch die Meinungen aus der Öffentlichkeit haben wollen. Das sehe ich beim Leitbild nicht, denn das Leitbild ist sozusagen die Vorgabe, die sich aus der Geschichte usw. ergibt. Zur Lagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle wird es keine Empfehlung der Kommission geben. Ich weiß nicht, warum wir die Öffentlichkeit beteiligen sollen, wenn wir dazu selber am Ende keine - das ist zumindest bisher der Stand in der Kommission - Aussage machen werden.

So geht es mit einigen Themen weiter, dass sie einfach benannt sind, obwohl es dazu keine Empfehlung geben wird. Zur Zukunft von Gorleben und Schacht Konrad wird es keine Empfehlungen geben. Gorleben wird im Laufe des Prozesses wissenschaftlich ausgeschlossen werden -

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

davon ist zumindest ein großer Teil der Mitglieder der Kommission überzeugt -, aber es wird keine Empfehlung dazu geben. Das wäre genau das, was wir eben nicht tun sollen, wenn wir einen wissenschaftsversierten Prozess machen. Schacht Konrad ist überhaupt nicht Thema dieser Kommission.

Vielleicht noch zur regionalen Öffentlichkeit. Das ist mir sehr wichtig. Dazu habe ich eine etwas andere Einstellung als Herr Becker. Ich bin nach wie vor sehr dafür, dass wir potenzielle zukünftige Standorte nicht heute schon definieren, weder auf Grundlage der BGR noch auf Grundlage von sonst irgendetwas. Das ist kontraproduktiv zu dem Ziel einer ergebnisoffenen Suche, für die die Kriterien noch festgelegt werden und für die dann auch neue Studien gemacht werden müssen. Denn ich glaube nicht, dass wir uns alle auf das verlassen wollen, was die BGR uns vor Jahren zum Teil auch politisch motiviert vorgegeben hat.

Deswegen: Bitte grundsätzlich nicht von den zukünftigen potenziellen Standortregionen sprechen und sie gar noch in irgendetwas in dieser Bezeichnung einbeziehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Als grobes Gerüst ist das Ganze in meinen Augen gut brauchbar, aber an einigen Stellen muss man schon noch nacharbeiten.

Ich will auch bei dem Punkt 1.1. - Ziele - anfangen. Als ich den Absatz gelesen habe, hat mir eigentlich etwas gefehlt, was das eigentliche Ziel dieses Papiers ist. Das Ziel dieses Papiers steht in der Überschrift. Das finde ich aber nicht wortwörtlich im Abschnitt 1. Hier geht es um ein Konzept für die Beteiligung der Öffentlichkeit am Bericht der Kommission. Da sollte auch noch

einmal die Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der Standortsuche unterschieden werden. Die wollen wir zwar diskutieren, aber das muss klar getrennt werden. Es geht nur um die Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der Kommissionsarbeit.

Punkt 2: Das Wording muss ab und zu noch geändert werden, aber dazu werden wir kommen, wenn wir das abschnittsweise durchgehen.

Punkt 3: Die Botschafter. Diese Idee finde ich gut. Mir hat auch sehr gut gefallen, wie das Ganze beschrieben ist. Ich war bei der letzten Sitzung nicht da. Es gibt kein Beschlussprotokoll. Insofern formuliere ich jetzt, ohne die Inhalte der Diskussion der letzten Sitzung zu kennen.

Was ich mich dann allerdings gefragt habe, als ich mir die Tabelle auf Seite 21 angeschaut habe: Wer soll das alles machen? Wenn ich die Beteiligung an den Sitzungen sehe und wenn ich dann sehe, was noch auf uns zukommt, muss ich sagen: Wenn einer sich als Botschafter zur Verfügung stellt, dann hat er im zweiten Halbjahr 2015 nichts anderes zu tun, als Veranstaltungen zu besuchen und vor- und nachzubereiten. Deswegen, Herr Gaßner, schlage ich vor, dass wir uns bezüglich der themenspezifischen Beteiligungsformate noch einmal überlegen, welche Formate wirklich für unseren Bericht von Bedeutung sind. Beispiel: Collaborative Storytelling in der Öffentlichkeit. Erwarten wir wirklich so viel, dass wir davon etwas für unseren Bericht verwenden können?

Auch Synopsenbildung mit Journalisten kann man sicherlich machen. Ich will das nicht abbrechen. Aber erwarten wir wirklich so viel daraus, und können wir das leisten, dass wir das im zweiten Halbjahr 2015 angehen?

Das gilt auch die Beteiligung von Schulklassen bzw. für die Angebote an Schulklassen. Das kann man sicher machen; das finde ich gut. Aber ob jetzt dabei tatsächlich so viel für unseren Bericht herauskommt, dahinter will ich einmal ein Fragezeichen setzen.

Der Rest - vor allen Dingen das Wording, beispielsweise der Begriff BGR-Standorte für potenzielle Endlagerstandorte - muss auf jeden Fall gestrichen werden. Da gibt es noch einige weitere Begriffe. - Vielen Dank.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Nun Herr Pols, und dann würde ich die Diskussion gerne strukturiert fortführen wollen. Eigentlich wollten wir zunächst nur Eingangsstatements hören.

Abg. Eckhard Pols: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich kann es ganz kurz machen.

Auch mir ist dieser Absatz aufgefallen, den Frau Kotting-Uhl bereits ansprach, Zukunft des Salzstocks Gorleben bzw. Zukunft Schacht Konrad. Wir diskutieren hier nicht über Schacht Konrad. Dort haben wir ein genehmigtes Endlager für schwach- und mittelradioaktive Stoffe. Das ist nicht unsere Aufgabe. Konrad wird gebaut, dann kommt irgendwann einmal etwas hinein, und fertig. Es ist nicht unsere Aufgabe, die wir nach dem Gesetz haben, dieses Fass auch noch aufzumachen. Wir dürfen das nicht alles vermischen. Ich gebe Frau Kotting-Uhl Recht, dass wir uns hier nicht über irgendwelche potenziellen Standorte unterhalten sollen. Wir verbrennen nur irgendetwas, was uns in Zukunft daran hindern wird, zu dem Ziel zu kommen, wohin wir wollen. Die Punkte 2.2 bzw. 2.3 müssen also auf jeden Fall überarbeitet werden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Pols.

Ich würde das jetzt gerne so diskutieren, wie es vorgeschlagen wurde, allerdings mit einer Unschärfe, die ich noch mit zwei Beiträgen zur Diskussion stelle. Ich schlage entgegen der Systematik, die sich aus der Tagesordnung ergibt, vor, dass wir jetzt nicht mit den Zielen und Leitlinien beginnen, sondern dass wir damit beginnen, was die Mehrzahl derjenigen, die sich geäußert hat, genannt hat, nämlich zunächst die Identifizierung von Themen, die Identifizierung von Zielgruppen und die Frage der Zuordnung in den Vordergrund zu stellen. Ich würde es gerne so herum diskutieren. Wir haben in der Arbeitsgruppe schon einmal die Erfahrung gemacht, dass wir gerade an diesem Punkt vielleicht zu fein geworden sind. Wir müssen vom Ziel her eine Struktur entwickeln - ich sage es mal vorsichtig -, dass wir ein Konzept haben, das im Prinzip am Montag vorgelegt werden kann. Da kann man bezüglich einiger Sachen auch noch Überarbeitungsbedarf sehen.

Um vielleicht eines zusammenzuführen: Wir werden versuchen, die Punkte 1 und 2 noch zu diskutieren, aber ich würde persönlich das Votum von Herrn Fox und Frau Kotting-Uhl aufgreifen, dass der einleitende Satz eine Veränderung erfahren sollte. Dann hätten wir das nämlich entschärft. Auch mir ist deutlich aufgefallen, dass hier nicht die gesamte Wissenschaft gegen die gesamte Bevölkerung steht. Das sollte man einfach entschärfen.

Als Nächstes schlage ich vor, dass wir zunächst einmal identifizieren, dass wir von Frau Dirks und Herrn Hagedorn, methodisch gesehen, einen etwas anderen Zugang haben, als wir ihn bislang hatten. Wir waren stärker von der Frage ausgegangen: Welche Zielgruppen haben wir, welche Zielgruppen können wir in unterschiedlicher Intensität mit Themen beschäftigen, und inwieweit können im Rahmen der stärkeren Intensität von

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Zielgruppen je nach Nähe zu den Themen unterschiedliche Mitwirkungen entstehen? Wir nannten das Beteiligungstiefen.

Sie sind jetzt so vorgegangen, dass Sie mit den Themen angefangen haben, und erwischen uns da ein Stück weit auf dem falschen Fuß, weil Sie nämlich die Gliederung, die die Kommission bislang nicht erörtert hat, zur Grundlage Ihrer Themenidentifizierung gemacht haben, sodass die Beiträge von Frau Kotting-Uhl und Herrn Pols sich momentan gegen den Gliederungsentwurf wenden und noch nicht im feinen sehen, dass Sie eins zu eins das übernommen haben, was in der momentan vorliegenden Gliederung am Anfang als Empfehlung steht, obwohl die Gliederung am Ende auch Empfehlungen vorsieht. Die Empfehlungen, die die Gliederung am Ende vorsieht, sind die Empfehlungen, die stärker aus der Arbeit der Arbeitsgruppen herrühren, während die Empfehlungen, die am Anfang stehen, eher noch nicht hinreichend identifiziert sind, um es vorsichtig zu formulieren, weil ihnen diesbezüglich - das merkt man dann aus meiner Sicht; das ist jetzt aber eine Wertung - im Zuge des Versuchs der Subsumtion unter die bisherigen Überschriften ein Stück weit die Luft ausgeht.

Ich schlage vor, dass wir uns zunächst noch einmal mit der Frage beschäftigen: Sind wir tatsächlich so weit, derart konkret Themen zu benennen? Respektive: Was geben wir mit auf den Weg, wie andere Themen gefunden werden können, noch einmal wiederholend, dass wir bislang davon ausgegangen sind, dass den Zielgruppen bestimmte Formate zugeordnet sind und dass sie dann auf dem Weg die Themen auch bekommen?

Somit haben Sie uns letztendlich in eine Situation gebracht, die ausgesprochen schwierig zu handeln ist, um es einmal sehr vorsichtig zu formulieren. Wir können und wollen jetzt keine Gliederungsdiskussion führen, sondern wir müs-

sen uns nun gewahr werden: Woher kommt letztendlich dieser Zugang von Frau Dirks und Herrn Hagedorn? Der stammt aus der Gliederung. - Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Entschuldigung, Herr Vorsitzender. Ich würde gerne noch einen Punkt zum Ablauf der heutigen Sitzung ansprechen wollen.

Die erste Runde zum Beteiligungskonzept und auch Ihre Ausführungen zeigen ja, dass wir darüber noch intensiv diskutieren müssen. Wir sind in einem gewissen Dilemma. Wir müssen aber in der Kommission sprechfähig sein und Vorschläge machen, wie das Konzept aussieht. Auf der anderen Seite haben wir heute noch die „Veranstaltung zur Beteiligung“ vor uns. Angesichts des knappen Zeitbudgets frage ich mich, wie wir das schaffen sollen. Wir müssen es schaffen, das Konzept der Veranstaltung zu verabschieden, wir müssen es schaffen, den Flyer zu verabschieden, und wir müssen es idealerweise auch schaffen, das Beteiligungskonzept in den wesentlichen Eckpunkten heute zu verabschieden.

Ich weiß nicht, welches Timing Sie vorgesehen haben. Das ist jetzt eine Frage an Sie, Herr Gaßner. Entweder machen wir jetzt genau das, was wir begonnen haben, und steigen so ein, wie Sie es vorgeschlagen haben. Dann müssten wir uns allerdings ein zeitliches Limit setzen, um sicher zu sein, dass wir die beiden anderen Punkte in jedem Fall heute noch gemeinsam verabschieden. Die müssen wir auf den Weg bringen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, es ist Teil der Aufgabe des Vorsitzenden, darüber zu wachen, dass das gelingt, mit der wertenden Bemerkung, dass das Veranstaltungskonzept schon zu 90 Prozent steht. Die Formulierung, dass ein Spiegelstrich darin geändert wird, sollte jetzt nicht den gesamten Zeitablauf durcheinanderbringen. Der

Flyer ist fertig. Ich gehe natürlich davon aus, dass wir noch zu dieser Veranstaltung kommen. Lassen Sie uns doch als Zielpunkt sagen, dass wir uns um 12 Uhr einmal verständigen, wo wir stehen, und dass wir dann insbesondere auch sehen, ob wir bei dem Punkt, den wir jetzt beginnen zu diskutieren, in eineinhalb Stunden so weit sind, dass wir dann am Montag auch ein Konzept haben, wie wir in die Sitzung gehen. Ich würde sagen, um 12 Uhr machen wir ein Zwischenfazit und reflektieren gemeinsam, wo wir zeitlich und inhaltlich stehen.

Ich würde jetzt gerne Beiträge zu dem Thema aufrufen, wie wir mit dem Vorschlag von Dirks/Hagedorn, bezogen auf Themenidentifizierung, umgehen. Sehen wir uns in der Lage, im Rahmen eines Brainstormings jetzt neue Themen zu setzen? Das ist jetzt die Frage, wie wir methodisch vorgehen. Dazu hat sich jetzt zunächst Herr Fuder gemeldet.

Michael Fuder: Ich freue mich, dass in dem Konzept konkret Themen benannt sind, mit der Ergänzung, dass das weiterentwickelt werden muss. Ich freue mich deswegen, weil es zumindest an einen entscheidenden Punkt, wahrscheinlich sogar Konfliktpunkt innerhalb dieser Gruppe führen wird, den wir wirklich diskutieren müssen und wo es vielleicht auch wehtut. In der Leichtathletik gibt es den Weitsprung und den Dreisprung. Beim Weitsprung geht es darum, einmal weit zu springen, und dann hat man Erfolg. Beim Dreisprung reicht es nicht aus, den ersten Sprung gut zu setzen, sondern man muss gucken: Wie bereite ich Sprung zwei und Sprung drei vor, damit es ein gutes Gesamtergebnis gibt?

In einer ähnlichen Situation sind wir hier. Wenn diese Öffentlichkeitsbeteiligung ausschließlich auf den Bericht der Kommission fokussiert, dann drohen Schritt zwei und Schritt drei zu versanden. Bürgerbeteiligung funktioniert nicht nach der notwendigen Struktur und Gliederung eines

Bundestagsausschusses, sondern Bürgerbeteiligung hat in sich etwas immanent Chaotisches. Das heißt, wenn den Leuten, die bereit sind, sich zu beteiligen, von Anfang an verwehrt wird, sich mit den Dingen zu beschäftigen, die in der Luft schwirren und die in der Gesellschaft in den wesentlichen Gruppen diskutiert werden, wenn ihnen verwehrt wird, das in der Beteiligung zu thematisieren, dann wird dieser komplette Prozess - das ist meine Prognose - scheitern.

Gerade diese erste Phase muss deshalb in der Art und Weise wie sie geführt wird und was diskutiert wird, so glaubwürdig sein, dass die Bereitschaft besteht, sich in der sehr langen Endlager-suchphase überhaupt zu beteiligen und sich ernstgenommen zu fühlen.

Was heißt das konkret? Das heißt ganz konkret: Wenn wir das Thema Gorleben und Konrad aussparen, obwohl es in der gesellschaftlichen Diskussion einen hohen Stellenwert hat und in Bezug auf Konrad zurzeit aus gutem Grunde sehr hochkocht, dann wird die komplette weitere Öffentlichkeits- oder Bürgerbeteiligung – je nachdem, wie man es nennt - von vornherein so desavouiert, dass man im Grunde genommen Schluss machen kann. Das ist meine feste Überzeugung. Ich möchte wirklich heftigst dafür werben, sich nicht sklavisch nur danach zu richten, was der Bericht macht, sondern zu gucken: Was erfordert eine langfristig für das Gesamthema angelegte Öffentlichkeitsbeteiligung? Was sind die Erfordernisse, damit sie überhaupt gelingen kann?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Fuder. - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Es tut mir leid, Michael Fuder, aber es folgt eine heftige Gegenrede. Die Frage ist doch: Woran beteiligen wir? Schon melden sich alle, die mir da auch wieder widersprechen. Ja, ich weiß, wir haben da einen Konflikt, und den müssen wir heute lösen. Die Frage ist:

Woran beteiligen wir? Ich habe von Anfang an davor gewarnt, die Beteiligung an der Arbeit dieser Kommission mit der Beteiligung bei der Suche gleichzusetzen. Das geht in dem Bericht zumindest am Anfang auch schwer durcheinander. Das ist gefährlich, weil Ansprüche vermischt werden, die nicht zusammenpassen.

Die Beteiligung bei der Suche später ist eine andere Geschichte. Ich will das jetzt gar nicht werten, aber es ist eine völlig andere Form der Beteiligung und hat auch eine ganz andere Qualität als das, was wir jetzt machen. Das, was wir jetzt machen, würde ich sagen, ist schwieriger, weil es weniger fassbar ist und weil es für diejenigen, die sich beteiligen sollen, zum Teil auch im theoretischen Raum bleibt, das heißt, auch weniger greifbar ist.

Wenn wir jetzt eine Beteiligung an der Arbeit dieser Kommission machen, dann geht es auch darum: Was ist die Arbeit dieser Kommission? Auch da haben wir natürlich einen Konflikt, denn es gibt diejenigen - zu denen zähle ich mich -, die sagen, wir haben einen klar umgrenzten, beschriebenen Auftrag, der schwer genug ist für die Zeit, die wir haben. Am Ende der Legislatur sollte es in trockenen Tüchern sein, denn was danach kommt, weiß niemand. Es ist schwer genug, das zu erreichen, und wir können diese Aufgabe nicht ausweiten. Wir haben natürlich auch den Konflikt: Reden wir auch von schwach- und mittelradioaktivem Abfall? Das heißt, es geht auch um die Frage: Sind wir da auf dem richtigen Weg mit der Entsorgung? Ist Konrad in Ordnung usw.? Was passiert mit Morsleben? Wird es bei Asse gelingen? Das alles sind Fragen, die da sind und die im politischen Raum auch bearbeitet werden. Aber es sind nicht die Aufgaben dieser Kommission, die sich damit so überfordern würde, dass sie ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr packt. Meine Sorge ist, dass wir uns am Ende verzettelt haben, dastehen,

x Halbantworten zu allen möglichen Themen haben, die wichtig sind und die die Gesellschaft auch interessieren, aber die Aufgabe, die wir eigentlich lösen sollen, die Frage, die wir beantworten sollen, haben wir nicht vollständig beantwortet.

Deswegen spreche ich mich dafür aus, zu fokussieren. Es gibt immer Bereiche, wo man mal reinzusehen muss; das ist völlig klar. Natürlich müssen wir von der Zwischenlagerfrage reden: Was wird mit denen bei der langen Zeitspanne, die wir auf jeden Fall brauchen? Aber wenn wir in alle Teilbereiche, die da irgendwie hineinspielen, zur Gänze hineingehen, dann werden wir es nicht schaffen, eine Antwort auf das zu geben, was uns der Gesetzgeber aufgetragen hat.

Das gilt auch für die Beteiligung. Wir müssen an dem beteiligen, was unsere Aufgabe ist, wir müssen an dem beteiligen, was wir als Antwort geben sollen, und nicht an allem, was damit irgendwie noch zu tun hat, da irgendein Verbindungsstück hat und was in der Gesellschaft vielleicht auch spannend ist, es zu diskutieren.

Deswegen meine dringende Bitte: Auf das fokussieren, was wir am Ende abgeben werden, und daran beteiligen, damit da auch Einfluss genommen werden kann und damit wir am Ende eine substanzielle Antwort geben können.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank, Frau Kotting-Uhl.

Ich versuche jetzt etwas Schwieriges, gerade weil Frau Kotting-Uhl das so deutlich vorgetragen hat. Ich versuche jetzt, Ihre Unterstützung zu gewinnen, zunächst einmal in der Bitte, Seite 10 des Papiers aufzuschlagen und erst einmal nur festzustellen, dass Sie auf Seite 10 nichts anderes finden als die Gliederungsziffer 5 der von uns noch nicht behandelten Gliederung. Es ist wort-

gleich übernommen. Es ist wortgleich der Ausschnitt aus der Gliederung des Berichts. Das heißt, weil Dirks/Hagedorn gesagt haben, im Mittelpunkt soll der Bericht stehen, sind sie methodisch so vorgegangen, dass sie die Berichtsgliederung in diesem Teil in Bezug genommen haben. In der Gliederung, die jetzt leider die meisten nicht vor sich haben werden, finden sich Empfehlungen, aber nicht nur unter Punkt 5, was wörtlich auf Seite 10 wiedergegeben ist - damit Sie mir folgen können -, sondern es gibt auch die Empfehlungen der Kommission unter Punkt 7, und die lauten: „Ausschlusskriterien Mindestanforderung, Abwägungskriterien, Entscheidungskriterien, weitere Arbeit, Zukunft des Bürgerforums“. Das sind die Sachen, die sich an § 4 Abs. 5 des Standortauswahlgesetzes orientieren.

Das heißt, bevor wir jetzt eine in dem Sinne leidenschaftliche Debatte über die Spiegelstriche auf Seite 10 führen, bitte ich um Ihre Unterstützung, dass wir uns noch einmal methodisch versichern, dass es überhaupt keinen Sinn macht, sich mit dem Spiegelstrich „Zukunft von Gorleben und Schacht Konrad“ zu beschäftigen, solange der sich in der Gliederung befindet. Wir können natürlich zu dem Ergebnis kommen, dass das nicht sinnvoll ist, aber wir diskutieren momentan über einen noch nicht formulierten Berichtsinhalt.

Bitte versuchen Sie mit mir, zu sagen: Kommen wir zu anderen Themen. Kommen wir zu einer näheren Anbindung an das, was das Standortauswahlgesetz von dem Bericht verlangt. Ist der Bericht möglicherweise unter der Ziffer 5 nur ein erster Zugriff auf Empfehlungen, aber die Berichtsempfehlungen werden Sie stärker unter 7 wiederfinden?

Der nächste Schritt, wo wir jetzt Butter bei die Fische geben müssten, wäre die Sache, wie es bei Herrn Jäger und bei Herrn Becker anklang: Was

wäre denn mehr das Fokussieren des Standortauswahlverfahrens? Wie würden wir das thematisch eingrenzen, um dann möglicherweise zu Themen wie Verhinderung von Missbrauch zu kommen, die von Ihnen noch gar nicht ausgefüllt werden konnten und deshalb überhaupt nicht zu diskutieren sind? Wir müssten also das, was auf Seite 10 steht, ergänzen oder spezifizieren, durchaus auch in der Diktion, wie es Frau Kotting-Uhl sagte, indem wir Teile herausstreichen, allerdings immer in dem Bewusstsein, dass andere in der Arbeitsphase sind, diesbezüglich auch einen Prozess ausrichten zu wollen, der diese Spiegelstriche auf Seite 10 ausfüllt.

Das Problem ist nur, dass Herr Hagedorn und Frau Dirks dazu zum Teil noch keine Inhalte haben. Das meinte ich mit der Formulierung „nach hinten etwas ausdünnen“. Das war keine Kritik, sondern das ist einfach der Stand des Prozesses.

Ich habe jetzt relativ lange gesprochen, weil ich an dieser Stelle, ehrlich gesagt, keine Debatte zu einzelnen Spiegelstrichen führen möchte, die sich in der Gliederung des Berichts finden, die aber noch nicht weiter, wie es so schön neudeutsch heißt, untersetzt sind. Deshalb würde ich Sie bitten, Ihre Beiträge ein Stück weit daran zu messen, dass wir verfeinern, dass wir spezifizieren, dass wir austauschen, was die Themen angeht, oder einen anderen methodischen Zugang haben, oder ob wir den methodischen Zugang, wie er jetzt vorliegt, gegebenenfalls wiederum verwerfen müssen, und zwar in dem Sinne, dass wir sagen: Es ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, das gesamte Beteiligungskonzept an Gliederungen auszurichten, die inhaltlich noch gar nicht gefüllt sind, sondern eher so, wie Herr Fuder gesagt hat: Wir dürfen nichts ausschließen.

Wenn ich Ihnen das jetzt rhetorisch zuwerfen darf. Es wird gerade nicht ausgeschlossen, sondern es steht momentan im Gliederungsentwurf

drin, aber es weiß noch keiner, was darunter fallen wird.

Als Nächstes hat sich Herr Kudla gemeldet, dann Herr Ott, Herr Geßner und Herr Jäger. Ich kann keinen von der Rednerliste nehmen, aber ich würde Sie bitten, jetzt keine Gorleben-Debatte zu führen.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Dem, was Frau Kotting-Uhl gesagt hat, kann ich mich zu 100 Prozent anschließen. Herr Fuder, wir müssen die Arbeit einfach strukturieren. Man kann über Schacht Konrad reden, aber wir haben hier eine bestimmte Aufgabe, die in § 4 des Standortauswahlgesetzes steht. Die würde ich erst einmal machen und voll ausfüllen, und dann können wir alles Weitere machen. Wir müssen die Arbeit einfach strukturieren.

Jetzt noch einmal zu den Spiegelstrichen, die auf Seite 10 aufgeführt sind, wozu Sie gerade sagten, dass sie aus der Gliederung - ich glaube, Abschnitt 2 war es - übernommen worden sind. Diese Gliederung haben wir nicht verabschiedet. Es kamen auch Anregungen zu dieser Gliederung. Ich erinnere mich: Herr Untersteller hatte einen Brief geschrieben, ebenso hat auch Herr Kanitz einen Brief geschrieben, und diese Briefe zielten darauf ab, die Gliederung ein wenig einzudampfen. Herr Jäger und Herr Fischer haben einen Gliederungsvorschlag vorgelegt, der wesentlich kürzer ist. Der ist, glaube ich, auch als Kommissionsdrucksache eingestellt. Wenn Sie die Überschriften, die in diesem Gliederungsvorschlag enthalten sind, einmal als Themen nehmen, dann, glaube ich, sind wir hier schon relativ weit. Das möchte ich noch einmal vorschlagen: Diese Überschriften, wie sie dort genannt sind, als Themen zu nehmen und dann natürlich noch zu ergänzen oder anzupassen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Ott.

Erhard Ott: Vielen Dank, Herr Gaßner. - Ich kann es eigentlich sehr kurz machen, denn das, was Frau Kotting-Uhl ausgeführt hat, kann ich nur unterstreichen. In dem Moment, in dem wir uns weit von den Aufgaben entfernen, die uns der Gesetzgeber für die Arbeit der Kommission mit auf den Weg gegeben hat, geraten wir sehr tief ins Unterholz, und dann werden alle Themen, die mit unserer Aufgabenstellung nur am Rande oder gar nichts zu tun haben, zu einem Hauptthema. Ich glaube, das wäre für die Arbeit in der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit nicht hilfreich. Insofern werden wir uns darauf beschränken müssen und auch deutlich machen müssen - auch wenn ich an die Veranstaltung am 20. Juni 2015 denke -: Welches sind die Aufgabenstellungen, mit denen wir die Arbeit begonnen haben und jetzt die breite Öffentlichkeit beteiligen wollen?

Es ist trotzdem wichtig festzuhalten, dass wir Themen, die jetzt aus der Diskussion mit der Öffentlichkeit kommen und die mit der Aufgabenstellung der Kommission zu tun haben, aufgreifen. Deswegen ja auch die Berichterstattung bezogen auf Beiträge, die thematisch in die Diskussion der Arbeitsgruppen und der Kommission einzubeziehen sind. Diese Offenheit muss nachgewiesen werden können, damit auch ein Interesse an der Mitarbeit in der Kommission und an der Mitdiskussion entsteht. Ich glaube, diesbezüglich haben wir noch Defizite.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. - Herrn Geßner.

Michael Geßner: Ich möchte jetzt gar nicht wiederholen, was alles schon gesagt worden ist. Nur noch eine Ergänzung dazu: Ich kann verstehen, dass man in einer Debatte um ein derart weitreichendes Thema Schwierigkeiten mit der Akzeptanz in der Öffentlichkeit bekommen wird, wenn man anfängt, Themen abzuschneiden. Das kann ich nachvollziehen. Gleichzeitig sollte man aber

bedenken, dass wir bei bestimmten Themen gar nicht erst vorgaukeln sollten, dass es dort Entscheidungsmöglichkeiten gibt. Es gibt bestimmte Begrenzungen sowohl der Arbeit der Kommission als auch bestimmte Vorgaben, die sich aus gesetzlichen Rahmenbedingungen und anderen Vorgaben so ergeben haben, wo man der Öffentlichkeit aus meiner Sicht keinen Gefallen damit tun würde, in eine Diskussion einzusteigen, bei der am Ende eine Mitentscheidung letztlich gar nicht stattfindet, sondern dass nur wieder Enttäuschungen hervorgerufen werden.

Natürlich muss man bestimmte Sachen auf die Themen beschränken, die tatsächlich unsere Aufgabe sind und die auch strukturell leistbar sind, aber ich würde vorschlagen, dass wir das eher im Sinne einer Priorisierung von Themen machen, andere Themen aber nicht komplett abschneiden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Zeitverzögert jetzt zum Widerspruch. Aber ich möchte ihn gar nicht so ausführlich bringen, weil ich glaube, wir können ein bisschen entspannter mit dem Thema umgehen, als wir es gerade angefangen haben.

Zunächst einmal: Bürgerbeteiligung ist keine Funktion, sondern ein Prozess. Ich warne davor, zu glauben, das wäre eine Funktion, die wir gezielt aufrufen, die wir gezielt definieren, die wir abwickeln und dann integrieren können. So einfach funktioniert das nicht. Bei keinem der Themen, die angesprochen werden, wird es gelingen, sie aus dem Beteiligungsprozess herauszuhalten. Da haben wir sicherlich Konsens: Wenn Bürgerinnen und Bürger sich auf eine Beteiligung einlassen - völlig unabhängig davon, wie kritisch oder weniger kritisch sie bisher zum Beispiel auch zur Atompolitik gestanden haben -, dann kommen sie mit ihren Themen. Wenn wir

ihnen das Gefühl vermitteln, ein großer Teil der Themen, die sie beschäftigen, sei für uns weder relevant noch als Thema überhaupt gewünscht, dann wird es trotzdem aufpoppen, aber es wird uns ganz gewaltig auf die Füße fallen.

Deshalb stimme ich Herrn Geßner durchaus zu, wenn er sagt, wir sollten uns das Recht herausnehmen, Themen zu lokalisieren, die aufgrund unserer Aufgabenbeschreibung für uns von besonderer Bedeutung sind. Wir dürfen aber nie den Eindruck erwecken, dass es in diesem ganzen Prozess Themen gibt, die sogenannte Tabuthemen sind. In Beteiligungsprozessen mit Tabuthemen zu argumentieren, funktioniert bereits ab der ersten Sekunde nicht mehr. Dann werden wir schon am 20. Juni eine Überraschung erleben.

Ich warne auch sehr stark davor. Herr Kudla, da muss ich Ihnen widersprechen. Sie haben noch einmal sehr deutlich auf § 4 Standortauswahlgesetz rekurriert. Ich werde jetzt nicht den ganzen § 4 vorlesen, aber ich mache mir einmal die Freude und lese den ersten Satz vor. Dann werden wir sehr schnell merken, dass wir völlig schief gewickelt wären, wenn wir versuchten, unsere Berichtspflicht gegen eine breite Beteiligungsthematik auszuspielen. Im ersten Eingangssatz des § 4 steht bereits:

„Zur Vorbereitung des Standortauswahlverfahrens erarbeitet die Kommission einen Bericht. Sie geht in diesem Bericht umfassend auf sämtliche entscheidungserhebliche Fragestellungen ein.“

Ich habe heute kein Thema gehört - inklusive der Erfahrungen aus Schacht Konrad -, das nicht entscheidungserheblich ist. Da gibt es eine Menge Erfahrungen, die später in die Entscheidungen einfließen werden.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Also, mit dem Standortauswahlgesetz jetzt irgendein Thema aus der Bürgerbeteiligung herauszuargumentieren, funktioniert nicht. - Sie dürfen dazu gleich etwas sagen, Herr Kudla.

Aber jetzt zur Entspannung der Thematik: Weil es so ist, dass wir ein breites Themenspektrum haben - - Ich respektiere auch, dass wir noch keine Entscheidungsfindung haben, was zum Beispiel den Bericht angeht, also die Gliederung. Da gibt es heftigen Widerspruch von Teilen der Kommission, aber geschriebene Briefe sind noch lange keine Beschlüsse. Ich kann auch schöne Briefe schreiben, wie Sie alle wissen. Ich habe es mir bei dem Thema erspart, weil ich denke, wir werden noch einige Diskussionen führen.

Deshalb mein Plädoyer dafür, Themen, die uns - - Das haben wir auch schon gemacht: Wir haben in den Arbeitsgruppen Themen gesammelt, die wir für den 20. Juni auch schon zusammengestellt haben. Mit diesen Themen gehen wir dort hinein. Wir müssen nur einen Prozess haben, der offenhält, dass sich die unterschiedlichen Gruppierungen und Gruppen mit ihren Themen in diesen Beteiligungsprozessen auch tatsächlich platzieren und sie diskutieren können und dass sie auch wahrnehmen, dass wir ihre Themen ernst nehmen und mit ihnen diskutieren. Wir brauchen deshalb nicht - insofern stimme ich Herrn Geßner zu - das Gefühl zu vermitteln, dass alles zu jedem Thema in dem Beteiligungsprozess der Kommission von Bürgerinnen und Bürgern entschieden würde. Auch das wäre nicht fair, wenn wir das so darstellen würden. - Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn: Ich bin sehr froh, dass wir jetzt genau bei dem Thema sind, wo es wirklich hakt und quietscht. Das sind diese Themen. Ich glaube, es ist auch unsere Rolle gewesen, diesen

Bereich aufzuklappen. Natürlich waren da Hunderte von Fettnäpfchen, und wir sind sicherlich in 99 davon hineingetreten. Aber das war, glaube ich, auch ein bisschen unsere Rolle und Aufgabe. Ich kann es voll unterstützen, dass diese Themen noch eine sehr genaue Überprüfung benötigen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Können wir einen kleinen Moment warten? Wir haben hier gerade eine parlamentarische Situation. Sie können gerne Zwischenrufe machen. Herr Hagedorn wollte das jetzt eigentlich ausführlicher darstellen, aber es sind Leidenschaften da.

Michael Müller: Es sind höchstens sieben Worte.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, bitte. Dann machen wir das dazwischen, damit Sie in Ruhe ausführen können. - Bitte, Herr Müller und Herr Kudla.

Michael Müller: Ich will mich da gar nicht einmischen. Ich sage Ihnen nur: Das oberste Ziel - im Gegensatz zu Herrn Geßner - der Kommission muss sein, die Akzeptanz für unsere Kriterien zu entwickeln, und das ist mehr als die Frage, ob Einzelne es für richtig halten oder nicht. Die entscheidende Frage ist, ob wir gesellschaftliche Akzeptanz finden. Wir haben es endlich geschafft, eine Debatte, die in der Vergangenheit auf der Straße ausgetragen wurde, wieder in den politischen Raum zu holen, und diese Chance dürfen wir nicht vergeben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ganz kurz dazu, Herr Sommer. Ich wollte mit Sicherheit kein Thema tabuisieren, aber wir müssen es irgendwie strukturieren. Darauf kommt es mir an. Man muss irgendwo einmal eine Struktur reinbringen und eines nach dem anderen abarbeiten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hagedorn, bitte helfen Sie uns beim Strukturieren.

Hans Hagedorn: Genau. - Ich war gerade bei den Fettnäpfchen stehen geblieben, wo wir mehr oder weniger auch mit Absicht hineingetreten sind, weil wir natürlich nur halbe Informationen haben. Zu all den Punkten gab es Gegen- und Widerrede. Aber genau diese Debatte ist natürlich äußerst wichtig, damit wir in ein gutes Beteiligungsverfahren hineinkommen können.

Es ist auf jeden Fall angebracht, diese Themen noch einmal kritisch zu überprüfen. Das ist Ihre Entscheidung; dafür sind Sie in der Kommission. Wir sind hier die Dienstleister. Wir würden aber aus unserer fachlichen Sicht einfach darauf hinweisen: Reißen Sie die Empfehlungen und die Bürgerbeteiligung nicht auseinander, denn das ist sozusagen der letzte Anker der Verbindlichkeit, den Sie anbieten können. Einer von Ihnen hat gefragt: Wo ist die Verbindlichkeit? Wo ist die Beteiligungsbereitschaft? Wer kann mitbestimmen? Wir haben aus guten Gründen gesagt, in dieser Phase der Arbeit macht es keinen Sinn, irgendeiner Gruppe ein Vetorecht zu geben, denn da haben Sie das große Problem der Legitimität. Wer ist diese Gruppe, die ein Vetorecht hat? Das können Sie vielleicht maximal mit einer sehr gut ausgeführten Zufallsauswahl hinbekommen, aber auch da ist es schwierig. Wenn Sie so etwas haben wollen, dann muss man Richtung Referendum denken. Auch das ist möglich, aber das ist wieder eine schwierige politische Debatte.

Das, was Sie aber in der Kommissionsarbeit als Verbindlichkeit anbieten können, ist die klare Aussage: Jede unserer Empfehlungen, die wir an den Bundestag und an den Bundesrat geben, ist Gegenstand einer öffentlichen Erörterung gewesen. Von daher: Egal, welche Themen Sie nehmen - das ist uns aus unserer fachlichen Perspek-

tive mehr oder weniger egal -, sollten Sie Gliederung und Beteiligung auf jeden Fall beieinander halten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Gaßner. - Ich möchte zunächst auch unterstreichen, dass ich das unterstütze, was Frau Kotting-Uhl ausgeführt hat, und daran anknüpfen. Sie hat von einem Zielkonflikt gesprochen. In der Tat, wir haben innerhalb der Kommission einen Zielkonflikt zwischen Fokussierung einerseits auf den gesetzlichen Auftrag und vielen, wie Sie sagen, Herr Sommer, im Gesetz angesprochen entscheidungserheblichen Punkten, wobei man sehr trefflich darüber streiten kann: Was sieht man als entscheidungserheblich an? Insofern ist das sicherlich schwer zu fassen.

Dennoch bin ich der Meinung, wir müssen uns zunächst einmal an dem gesetzlichen Auftrag orientieren, und zwar vor dem Hintergrund, dass das sozusagen unsere Pflicht ist. Wir haben einen Auftraggeber, der diese Kommission eingesetzt hat. Dieser Auftraggeber hat im Gesetz präzise beschrieben - an einigen Stellen, wie gesagt, etwas unscharf, aber ansonsten sehr präzise -, was wir tun sollen, und er erwartet von uns Antworten dazu.

Herr Hagedorn, ich würde das unterstreichen: Diese Empfehlungen, die wir in hoffentlich in Erfüllung der Erwartungshaltung des Gesetzgebers abgeben, müssen in das Zentrum der Bürgerbeteiligungen hinein. Da müssen wir mit Fug und Recht sagen können: Das haben wir im Rahmen unserer Vorstellungen der Bürgerbeteiligung diskutiert, und dabei sind auch folgende Ergebnisse herausgekommen, berücksichtigt, nicht berücksichtigt, wie auch immer. Das ist das Zentrum; das ist sozusagen die Pflicht.

Nun haben wir jede Menge anderer Themen, die mit Sicherheit auch spannend, interessant und relevant, möglicherweise auch entscheidungsrelevant sind. Diese Themen müssen wir so weit, wie wir es irgendwie können, im Rahmen einer „Kür“, wenn ich das einmal so nennen darf, aufnehmen, damit wir unseren Auftrag bestmöglich erfüllen.

Aber noch einmal: Im Kern sollten wir uns an dem gesetzlichen Auftrag orientieren. Da sehe ich uns in der Pflicht, auch Ergebnisse abzuliefern.

Mein Vorschlag, um das möglicherweise ein Stück weit zu entschärfen oder um eine Brücke zu bauen: Wir sollten diesen Konflikt, den wir auch jetzt noch haben, in die Öffentlichkeit einbringen. Warum es nicht am 20. Juni auch genauso darstellen, dass wir in der Kommission in einem Dilemma sind? Wir haben einen Auftrag vom Gesetzgeber erhalten, und den wollen und müssen wir erfüllen. Wir sehen aber auch noch weitere Themen, und wir rufen ja auch dazu auf, durchaus Themen auf die Tagesordnung zu bringen, dass wir an der Stelle durchaus offen sind. Wir müssen aber auch vermitteln, dass wir begrenzte Zeit, Frau Kotting-Uhl - aus guten Gründen eine begrenzte Zeit -, und eine klar umrissene Aufgabe haben, die wir erledigen müssen. Ich denke, dann wird es auch bei den Menschen, die sich beteiligen, hoffentlich ein gewisses Verständnis dafür geben, dass es eine Priorisierung geben muss, Herr Geßner, dass wir also sagen, das sind die „Must-Themen“, die wir unbedingt abarbeiten müssen, und zu diesen und diesen Themen wäre es schön, wenn wir es noch schaffen, aber es kann durchaus sein, dass wir das aus Zeitgründen gar nicht erreichen können, das wäre aus meiner Sicht eine Möglichkeit, die Dinge zu entschärfen.

Damit sollten wir jetzt die Gliederungsdiskussion nicht in den Vordergrund heben - diese Diskussion müssen wir ohnehin noch einmal in der Kommission durchdeklinieren-, sondern uns praktisch am Gesetz orientieren und die Priorisierung der Themen erst einmal daraus ableiten und alles andere an Themen im Sinne eines offenen Prozesses aufnehmen, aber auch klar kommunizieren - auch am 20. Juni -, dass wir es wohl nicht schaffen werden, uns mit allen Themen abschließend zu befassen, in dem Sinne: Die Endlagersuchkommission ist sozusagen die Clearingstelle für alles das, was noch offen auf dem Feld der nuklearen Entsorgung ist. Diesem Anspruch werden wir nicht gerecht werden können.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder.

Michael Fuder: Ich freue mich, dass wir jetzt anfangen, Brücken zu bauen. Herr Kudla, Sie sagen, Tabus gehen nicht. Sie haben erste Ansätze gemacht, Herr Jäger, wie das vielleicht irgendwie funktionieren könnte. Ich denke, wir sind alle sehr dicht beieinander, dass das Ganze natürlich eine brauchbare Struktur haben muss und dass alles in das eingeordnet sein muss, was der aktuelle Auftrag ist.

Dennoch will ich noch einmal einige paar Sätze zur konkreten Situation sagen. Es gibt eine schöne ARD-Sendung, die für sich mit dem Slogan wirbt: „Hier trifft Politik auf Wirklichkeit“. Eine ähnliche Situation haben wir hier. Die Öffentlichkeit, die Bürgerschaft unterscheidet nur zu einem ganz minimalen Anteil zwischen hochradioaktiv, mittelradioaktiv, schwachradioaktiv. Vielmehr ist die Atomendlagerfrage insgesamt im Kopf derer, die sich mit dem Thema beschäftigen. Ich glaube, das müssen wir als Wirklichkeit akzeptieren.

Das, was ich gerade gesagt habe, kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass zum Beispiel

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Herr Fox und ich hier sitzen. Morsleben und Asse sind nicht hochradioaktiv. Gleichwohl hat die Kommission gesagt: Das, was dort an Erfahrungen gesammelt worden ist, wollen wir hier einbeziehen und nutzbar machen. - Wieso soll das an anderen Stellen, wo es in der Bevölkerung knistert und knirscht zu diesem Thema, auf einmal so nicht sein?

Man stelle sich Folgendes vor - ich kleide das dann letztlich in eine Frage -: Am 20. Juni gibt es diese schöne Veranstaltung und diese Themen - - Ich mache es jetzt einmal am Schacht Konrad fest, denn da brodelt es aus gutem Grunde am meisten. Da gibt es Veranstaltungen mit tausend Leuten. Da gibt es eine Koalition von einem Oberbürgermeister (CDU) mit der sehr kritischen Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, weil da nämlich nicht nur ein genehmigtes Endlager ist, sondern weil in dem aktuellen Entsorgungsbericht der Bundesregierung an die EU auf einmal von einer Erweiterung, von einem Aufblähen von Volumen bei diesem Atommülllager die Rede ist.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nach Inbetriebnahme. Verschärfend.

Michael Fuder: Verschärfend, richtig. - Da brodelt es. Man stelle sich vor, es kommt dieser Oberbürgermeister zusammen mit ein paar Traktoren und sonstigen Leuten in diese Veranstaltung und sagt: „Ihr singt hier das Hohelied der Bürgerbeteiligung beim Atomendlager, und bei uns soll eines entstehen auf der technologischen Expertise von vor 30 Jahren. Da ist von Erweiterung die Rede, und ihr sagt, darüber darf nicht mal geredet werden.“ Man stelle sich das vor. Da frage ich diejenigen, die sagen, wir sollten diese Themen aussparen: Wie würden Sie denn mit dieser Situation umgehen? Und ich prognostiziere: Diese Situation wird mehr oder weniger so kommen.

Diese Konsequenz muss man jetzt im Hinterkopf haben und prophylaktisch überlegen: Gehen wir damit nicht - nicht nur aus taktischen, sondern aus wohlverstandenen inhaltlichen Gründen - anders um?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Fuder. - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Diesen Beitrag verstehe ich völlig. Ich weiß auch, dass das so ist. Wir alle wissen ja auch, dass unser Thema in einen Kontext eingebettet ist. Wir wissen auch, dass wir den Blick nach hinten brauchen, um Dinge nicht nur selber zu verstehen, sondern auch für diejenigen verständlich zu machen, die diesen Bericht später lesen. Deshalb kommt es auch alles in den Bericht. Deswegen ist die Gliederung auch so umfangreich, geht über die Geschichte, hat ein umfangreiches Leitbild usw. Das ist wichtig, um das Thema dieser Kommission in den Gesamtkontext einzubetten.

Es gibt keine Tabuthemen, natürlich nicht. Wenn auf unserer Veranstaltung am 20. Juni 2015 Menschen kommen und sagen, Konrad muss hier diskutiert werden - diesen Anspruch haben wir schon formuliert.

Nun stellt sich aber die Frage, was wir vorgeben. Ich finde: Nein, keine Tabuthemen, aber es gibt Themen von Relevanz, und zwar in Bezug darauf, was an Entscheidungsbeeinflussung möglich ist. Der Bundestag kann anschließend mit seinem Bericht eine Empfehlung abgeben, wie mit Konrad umgegangen werden soll. Das wird Bundestag und Bundesrat überhaupt nicht interessieren, weil es nicht der Auftrag ist. - Doch, Thorben Becker, das ist so. Das ist im Bundestag keine Spielwiese, und es gibt da harte Regeln. Wir haben einen Auftrag mit einem Gesetz bekommen, und wir werden da gehört, wo wir die Antworten geben, zu denen wir gefragt sind. Wir werden sehr untergeordnet gehört werden, was

wir ansonsten noch sagen. Das wird man zur Kenntnis nehmen. Das wird die weitere Gesetzgebung aber nicht so beeinflussen wie das, was unser Auftrag ist. Das wird sie beeinflussen, und zwar ganz massiv.

Ich weiß auch, dass es schwierig ist, irgendwo einen Schnitt zu machen und zu sagen, das hat nichts miteinander zu tun. Natürlich hat alles miteinander zu tun. Ich bitte aber um die Priorität und bitte darum, den Menschen jetzt nicht zu vermitteln: Ihr könnt jetzt über die Kommission Einfluss darauf nehmen, ob Konrad bleibt oder ob Konrad wieder wekommt. Ihr könnt Einfluss über die Kommission nehmen, ob Morsleben vielleicht doch noch ausgeräumt wird oder nicht. - Das sind alles Dinge, die man debattieren muss, und die werden auch debattiert werden, auch im parlamentarischen Raum. Aber darauf haben wir zwar nicht gar keinen, aber doch relativ wenig Einfluss. Deswegen bin ich dafür, von uns aus die Themen für eine Beteiligung vorzugeben, wo die Öffentlichkeit über uns Einfluss auf die Entscheidungen, die anschließend fallen, nehmen kann.

Deswegen will ich diese Themen jetzt einmal definieren. Ich nenne jetzt nur die, wo ich sage: Ja, die sind in meinen Augen auf alle Fälle prima, und die müssen wir diskutieren.

Das ist zum einen Punkt 2.2.2: „Kriterien für die möglichst sichere Verwahrung radioaktiver Abfälle“, wobei man weniger auf die Kriterien eingeht als mehr auf die Pfade. Das halte ich auch für wichtig. Das ist eine spannende Debatte, die, glaube ich, interessiert, weil es viele unterschiedliche Vorstellungen bezüglich dessen gibt, was sich in der Arbeitsgruppe 3 herauschält. Das müssen wir diskutieren, und da ist auch eine Entscheidungsbeeinflussung durchaus möglich.

Dann der Punkt 2.2.4: „Gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligungsformen“. Auf jeden Fall.

Zu Punkt 2.2.6 - „Zukunftsethik in der Risikogesellschaft“ - würde ich sagen, dass man die Fragestellung richtig machen. Die Frage, wie wir bei radioaktiven Abfällen der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen gerecht werden können, ist richtig. Den Entscheidungsspielraum, der als Beispiel die regionale Kompensation nennt, finde ich falsch. Meine Sicht der Dinge ist: Das sollten die Regionen selber entscheiden, im Austausch miteinander, wenn die Suche losgeht. Da sollten wir heute von der Kommission nichts vorgeben. Aber die Frage, wie wir kommenden Generationen gegenüber gerecht werden, ist super spannend.

Dann der Punkt 2.2.8. Da finde ich eigentlich beides gut. „Sicherung von Wissen und Forschung“ ist ein gutes Thema, aber der Fokus, wie sich bestmögliche Sicherheit gewährleisten lässt, ist eigentlich ein anderes Thema, was allerdings auch spannend ist. Da muss man also über beides reden.

Dann gibt es diese gesetzlichen, verfassungsrechtlichen Vorschläge, bei denen es hauptsächlich darum geht: Wie kann man die Kostenübernahme durch die Abfallverursacher sichern? Da steht bei „Konfliktlevel“, dass das tendenziell zu konfliktreich sei. Ich glaube, ehrlich gesagt, dass das in der Gesellschaft überhaupt nicht konfliktreich ist, weil es in der Gesellschaft eine klare Auffassung darüber gibt, dass das die Verursacher tragen sollen. Das ist eher ein Konflikt, den wir mit den Verursachern und mit deren Rechtsanwälten usw. haben.

Was ich noch wichtig finde, was hier aber nicht aufgelistet ist, ist die Frage: Wie stehen wir eigentlich zu dem Ziel, Zwischenlager möglichst bald abzuräumen und dem Ziel, der Endlagersuche alle Zeit zu geben, die sie braucht? Das halte ich für sehr wichtiges Thema, das unbedingt noch aufgenommen sollte.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Das wäre jetzt meine Vorauswahl.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank.
- Als Letzter zunächst Herr Becker.

Thorben Becker: Ich glaube, das Entscheidende ist das, was Herr Hagedorn gesagt hat. Die Themen, zu denen wir Beteiligung organisieren, sollten sich vom Grundsatz her an dem orientieren, was im Abschlussbericht stehen wird. Insofern finde ich es völlig okay, weil es das Beste ist, was es im Moment gibt, sich an dem Gliederungsvorschlag der Vorsitzenden zu orientieren. Das ist noch nicht Gesetz. Das wird diskutiert, und das muss in der Kommission natürlich noch weiterentwickelt werden. Insofern finde ich die Vorgehensweise völlig okay. Mal sehen, wie viel sich an diesem Vorschlag dann noch ändern wird.

Ich hatte am Anfang auch schon gesagt, es macht Sinn, Themen zusammenzuführen. Gerade im Rahmen der Beteiligung finde ich es gut, das Verfahren insgesamt als Ganzes zur Diskussion zu stellen.

Es ist gesagt worden, wenn man Beteiligungen macht, dann kommen von außen auch Sachen. Das können wir nicht wegdrücken; es soll keine Tabuthemen geben. Das ist auch völlig klar. Wir sollten auch keine falschen Erwartungen wecken. Insofern finde ich die Orientierung an dem, was später im Bericht stehen wird, durchaus wichtig.

Aber jetzt ganz konkret zum Beispiel Gorleben und Schacht Konrad: Natürlich beschäftigt sich die Kommission mit Gorleben, ziemlich häufig sogar. Gestern war wieder ein wunderbares Beispiel. Natürlich gehört das auch zu dem Auftrag, nämlich das Standortauswahlgesetz zu überprüfen. Auch wenn das Ergebnis ist, § 29 bleibt so, wie er ist, hat sich die Kommission mit Gorleben

und mit der Rolle von Gorleben in diesem Verfahren beschäftigt. Natürlich müssen wir dazu auch eine Beteiligung machen.

Auch die Frage, wie lange das Verfahren dauert und wann vielleicht damit zu rechnen ist, dass Zwischenlager geräumt werden können, oder ob Genehmigungsverlängerungen erfolgen müssen, betrifft den Standort Gorleben. Da gibt es ja auch noch ein Zwischenlager.

Natürlich kann man sich nicht zu allem äußern. Das meine ich mit dem Begriff „Ehrlichkeit“: Man muss klar sagen, zu welchen Punkten sich die Kommission im Abschlussbericht äußern wird. Das ist das, worüber im Wege der Beteiligung dann auch tatsächlich - zumindest von der Idee her - Einfluss genommen werden kann. Wenn darüber hinaus am Rande dieses Themenkomplexes weitere Sachen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung kommen, dann muss man damit umgehen.

Ähnlich sehe ich es bei Schacht Konrad. Natürlich ist es nicht Auftrag der Kommission, zu untersuchen: Wie ist denn damals das Genehmigungsverfahren gelaufen? Sollte man auf Schacht Konrad vielleicht lieber verzichten, auch wenn es dafür gute Gründe gibt? Aber wir haben zwei ganz konkrete Anknüpfungspunkte, wo Schacht Konrad für die Kommission eine massive Rolle spielt. Das eine ist insbesondere die Frage: Welcher Müll soll eigentlich in das Lager nach dem Standortauswahlgesetz? Das hat natürlich massive Rückwirkungen auf den Schacht Konrad. Wenn die Kommission sagt, auch der Asse-Müll und potenziell auch der Müll aus der Uranaufbereitung soll mit in das Lager nach Standortauswahlgesetz, dann hat das natürlich Auswirkungen auf die Frage Schacht Konrad. Denn was die Leute dort vor Ort im Moment so auf die Barrikaden bringt, ist ja tatsächlich der Vorschlag, nach Inbetriebnahme eine Erweiterung der Genehmi-

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

gung vorzusehen und plötzlich noch ganz anderen Müll einzulagern. Das heißt, alleine schon durch die Definition des Begriffs „insbesondere“ beschäftigt sich die Kommission ganz massiv mit dem Standort Schacht Konrad.

Ein weiterer Punkt: Wir sollen ein vernünftiges Verfahren vorschlagen. Das ist noch nicht diskutiert, aber aus meiner Sicht ist ganz zentral für ein vernünftiges Suchverfahren, das von vorher ein klar ist, um welchen Müll es geht, und dass es eben nicht sein kann, dass ich einen Prozess starte und das dann vielleicht sogar nach der Genehmigung noch einmal neu diskutiere. Also insofern auch die Frage: Wie sieht eigentlich ein Auswahlverfahren aus? Mit den Grundsätzen, die wir diskutieren, hat das natürlich Rückwirkungen auf die Frage: Kann man das überhaupt machen, was im Moment bei Schacht Konrad angedacht wird, oder ist das nicht etwas, wenn es tatsächlich so gemacht wird, dass es weiter so in der Diskussion bleibt, das zu Recht massive Vertrauensprobleme auch für die Suche nach einem Lager für den hochradioaktiven Müll mit sich bringt?

Insofern: Die Kommission wird sicherlich nicht noch einmal komplett das Thema Schacht Konrad ausrollen, aber es spielt für uns eine Rolle, und deshalb sollten wir es genauso auch in die Öffentlichkeitsbeteiligung einführen und von Anfang klar an sagen, was die Kommission beabsichtigt, im Bericht zu behandeln und was nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Becker.

Ich sehe uns jetzt in dem Dilemma, dass wir unterschiedliche Diskussionsansätze haben - das ist das Übliche, wenn eine größere Gruppe diskutiert -, die sich methodisch noch nicht so verdichten, dass wir jetzt innerhalb von fünf bis zehn Minuten zu dem Thema „Zielgruppen und Verknüpfung“ übergehen könnten.

Wir haben jetzt klare Oberpunkte, die da lauten: Wir haben vom methodischen Vorgehen her ein Interesse daran, dass es Themen gibt. Wir betonen, dass diese Themen wiederum aber gegebenenfalls in Pflicht und Kür, in Must-Themen aufgliedert werden sollten. Wir haben den Ansatz: Aber keine Tabuthemen. Wir wollen eine Priorisierung haben.

Jetzt kommen wir eine Stufe weiter und sagen, wir haben einen Zugang, der uns schriftlich vorliegt. Das ist die Gliederung des Berichts vorne. Was uns jetzt fehlt, ist die Gliederung zum Bericht hinten. Das heißt, wo ist es zunächst einmal vergleichend - noch gar nicht wertend und abgrenzend - das, was gesetzlicher Auftrag ist? Gibt es die Liste?

Dann fallen wir plötzlich in die Realität hinein. Herr Sommer sagte, wir hätten schon eine Auswahl von Themen, nämlich die sieben Themen, die für die Veranstaltung ausgewählt wurden. Gut, wenn wir uns darauf verständigen können. Das glaube ich, vorsichtig ausgedrückt, aber nicht.

Dann gab es jetzt noch eine Auswahl von Frau Kotting-Uhl.

Wir haben für Montag nur relativ wenig Zeit, entweder zu sagen, wir brauchen noch Zeit, um es einmal vorsichtig auszudrücken, oder aber die Frage zu diskutieren, ob wir noch eine methodische Umstellung finden, die zielgruppenspezifische Formate entwickelt, ohne abschließende Themenvorgaben, ohne Themen überhaupt - da wird jeder den Kopf schütteln -, mit priorisierten Themen. Wer macht die Priorisierung? Wir brauchen jetzt schlicht keine Beiträge zu den Inhalten, sondern zu dem methodischen Vorgehen: Wie kommt man dazu, dass man den nächsten Schritt gehen kann? Der erste Schritt wäre: Entweder bleiben wir dabei, dass wir eine Themenvorauswahl treffen, mit all den Beiträgen, kein

Ausschluss, kein Tabu, Priorisierung, aber ohne Ausschluss. Dafür brauchen wir einfach eine Liste. Da käme jetzt sozusagen der methodische Hinweis: Jetzt wären wir reif für einen Workshop und würden das dann tagelang machen. Haben wir den Workshop? Haben wir den Tag? Dann würden wir übrigens nebenbei auch in der Gliederungsdebatte weiterkommen. Ich finde es - mit Verlaub, wenn ich Herrn Müller angucke - nicht ganz so prickelnd: Wenn man „Gliederung“ sagt, dann lächeln alle immer ein bisschen. Wir müssen die Gliederung natürlich auch einmal diskutieren. Es ist ja auch schon viel Hirnschmalz verwendet worden, um diese Gliederung zu machen. Aber wir schaffen das jetzt nicht alles, wenn ich die Sitzung um 12 Uhr unterbrechen soll. Also, bitte noch einmal zwei, drei Beiträge.

Entweder finden wir einen kurzfristigen Weg - meinerwegen in Verbindung mit der Gliederung -, eine klarere Identifizierung des gesetzlichen Auftrags in Verbindung mit den vielen Beiträgen, die es gab, dass der gesetzliche Auftrag kein Ausschluss sein kann, keine Tabuisierung sein kann, dass er eine Priorisierung sein muss, aber das wir zumindest weg von den Metaworten hin zu konkreten Themen kommen. Oder aber wir müssen die ganzen Formate umstellen und sagen, wir gehen letztendlich mit einigen Formaten aus dem Prozess und geben dann immer wieder die sich in der Kommissionsarbeit ergebenden Konkretisierungen der Themen hinein.

Ich persönlich hätte den zweiten Weg gewählt. Ob wir aber in der Lage sind, innerhalb von kurzer Zeit hierauf umzustellen, weiß ich nicht. Deshalb ziehe ich mich jetzt heraus. Ich würde jetzt gerne noch einmal zwei, drei Beiträge hören: Wie stellen Sie es sich vor? - Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich würde vorschlagen, dass wir den Versuch unternehmen, einmal die Kategorie A - Pflicht - oder Priorität 1 - Themen -

hier bei uns doch noch zu identifizieren, nämlich die, die aus dem gesetzlichen Auftrag abzuleiten sind. Die übrigen Themen sollten wir sammeln und in gewisser Hinsicht eine Priorisierung vornehmen, sodass wir nach unten hin eine offene Liste haben und eine gewisse Priorisierung erst einmal in diesem Kreis und möglicherweise in der Kommission vornehmen.

Aber den ersten Punkt halte ich eigentlich für leistbar, denn dort haben wir eine schriftliche Ausgangsgrundlage. Ich stimme Ihnen völlig zu, Frau Kottling-Uhl. Ich verstehe den Gesetzgeber auch so, dass er, wenn er den Bericht bekommt, vorher im Hinterkopf hatte: Was haben wir denn an Aufgabenstellungen dort platziert? Dann erwartet er auch Antworten zu diesen Aufgaben, und die müssten wir eigentlich in diesem Kreis heute noch identifizieren können. Alles andere sollten wir sammeln, damit wir jetzt nicht heute eine große Diskussion in einem Verfahren führen - meinerwegen können wir das auch schriftlich machen -, und mit einer gewissen Priorisierung versehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Ich würde im Prinzip in die gleiche Kerbe wie Herr Jäger schlagen wollen und es auch gleich konkretisieren. Ich denke, aus dem Gesetz, das ja nun oft zitiert wurde, lässt sich relativ leicht, weil es sehr deutlich Punkte formuliert, herauslesen: Was sind die Themen? Das ist „5 plus 1“, sage ich immer dazu: Wir haben fünf Spiegelstriche und einen Ergänzungssatz. Ich kann sie gleich noch einmal kurz zusammenfassen; das sind die zentralen Punkte. Mein Vorschlag wäre, dass wir diese Punkte nehmen und dann schauen: Lassen sich die Themen, die genannt wurden und die einzeln wichtig sind, subsumieren? Lässt sich das einem dieser Themenkomplexe zuordnen oder lässt es sich nicht zu-

ordnen? Wenn es sich zuordnen lässt, ist es etwas, was bei uns automatisch ein Thema sein wird. Da würde ich auch gar nicht unter diesen Themen priorisieren, weil das Gesetz das auch nicht macht. Ist es etwas anderes, was sich nicht direkt abbilden lässt? Wäre es etwas, von dem wir sagen, wir wollen, dürfen und werden das im Beteiligungsprozess nicht verhindern, wir werden es aber nicht massiv hineintragen?

Diese 5 plus 1 sind relativ einfach und schnell herunterdekliniert. Das erste ist die Frage - Sylvia Kotting-Uhl hat es gerade noch einmal gesagt -: Sofortige Endlagerung, Umgang mit der Zwischenlagersituation. Das ist der erste Spiegelstrich gemäß § 4 Satz 2. Der zweite Spiegelstrich sind die Entscheidungsgrundlagen, also die ganzen technischen Fragen, Sicherheitsanforderungen etc. Punkt 3: Kriterien einer möglichen Fehlerkorrektur, Rückholbarkeit oder Ähnliches. Punkt 4: Anforderungen an das Verfahren des Auswahlprozesses. Punkt 5: Anforderungen an Beteiligung der Öffentlichkeit, und der zusätzliche Satz ist: Die Kommission soll auch Empfehlungen zum Umgang mit bisher getroffenen Entscheidungen und Festlegungen in der Endlagerfrage treffen. Das ist dann der sechste. 5 plus 1.

Thorben Becker: § 1 fehlt.

Jörg Sommer: Entschuldigung, Thorben. Du hast Recht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder, bitte.

Michael Fuder: Herr Sommer hat mir freundlicherweise die Worte aus dem Mund genommen.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich stimme Herrn Sommer voll und ganz zu. Das war ja der ursprüngliche Vorschlag, sich an das Gesetz zu halten und die fünf, sechs oder sieben Punkte hier abzarbeiten.

Michael Müller: Ich will nur eine kurze Bemerkung machen. So ganz einfach ist das mit der Interpretation des Gesetzes nun auch nicht. Wenn Sie sich nämlich den Einsetzungsbeschluss des Bundestages vor Augen halten, so ist er sehr viel mehr auf Zusammenhänge ausgerichtet als auf einzelne Punkte, und ich stelle mir natürlich auch die Frage: Warum hat man eine solche Kommission gemacht und nicht die üblichen Kommissionen, wenn das alles so einfach ist?

Ich meine, das eigentliche Problem ist ja, dass wir zu den meisten dieser Fragen schon seit Langem technische Antworten haben. Wir kennen die Diskussionen. Wir hätten das, was wir im Wirtsgestein Salz haben, auf andere Bereiche erweitern können. Aber im Grundsatz ist technisch vieles klar. Wir haben ein gesellschaftliches Problem. Das ist der Punkt. Insofern würde ich doch sehr davor warnen, daraus jetzt sozusagen eine Ein-Punkt-Strategie zu machen. Ich bin sehr für Priorisierung. Ich bin mir durchaus darüber im Klaren, dass wir zu bestimmten Kernbereichen natürlich Antworten geben müssen. Sie haben es „Kür“ genannt, Herr Jäger. Ich glaube, dass es auf die Kür ankommt, es auch gesellschaftlich durchzusetzen. Ich kann nur empfehlen, weniger darüber reden, als einfach auch mal zu arbeiten.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Das war nicht abwertend gemeint.

Michael Müller: Nein, das habe ich verstanden. Aber Sie wissen auch, dass man einen Wettlauf nur gewinnt, wenn man in Pflicht und Kür gut ist.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Die B-Note ist oft sehr entscheidend.

Michael Müller: Manchmal sogar entscheidender als die A-Note, wie wir in der Politik erfahren.

Ich will das aber gar nicht weiter vertiefen. Ich sage nur: Sehen Sie sich die Gliederung an. Wir haben sie zweimal beispielhaft konkretisiert. Das erwarten wir auch für die anderen Punkte.

Zweitens. Für mich ist und bleibt der Maßstab der Arbeit der Kommission, ob wir eine gesellschaftliche Akzeptanz finden, und das ist mehr, als ein paar Antworten zu geben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Für eine Diskussionsleitung wäre es jetzt relativ einfach, es zusammenzufassen, allerdings nicht für den Pragmatiker, der auf den Montag schaut.

Der erste Zugang wäre folgender: Wir finden einen Kompromiss auf der Grundlage der Darlegungen aus dem Gesetz in Verbindung mit der Subsumtion der auf Seite 10 aufgenommenen Punkte und mit den Gesetzesüberschriften, und wir würden im Zuge der Subsumtion und der Gesetzesüberschriften auch noch Unschärfen oder Defizite identifizieren, die dann wiederum auch befruchtet werden für die Gliederungsdiskussion. Machen wir das? Wenn ja, wann?

Methodisch ist jetzt eine Annäherung erreicht. Es ist in dem Sinne jetzt ein Zeitproblem. Vielleicht ist es aber auch ein Stück weit der Durchbruch, weil wir letztendlich nicht auseinanderdiskutieren, sondern zusammen diskutieren und zusammenführen. Wir müssen uns dann nur eine Arbeitsform wählen, mit der wir das auch bewältigen könnten. - Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Ein Stück weit ein Gegenvorschlag. Ich kann noch einmal an das anknüpfen, was Herr Hagedorn gesagt hat, dass sich das an dem orientieren soll, was im Bericht stehen wird. Jetzt haben wir noch keine Gliederung,

aber man kann ja durchaus sagen: Das ist der aktuelle Vorschlag, daran orientiert sich das, und das wird sich natürlich dem anpassen, wie die Debatte verläuft, wie der Abschlussbericht strukturiert sein soll.

Es ist mehrfach gesagt worden, diese Liste enthalte Punkte, die eigentlich gar nicht dem gesetzlichen Auftrag entsprechen und daher als Kür oder Ähnliches in eine andere Kategorie kommt. Ich würde gerne einmal konkret wissen, welche Punkte das sein sollen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Entschuldigung, das habe ich jetzt alles nicht gesagt. Mein Vorschlag war eigentlich, das zu vertiefen, was Herr Sommer gesagt hat. Wir haben viele Beiträge gehört, in denen gesagt wurde, sie wollen sich an den gesetzlichen Aufgaben orientieren. Das ist von der Mehrzahl, die hier im Raum sind, erst einmal nicht als ausschließend aufgefasst worden, in Verbindung nämlich mit dem Vorschlag von Herrn Sommer, zu sehen, ob und inwieweit die zehn Punkte, die eine Antizipation auch der Arbeit der Kommission derjenigen sind - - Ich will jetzt nicht „Herr Müller“ sagen, denn es ist nicht Herr Müller allein, und es soll auch nicht die Gliederung des „Müller-Werks“ sein, sondern es muss das ein Kommissionswerk werden. Das war das, was ich vorhin sagte: Es bringt nichts, das zuzuordnen.

Andererseits haben wir natürlich ein Diskussionsdefizit. Wir identifizieren uns mit der Aufforderung, auch zu einer Gliederung zu kommen. Sprich: Es geht momentan eigentlich nur um die Frage: Trifft die Gruppe mit der Zusammenfassung, dass die Punkte auf Seite 10 schon die richtige Grundlage sind, jetzt wirklich die Entscheidung, oder sollte die Gruppe nicht eher den Versuch unternehmen, es noch einmal aus dem Gesetz zu deduzieren, um dann zu sehen: Was haben sich unter anderem Herr Müller und Herr Voges überlegt, warum sie diese Punkte aus dem

gesetzlichen Auftrag abgeleitet haben? Das haben sie sich ja überlegt, aber das haben wir noch nicht diskutiert. Deshalb müsste dieses Subsumtionsergebnis irgendwo mit dieser Überlegung korrespondieren.

Ich würde Sie fragen wollen: Haben wir aus Ihrer Sicht einen Zeit-Slot, der es uns erlaubt, diese Diskussion in der Weise fortzuführen, dass wir damit einen neuen Ausgangspunkt für die Identifizierung der Zuordnung, für Zielgruppen und für Beteiligungsformate haben? Ich sehe bei relativ vielen zunächst einmal das Wollen, das zu tun. Wir müssen nur darauf achten, dass wir von der Gesamtzeitstruktur - nicht des heutigen Tages, sondern von der Gesamtzeit her - die Kommissionssitzung am 18. Juni 2015 und dann erst wieder im Juli haben.

Wenn wir uns noch einmal Zeit ausbedingen, wofür in Bezug auf eine Vertiefung unserer Arbeit einiges sprechen könnte - ich habe die Gliederung auch schon einbezogen, damit es nicht nur als Niederlage erscheint -, dann haben wir natürlich die Situation, dass wir in den 20. Juni 2015 auch noch mit Hypothesen gehen. Ich könnte damit leben, wenn sich das Beteiligungskonzept da noch als offen darstellt. Aber wir müssten dann - da schaue ich auch Herrn Müller an - natürlich sehen, ob wir im Juli erst weiter sind, was wiederum an die Geschäftsstelle eine Herausforderung darstellen würde, dass das, was wir dann als Beteiligungsformate identifiziert haben, dann auch über die Sommerpause aufgeschrieben wird. Außerdem müssten wir uns darüber im Klaren sein, dass wir in den nächsten drei Sitzungen der Arbeitsgruppe 1 weiterhin mit dem Beteiligungskonzept und weniger mit dem Standortauswahlgesetz beschäftigt sind.

Das sind aber alles Verknüpfungen, die nicht dazu führen sollen, dass ich sage: Nein, so sollten wir es nicht machen. Ich wollte Ihnen nur noch einmal den Blick darauf richten: Wenn wir

so vorgehen, wenn wir methodisch bei dem Weg bleiben, die Themenidentifizierung jetzt in den Mittelpunkt zu stellen, weil dafür Gutes spricht, dann sind wir auf jeden Fall in einer zeitlichen Zwangssituation. - Herr Müller.

Michael Müller: Ich habe nur die Bitte, dass bezüglich der Gliederung und der Methodik Klarheit möglichst noch vor der Sommerpause geschaffen wird, denn die Sommerpause soll natürlich auch zum Anlass genommen werden, um zu schreiben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn: Um dieses zeitliche Dilemma zu lösen, kann ich konkret anbieten, dass wir bis morgen Abend diese 5-plus-1-Punkte nehmen und die vorhandenen Punkte genau darunter ordnen. Das wäre der konkrete Vorschlag.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay. - Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Rein praktisch gesehen: Ich würde es begrüßen, wenn Herr Sommer kurz wiederholt, was er eben an Punkten genannt hat. Wir sollten - ich glaube, das können wir schaffen - heute die Punkte, die wir aus dem Gesetz unmittelbar ableiten, konkret benennen, mit den zugeordneten Punkten. Ansonsten sollten wir vielleicht Ihren Verfahrensvorschlag aufgreifen und das entweder jetzt noch ansprechen oder Ihnen darüber hinausgehenden Punkte mitteilen, damit wir die Diskussion am nächsten Montag ein wenig erleichtern, dass also zumindest die Themen aufgelistet sind, die viele noch zusätzlich diskutieren wollen.

Dann müssten wir uns nur noch verständigen - Herr Hagedorn, vielleicht können Sie uns einen entsprechenden Verfahrensvorschlag machen -, wie wir diese Themen priorisieren, ob wir das in

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

diesem Kreis tun oder ob wir die Kommission in Summe bitten, die Liste B sozusagen zu erweitern, zu modifizieren, aber insbesondere zu priorisieren. Das wäre dann der praktische Vorschlag.

Wichtig scheint es mir, von den Themen her aufzusetzen - Herr Gaßner, das würde ich sehr unterstützen - und in einem ersten Teil - nämlich sozusagen die Pflicht - versuchen, die Themen jetzt einmal zu formulieren, damit wir da schon einmal einen Schritt weiter sind.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Bei aller Liebe für Pragmatismus: Der pragmatischste Vorschlag, der uns momentan vorliegt, besteht darin, dass wir morgen Abend eine Liste haben. Die Liste wird sinngemäß so aussehen: Das wären die fünf Spiegelstriche aus dem Gesetz plus der Ergänzungssatz plus der Hinweis von Herrn Becker, nämlich der einleitende Satz, also wissenschaftsbasiert. Das würden Sie noch einmal nehmen, und dann würden Sie die zehn Punkte hinzunehmen. Dann haben Sie eine Liste, in der unter anderem dann auch Gorleben wieder auftauchen wird. Das sage ich gleich, denn es ist letztendlich der Auftrag an Herrn Hagedorn, die zuzuordnen. Das entspricht ein Stück weit natürlich auch den Vorarbeiten, die in dieser Gliederung stecken.

Wir haben dann also eine einseitige Liste von Themen, die wir ungefähr antizipieren können, und wenn wir mit dieser Liste umgehen und sie noch in den Rahmen setzen, dass wir sagen, Weiteres ist nicht ausgeschlossen, ist das logisch; denn der Beteiligungsprozess wird sich keine Ketten anlegen lassen. Der Begriff Priorisierung ist zwar zehnmal gefallen, aber ich würde es insoweit relativieren wollen, als dass das stark vom Format abhängt. Was bringt eine Priorisierung? Es sei denn, wir würden sagen, zu bestimmten Themen findet gar nichts statt. Da sollte man möglicherweise den Satz von Herrn Hagedorn noch mitnehmen, der gesagt hat, er

empfiehlt uns nicht, Empfehlungen abzugeben, die nicht auch Gegenstand der Erörterung in der Öffentlichkeit waren. Das ist noch nicht die Frage, wie es gemacht wird, aber es ist jedenfalls eine Empfehlung von Herrn Hagedorn. Eine Priorisierung, die sagt, von den acht Spiegelstrichen geben wir nur fünf oder sechs in die Beteiligung, bringt nichts. Ich glaube, das ist Konsens.

Von daher hätten wir jetzt eine bestimmte Liste. Diese Liste würde uns noch deutlicher vor Augen führen, was die Grobaufgaben sind. Aber wir haben dann noch keine Gliederung für die AG 1, weil der gesetzliche Auftrag lautet, Beteiligungsvorschläge für die Öffentlichkeitsbeteiligung zu machen. Genau das ist die Arbeit der AG 1, die sich immer wieder ein Stück weit verzögert. Das heißt, wir haben mit dem Wiedergeben des Gesetzestextes nur unseren Auftrag, den wir seit zwölf Monaten haben, erfüllt. Wir haben noch keine Untergliederung, die sich Herr Müller von unserer Arbeit verspricht.

Okay, wir haben morgen Abend eine Themenliste. Das finde ich sehr gut. Wir können sie schon ungefähr antizipieren, und wir sollten jetzt den Versuch unternehmen, festzustellen, wie weit wir mit den Vorschlägen, mit den Formaten - - Ich würde gerne die Diskussion über die Zielgruppen überspringen, weil die Zielgruppendifkussion erst richtig an Drive gewinnt, wenn man die Vorschläge von Frau Dirks und Herrn Hagedorn sieht, was die Formate angeht. Das halte ich angesichts der Aufgabe, innerhalb einer halben Stunde zu einem bestimmten Ergebnis zu kommen und Ihnen außerdem noch fünf Minuten Pause zu können, für notwendig, weil die Zielgruppendifkussion isoliert momentan in diesem engen Zeitrahmen keinen Zuwachs bringt. - Herr Fuder.

Michael Fuder: Sollte das, was ich jetzt sage, an dieser Stelle nicht passen, dann bitte ich darum, mich zu unterbrechen.

Wir sind beim Thema der Themenliste. Ich hatte schon in der Vergangenheit ein Thema platziert, das sich bislang noch nicht wirklich wiederfindet. Ich möchte darauf erneut hinweisen. Sagen Sie mir bitte herzlich gerne, wie und an welcher Stelle. Ich bin auch gerne bereit, dazu einmal einen Zwei- oder Dreiseiter zu verfassen, damit das noch ein bisschen konkreter wird.

Wenn ich an den konkreten Prozess Asse-Beteiligungsformat denke, dann hat sich in diesem Beteiligungsverfahren als eine entscheidende Tücke der Realität das Miteinander in doppelter Weise herausgestellt: Erstens das Miteinander zwischen in diesem Fall Asse-2-Begleitgruppe, also gesellschaftlicher Repräsentanz, mit der Vielzahl der staatlichen Stellen, Ministerien und sonstige Behörden. Ich finde, das ist ein wichtiges Thema, wo es darum gehen muss, Erfahrungen auszuwerten. Das ist nämlich Beteiligung konkret für den Endlagersuchprozess.

Es gibt eine zweite ständige Konfliktebene, nämlich die internen Diskussionen und Konflikte innerhalb der Asse-2-Begleitgruppe. Das ist ja auch ein heterogenes Gremium. Aus diesen Erfahrungen zu lernen, wie man das sozusagen thematisch in diesem Beteiligungsprozess unterbringen kann, hier in Bezug auf die Endlagersuche - - Mir fehlt da noch das richtige fertige Bild, aber wenn diese Thematik nicht behandelt werden, und zwar relativ frühzeitig, glaube ich, ist erstens eine Chance vertan, und zweitens produziert man Konflikte, die ansonsten vielleicht nicht sein müssten.

Noch einmal: Ich bin herzlich gerne bereit, wenn es gewünscht ist, dazu einmal einen Zweiseiter zu verfassen: Soll ein Vorschlag gemacht werden, dass das Gesetz geändert wird? Geht es nur darum, das jetzt in das Beteiligungskonzept aufzunehmen? Das ist eine Fragestellung, die ich jedenfalls nicht abschließend beantworten will,

die vielleicht aber in dieser Arbeitsgruppe einmal beleuchtet werden könnte. - Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder, herzlichen Dank. Wenn ich das quasi verfahrensleitend sagen darf: Das wäre natürlich ein wertvoller Beitrag für die anstehende Debatte zu dem Standortauswahlverfahren, von der ich hoffte, dass wir sie in den nächsten drei Sitzungen haben. Dafür wäre das ein Baustein. Wenn Sie den Zweiseiter verfassen würden, dann werden wir ihn gerne in einer der drei Sitzungen einbringen. Das ist sehr wichtig. - Dann Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Vorsitzender, Sie haben einen Verfahrensvorschlag gemacht, den ich gerne noch einmal zur Diskussion stellen würde, bzw. ich würde gerne Herrn Hagedorn oder Frau Dirks dazu fragen: Macht es Sinn, erst die Formate zu besprechen und dann die Zielgruppen, oder eher andersherum? Ich würde von meinem persönlichen Empfinden her eher andersherum vorgehen und sagen: Welche Zielgruppen wollen wir adressieren? Welche Formate wären dann für welche Zielgruppen am besten geeignet?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Aber das ist jetzt ein Trick, Herr Jäger, eine Frage an Herrn Hagedorn und Frau Dirks zu richten. Ich habe deutlich gesagt, dass wir nach Ihren Vorstellungen nur 30 Minuten haben. Wir müssen zur Verknüpfung kommen. Wenn Sie aber jetzt 50 Minuten über Zielgruppen reden, dann kommen wir nicht eine Minute zu der Verknüpfung. Ich verstehe das nicht ganz. Vom methodischen Vorgehen her ist es ja völlig klar. Ich weiß jetzt aber nicht, was Ihre Absicht ist.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Dahinter steckt kein Trick, sondern wenn wir verknüpfen, dann müssen wir Themen, Zielgruppen und Formate verknüpfen. Das heißt, wir können nicht über Verknüpfung reden, wenn wir diese drei Dinge nicht besprochen haben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir machen drei Minuten Pause. Dann kann Frau Dirks wieder einsetzen.

(Unterbrechung von 11.35 Uhr bis 11.40 Uhr)

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir fahren mit der Diskussion fort. - Es gibt die Bitte, sich im Sinne eines systematischen Vorgehens zunächst noch einmal der Zielgruppen zu versichern.

Die Zielgruppendarstellung finden Sie auf den Seiten 16 bis 18 respektive in der schon angesprochenen Aufstellung auf Seite 21. Die breite Öffentlichkeit - Seite 16 - ist unbestritten. Die engagierte Öffentlichkeit ist seit Dezember 2014/Januar 2015 in ihrer Definition von uns so eingeführt. Die regionale Öffentlichkeit wird hier als noch offener Diskussionspunkt wiedergegeben, zu dem Frau Dirks und Herr Hagedorn einen Vorschlag gemacht haben. Es gibt dann noch den Begriff der kritischen Öffentlichkeit, den wir in unseren früheren Papieren schon einmal definiert hatten. Die Definition findet sich hier jetzt nicht wieder. Auch mit der Anmerkung von Herrn Thomaske noch mitgedacht, dass alle kritisch sind und nicht nur die als kritisch bezeichnete Öffentlichkeit. Die Fachöffentlichkeit, die jungen Erwachsenen, aus dem Gesetz die obersten Landesbehörden und die kommunalen Spitzenverbände und, hier noch aufgeführt, die Journalisten. In der Synopse findet sich als Teil der Fachöffentlichkeit noch die Bildungs- und Wissenschaftscommunity wieder.

Es könnte jetzt die Frage der Unterscheidung zwischen engagierter Öffentlichkeit und kritischer Öffentlichkeit diskutiert werden, wie sie Herr Fox angesprochen hat. Ich würde diese Diskussion nicht empfehlen, ohne die Formatzuordnungen zu identifizieren, also ob bei den Formaten Unterschiede auftauchen. Wir könnten jetzt über die Frage der Zuordnung regionaler Öffentlichkeit diskutieren. Wenn wir uns im Moment

aber darauf verständigen würden, den nächsten Schritt zu gehen, nämlich die Formatverknüpfung, dann wäre das die erste Gruppe, die wir aufrufen würden, und zwar, ob der Vorschlag unter 3.2.1 - „Klausurtagung mit Vertretern der Regionen“ - hier auf Einverständnis stößt.

Ich würde gerne wie folgt überleiten: Die Punkte, die noch eine bestimmte Offenheit in unserer Diskussion darstellen, nämlich die regionale Öffentlichkeit, rufe ich jetzt sofort im Kontext mit dem Punkt 3.2.1 auf. Die Frage engagierte Öffentlichkeit und kritische Öffentlichkeit tritt spätestens dann auf, wenn - das darf ich in einem etwas lustigen, polemischen Vorgriff sagen - die Frage auftaucht, ob sie Gegenstand eines Dokumentarfilms werden. Damit habe ich, glaube ich, auch schon ein Stück weit die Schärfe herausgenommen, dass wir natürlich diskutieren müssen, in welcher Weise auch diese Personen aufgenommen werden.

Wenn Sie damit einverstanden wären, dann würde ich jetzt mit dieser Überleitung zu Punkt 3.2.1 und zu den anderen Formaten kommen. Ich möchte in Anbetracht des Zeitdrucks etwas machen, was man als Moderator eigentlich nicht macht, aber ich würde Sie zunächst einmal bitten, die von Herrn Jäger schon aufgerufene Seite 21 für unsere Diskussion weiter zu untergliedern, und zwar wäre mein Vorschlag, dass Sie dem ersten Thema „Aufgabenstellung der Kommission“, die Veranstaltung, die hier steht, eine null zuordnen und dann einen Strich machen.

Dann kämen „Leitbild: Kriterien für die mögliche sichere Verwahrung“, „Zukunft Gorbleben und Schacht Konrad“ und „Gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligungsformen“. Das sind die Ziffern 1 bis 4. Wenn Sie freundlicherweise wieder einen Strich daran machen würden, dann würden im Folgenden die Ziffern 5 bis 10 verteilt, und dann würde vor dem letzten Punkt „Für alle Themen“ noch einmal ein Strich kommen. Dann

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

hätten Sie nämlich eine Vierteilung: Die Auftaktveranstaltung ganz oben, die für alle Themen ganz unten und in der Mitte einmal die Ziffer 4 und dann die Ziffern 5 bis 10, also sechs Themen. Das würde mir helfen, um die weitere Diskussionen mit Ihnen zu führen, und zwar dergestalt: Wenn ich jetzt gefragt würde, wie ich die ersten vier Themen behandelt sehe - wie gesagt, ich springe jetzt ein bisschen aus der Rolle des Moderators heraus, um sie gleichzeitig wieder einzunehmen -, würde ich bei dem Thema 1, wie es behandelt ist - „Leitbild der Kommission“ - ein Plus-Minus machen. Bei 3.2.2, also bei der Nummer 2, würde ich momentan ein Plus-Plus machen. Bei 3.2.3 - „Zukunft von Gorleben und Schacht Konrad“ - mit der Kombination von Film und Bürgergutachten würde ich ein Minus machen. Den Punkt 3.2.4. - - Ich versuche, die Diskussion mit einem inhaltlichen Input zu versehen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, aber vorhin haben wir über die Themen geredet, und jetzt gehen wir von diesen Themen aus. Das verstehe ich gerade nicht. Ich verstehe es vielleicht nicht, weil ich unfähig bin, aber ich verstehe es gerade nicht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay.

Jörg Sommer: Vorhin haben wir gesagt, wir reden über Zielgruppen und Formate, und jetzt strukturieren Sie wieder nach Themen. Das ist das, wo wir Ihnen nicht richtig folgen können.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Es ist völlig d'accord, dass es im Zuge der Diskussion um eine Verknüpfung jetzt auch darum gehen muss, zu betrachten, ob nicht auch aus dieser Betrachtung, die jetzt folgt, ein Themenwechsel notwendig ist. Oder anders ausgedrückt: Würde ich mich jetzt darauf beschränke, zu sagen, es werden sowieso lauter neue Themen eingesetzt, komme ich in der Diskussion nicht weiter. Es

kann also nicht so bleiben, dass die Themen so isoliert sind, sondern es geht jetzt in erster Linie auch darum, zu sehen, was eingangs gesagt wurde.

Machen wir es andersherum; es ist zu kompliziert. Fangen wir mit 3.2.1. an: Gibt es noch die Vorstellung, dass das Leitbild der Kommission diskutiert wird, und gibt es die Vorstellung, dass wir die regionale Zielgruppe ausgefüllt sehen durch die Landräte und Bürgermeister, oder müssten wir nicht - und das war jetzt mein Versuch eines Vorgriffs - da eher ein Plus-Minus setzen und sagen, das dürfte so noch nicht eins zu eins ein Steckbrief eines Formats sein, das ausschreibungsfähig ist? Während ich für den Punkt 3.2.2. - ich wollte jetzt nur noch einmal mein Vorgehen signalisieren - die Kriterien für die möglichst sichere Verwahrung in Verbindung mit diesem Format Fachveranstaltung und Workplace - - Da habe ich als einziges ein Plus-Plus, weil das schon relativ rund ist, während ich jetzt wiederum das Thema, wo Sie jetzt zu Recht fragen, ob es überhaupt in der Form auftaucht - „Zukunft von Gorleben und Schacht Konrad“ -, jedenfalls die Einbeziehung dieses Themas in Form von Dokumentarfilmen und erweitertes Bürgergutachten für nicht rund erachte.

Das war jetzt sozusagen der Einstieg, um in die Diskussion zu 3.2.1 - und nur zu 3.2.1 - zu kommen. Ich bitte, das zu entschuldigen. Ich habe versucht, eine Wertung deutlich zu machen, dass sich vielleicht eine bestimmte Systematik erübrigt.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich rufe 3.2.1 in dem Sinne auf: Sollten wir die Zielgruppe Regionen mit diesem sehr übergreifenden Themenfeld befassen? Herr Becker hatte vorhin schon einmal gesagt, er würde es für nahe liegend erachten, dass man den regionalen Zielgruppen eher das Thema „Standortauswahlverfahren“ zuordnet.

Das wäre mir, wenn man so will, auch nahe liegender.

Ich gestehe, dass ich jetzt relativ lange ausgeholt habe. Also lassen Sie uns jetzt einfach über 3.2.1 sprechen. Wir haben die Regionen. Sind die Regionen richtig adressiert mit den Landräten? Ist das Thema „Leitbild“ ein Thema, das man mit den Landräten diskutieren sollte? Oder sollten wir die Regionen nicht breiter fassen, und sollte man das Thema nicht eher in Richtung Suchprozess fassen? - Frau Dirks.

Helma Dirks: Ich wollte zu diesem Punkt sagen: Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass das Leitbild in den Beteiligungsprozess eingebracht wird, denn nach meinen Vorstellungen wird das Leitbild die Haltung, die Werte und das Selbstverständnis übergreifend fixieren, mit denen dann auch das Suchverfahren umgesetzt wird. Angesichts der gesellschaftlichen Wertverluste ist das, glaube ich, ein wesentliches Signal, so dass ich sehr dafür plädiere, dass das Leitbild als Klammer um das Ganze und als Grundverständnis auf alle Fälle als Thema zu belassen.

Dann war es ja sehr charmant, die BGR-Regionen einzubeziehen. Ich würde das sofort zurückziehen unter dem Aspekt, dass gesagt wurde, dass man sich in Zukunft nicht auf die BGR-Studie stützt, sondern dass man, wenn die Suchverfahren etc. fertig sind, mit Sicherheit noch einmal eine neue Studie macht. Man kann dann mit der Benennung von Regionen mehr Porzellan zerbrechen, als wirklich einen hilfreichen Prozess in Gang zu setzen. Diesbezüglich hatte ich sozusagen ein Informationsdefizit. Es war ja auch in der Kommission so diskutiert, ob man die BGR-Regionen einbezieht. Ich würde davon aufgrund dessen abraten, dass man Regionen benennt, die möglicherweise später gar nicht drin sind, oder auch Regionen nicht benennt, die später in einem weiteren Gutachten als potenzielle Standortregionen festgelegt werden. Insofern halte ich

es für zu sensibel, das jetzt zu machen. Wir müssten uns dann bei dem Leitbild noch eine andere Zielgruppe aussuchen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Ich bitte, auf den Zeitdruck zu achten. Ich muss jetzt immer Druck machen. Also bitte jetzt: Unterschied Leitbild als Thema, ja oder nein? Und Regionen, ja oder nein? - Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das Leitbild kann man sicherlich diskutieren, aber ich schlage vor, dass das in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird. Dazu sollte jeder etwas sagen können. Das ist Punkt 1.

Punkt 2, jetzt zu den Regionen: Als Regionen sehe ich eigentlich nur die Regionen an, wo derzeit Zwischenlager sind. Das sind für mich die Regionen. Der Rest ist weiße Landkarte. Dass man speziell mit den Regionen jetzt das Leitbild diskutiert, sehe ich eher nicht so. Mit den Regionen, also mit den Orten, wo Zwischenlagerstandorte vorhanden sind, sollten wir eher die Bürgerbeteiligung an der Standortsuche diskutieren, denn ich kann mir vorstellen, dass da Input kommt. Mit „Regionen“ sind aber nicht nur die Bürgermeister und Landräte gemeint, sondern die dort regional aktiven Gruppen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Ich habe es vorhin schon einleitend gesagt, und ich würde das jetzt noch einmal unterstreichen: Ich halte es für zentral, dass wir in die Regionen gehen, und zwar dorthin, wo es eine möglichst konkrete regionale Betroffenheit gibt. Das sind für mich mehr als nur Zwischenlagerstandorte. Das kann ich auch in Morsleben oder in Asse machen. Die haben auch Erfahrungen mit dem Thema Atommüll. Ich glaube, es ist kein Problem, zu sagen, wir gehen auch in Regio-

nen, die potenzielle Standortregionen sein könnten. Natürlich legen wir da nicht die BGR-Karte vor und sagen, das ist der aktuelle Stand, und wir gucken mal, wie es weitergeht. Aber das ist natürlich auf der anderen Seite etwas, was diese Regionen auch wissen. Das ist nun ja kein Geheimwissen. Ich halte es für wichtig, diese Gesichtspunkte dann auch in die Diskussion aufzunehmen. Ich glaube nicht, dass es um eine falsche Vorfestlegung geht, wenn man das vernünftig kommuniziert.

Ich denke, es ist sinnvoll, beides zu diskutieren: Auf der einen Seite das konkrete Verfahren - das finde ich tatsächlich wichtig -, aber dass es auch zumindest für diese Zielgruppe sinnvoll sein kann, das Leitbild zu diskutieren, weil tatsächlich die Einordnung des ganzen Prozesses und auch die Verknüpfung mit gemachten Erfahrungen als Diskussionsgegenstand besser dafür geeignet sind.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Jetzt haben wir einmal „Leitbild ja“, einmal „Leitbild nein“ in der Gruppe. Damit haben wir momentan die Gruppe zusammengesetzt aus zwei konsensfähigen und einem nicht so konsensfähigen Punkt. Konsensfähig ist Standortzwischenlager, und konsensfähig dürften auch Asse und Morsleben sowie Schacht Konrad sein, denn die haben wir auch schon als Gäste repräsentiert.

Andreas Fox: Gorleben gehört nicht dazu?

Andreas Fox: Gorleben gehört nicht dazu?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Als Zwischenlager.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja. Ich wollte jetzt nur eine Abgrenzung machen, dass wir letztendlich ein bisschen, vorsichtig ausgedrückt, die Schwierigkeit bei der BGR haben.

Der zweite Teil ist jetzt: Machen wir Bürgerbeteiligung oder machen wir Standortauswahlverfahren? Ich würde jetzt versuchen, dazu einen methodischen Hinweis zu geben. Wenn diese Regionalbefassung einen Vorgriff auf die Zukunft darstellt, dann ist es natürlich sehr wichtig, dass Menschen, die relativ nahe an dem Problem sind, sich sowohl mit dem Beteiligungsformat als auch mit den Kriterien befassen. Das kann aber jetzt wieder eine Überfrachtung sein. Dann hätten wir aber momentan auf der regionalen Ebene als Vorschläge Leitbild plus Beteiligungsverfahren plus Kriterien. - Dazu Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Anknüpfend an das, was Sie jetzt schon zusammengefasst haben: Zunächst einmal zu dem Thema Leitbild. Das Leitbild gehört in die Breite, also damit auch in die breite Öffentlichkeit und auch in die regionale Zielgruppe, wobei - das wäre mir wichtig - wir uns noch einmal austauschen sollten, was wir für die Kommissionsarbeitsphase als „Region“ bezeichnen. Wir sollten vielleicht sogar einen anderen Begriff wählen. Wir sollten sagen, unter Regionen verstehen wir Zwischenlager und potenzielle Endlager, sprich: Gorleben plus schon vorhandene Projekte Asse, Morsleben, oder wie auch immer. Jedenfalls schon betroffene Regionen. Die übrigen Regionen, die weiße Landkarte potenzieller Regionen, würde ich wirklich aussparen wollen, weil wir kein handhabbares Kriterium haben, dort eine Menschengruppe zu adressieren, ohne uns in enorme Schwierigkeiten zu bringen. Das müssen wir sozusagen kompensieren durch den Begriff „breite Öffentlichkeit“, jedenfalls für die Phase der Kommissionsarbeit. Deswegen scheint mir die Definition der Zielgruppen so wichtig zu sein.

Also, breite Öffentlichkeit, da muss das Thema Zielgruppe, Ziele, Leitbild hinein, und bei den schon betroffenen Regionen kann man davon ausgehen, dass die Akteure schon in den The-

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

men drin sind. Da würde ich sowohl das Verfahren als auch die Öffentlichkeitsbeteiligung und sozusagen den Überbau des Leitbildes diskutieren. Das lässt sich mit Sicherheit bei der Vorkenntnis und dem Engagement der Leute auch so gestalten.

Also noch einmal die aus meiner Sicht eine wichtige Anregung: Regionale Gruppen sollten wir so definieren, wie ich es eben versucht habe, zu beschreiben, nämlich heute schon durch Einrichtungen der nuklearen Entsorgung betroffene Regionen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, ich glaube, dass diese Formulierung, wo sie konsensfähig ist, soweit Sie nicht von dem potenziellen Endlagerstandort Gorleben gesprochen haben, weil es das jetzt, glaube ich, nicht das war, was Sie zum Ausdruck bringen wollten - - Sie wollten jetzt doch zum Ausdruck bringen - - Wenn Sie das noch einmal wiederholen möchten, bitte. Das Protokoll steht Ihnen frei.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Im Sinne des Gesetzes formuliert: Gorleben ist in dem Auswahlverfahren und muss sich dem Auswahlverfahren stellen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann sollte die Moderation natürlich nicht dazu beitragen, politische Aussagen zu entschärfen, und ich danke Ihnen für die Klarstellung.

Andreas Fox: Auch im Sinne von Herrn Jäger: Die Einbeziehung der Regionen ist im Prinzip der Tatsache geschuldet, dass das BGR-Gutachten eigentlich untauglich ist, um festzustellen, wo man jetzt sinnvollerweise Schwerpunkte setzt. Wenn man die breite Öffentlichkeit mit dieser Diskussion erreichen will, macht es doch eigentlich Sinn, sich auf die Bundesländer zu fokussieren und zu sagen: Die Kommission geht grundsätzlich mit diesen Veranstaltungen in die

Landeshauptstädte. Die Länder können dann jeweils entscheiden, dass sie das innerhalb des Landes vielleicht woanders hinlegen, wo man vielleicht mehr Erfahrung mit dem Thema hat, aber generell sollten wir doch dafür sorgen, dass sich keine Region, kein Bundesland um dieses Thema drücken kann, und von da aus wären eigentlich alle Landeshauptstädte der Bundesrepublik in diese Liste aufzunehmen. - Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Frau Kotting-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde die Zielgruppe „Heutige Atommüllsandorte“ nennen, mit der Betonung auf „heutige“, und keinen potenziell zukünftigen mit hineinnehmen, denn, Thorben Becker: Was soll das andere sein, wenn die Kommission die auswählt als in irgendeiner Weise schon einmal - - Eine Auswahl eben. Das halte ich für sehr gefährlich und möchte noch einmal davor warnen. Heutige Atommüllstandorte, und mit denen würde ich die Kriterien diskutieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Ich würde das im Moment so stehen lassen wollen und gleich wieder aufgreifen, wenn wir die Frage aufgeworfen haben: Was wäre das Format? Momentan ist es in der jetzigen Fassung 3.2.2 eine Klausurtagung, so, wie es momentan angelegt ist, eher eine breitere Zusammensetzung, eher eine - das steckt schon im Wort - regionale Verteilung. Aber das ist nicht klar. Sie müssen sehen, dass das Konzept den Vorschlag gemacht hat, durch eine eintägige Klausurtagung die Regionen zusammenzuführen. Wenn wir jetzt die Überlegung haben würden, wir wollen mit den Regionen auch regional zusammentreffen - - Ich weiß es nicht. Das ist eine Frage.

Bevor wir ins Einzelne gehen, wie die Regionalgruppen zusammengesetzt sind und welche Themen wir haben - wir haben ja drei Themen und

verschiedene Zugänge dazu, wie man die Regionalität definieren könnte -, ist die Frage, ob die Tagesveranstaltungen nach wie vor das richtige Format bliebe. Jedenfalls nicht, wenn ich drei Themen aufrufe. - Herr Becker.

Thorben Becker: Ich hätte einen Kompromissvorschlag zu dem zu machen, was wir gerade diskutiert haben, also wie man die Regionen definiert. Das eine ist so, wie Frau Kotting-Uhl es gesagt hat, mit der Ergänzung: Wir bitten - wen auch immer, den Städte- und Gemeindebund, oder wie auch immer -, die Kommunen in Deutschland, auf diese Veranstaltung hinzuweisen, verbunden mit der Bitte, dass sich auch kommunale Vertreter, die von sich aus meinen sie, könnten potenziell betroffen sein, eingeladen fühlen und ihre Gesichtspunkte bitte einbringen sollen. Auch andere können das gerne machen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde darum bitten, dass wir zunächst die Formatfrage behandeln, weil sie auch stark davon abhängen würde: Ist das jetzt eher eine 25-er Gruppe? Ist das jetzt eher der Fünf-Wochenend-Workshop, der ja auch noch kommt? - Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn: Kurzer methodischer Hinweis: Wenn man solch ein Format auswählt, ist es natürlich ganz entscheidend, zu gucken: Sind die potenziellen Teilnehmer überhaupt an einer Mitwirkung interessiert? Wenn man jetzt überlegt, in 16 Bundesländern 16 Veranstaltungen zu machen, dann habe ich die Sorge, ob wir überhaupt genügend Teilnehmer zusammenbekommen. Man sollte von daher schon gucken, dass man eher eine Veranstaltung schafft. Ich finde den Vorschlag von Herrn Becker nicht schlecht, sozusagen eine Selbstselektion einzusetzen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, das wäre momentan ein aus meiner Sicht händelbarer Zwischenstand mit Blick auf Montag, dass wir dann sagen, Verfeinerungen dieses Steckbriefs

erfolgen noch, wenn wir zu dem Ergebnis kämen - das ist aus meiner Sicht eigentlich die wesentlichste Entscheidung, die wir jetzt treffen -, zu sagen: Regionen an einem Tag. Ich sage dass jetzt im Vorgriff auf das, was Frau Dirks und Herr Hagedorn uns auch vorschlagen, nämlich unsere eigene Arbeit über Fünf-Wochenend-Workshops bearbeitet zu sehen.

Da bringe ich jetzt noch einen Unterton ein, weil ich mir natürlich vorstellen könnte, dass man mit den Regionen auch mehr als einen Tag arbeitet, und vielleicht unser Thema, wenn es denn auch von den Regionen mit bearbeitet wird, vielleicht eher in zwei oder drei Veranstaltungen bringt. Aber ich bin jetzt aber auch nicht in der Lage, das durch den einen Redebeitrag zu entscheiden. Ich wollte es Ihnen letztendlich nur noch einmal vorschlagen, dass wir, wenn wir in die Verfeinerungen kommen, dann in die Situation kommen: Standortauswahlverfahren, Kriterien, Beteiligung plus ein bisschen Leitbild, und das Ganze an einem Tag mit möglichst breiter Regionalvertretung. Das schreit meiner Ansicht eher danach, dass man zwei oder drei Sachen daraus macht. Aber das ist natürlich auch immer eine Aufwandsfrage, die wir noch gar nicht diskutiert haben, die mit dem Thema „Botschafter“ leider noch relativ am Ende ist, die aber von allen schon mitgedacht werden - sollte. Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde pro Tag ein Thema vorschlagen. Wenn das wirklich ausgiebig sein soll, dann würde ich jetzt nicht Kriterien und Leitbild usw. behandeln, und für alles hat man dann zwei Stunden. Wenn es eine Veranstaltung sein soll, was wahrscheinlich die schlechtere Variante ist, als sie an jedem Standort zu machen, wäre das logistisch einfach nicht zu bewältigen, glaube ich. Deswegen wäre ich für eine Veranstaltung. Es sind fast 20 Regionen, also fast 20 Standorte, an denen Atommüll ist.

Lubmin bitte nicht vergessen. Das gehört auch noch dazu.

Also: Zwischenlager, standortnahe Zwischenlager, Gorleben, Morsleben, Wolfenbüttel und Lubmin sind die Orte, an denen heute in Deutschland Atommüll lagert. Es lagert noch an ein paar mehr Orten, aber wir nehmen einmal die als Standorte. Die sollten dann zusammengebracht werden. Dann würde ich eher vorschlagen, wenn das gut angenommen wird, dass man dann aber auch während der Veranstaltung entscheidet, ob es eine Fortsetzung in dieser Zusammenstellung hat, und dass man dann vielleicht eine zweite und eine dritte Runde macht. Aber ich würde nicht alle Themen in einen Tag packen. Das, was dann dabei herauskäme, wäre nicht gehaltvoll.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Dirks, bitte.

Helma Dirks: Es ist jetzt mehrfach gesagt worden, dass auch die Regionen mit Erfahrung von Kernkraftwerken - Sie meinen ja auch die Zwischenlager an den Kernkraftwerken - als Beteiligungspraktiker sozusagen an dem fünftägigen Workshop teilnehmen können. Das heißt, man muss auch sehen, dass manche Zielgruppen deckungsgleich sind. Das bedeutet nicht, dass jemand nur junger Erwachsener ist und keine Erfahrung hat. Es gibt natürlich Möglichkeiten, dass es junge Erwachsene bzw. eben Praktiker gibt, die Beteiligungsprozesse oder mangelnde Beteiligungsprozesse vielleicht in dem Fall auch als Erfahrung einbringen können und dann gezielt auch eingeladen werden können.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Mit Blick auf die Uhr: Meine Uhr ist jetzt um fünf vor zwölf stehen geblieben. Deshalb bin ich souverän in der Lage, die weitere Debatte bis 12 Uhr zu strukturieren. Mit Blick auf die Uhr würde ich vorschlagen, dass wir das jetzt so stehenlassen, wie es von Frau Kötting-Uhl zusam-

mengefasst wurde, aus meiner Sicht mit der kleinen Modifikation, dass wir zunächst einmal von drei Veranstaltungen ausgehen, die man dann gegebenenfalls gestalten würde: Leitbild plus Standortauswahlverfahren plus Beteiligungsprozess in Verbindung mit zweimal 20 plus über die kommunalen Spitzenverbände, einige dazugewonnen. Das ist in ein Format mit 50 bis 60 Leuten, das dann aufgeteilt werden müsste. Das wäre ein wichtiger Zwischenschritt.

Jetzt einmal wieder was Gefährliches. Ich würde gerne die Frage aufwerfen: Wie sehen Sie es mit dem Thema „Gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligungsformen“? Das ist für uns auch von ganz großer Bedeutung. Können wir uns vorstellen, dass wir Fünf-Wochenend-Workshops haben, in der die breite Öffentlichkeit von jungen Erwachsenen repräsentiert wird und ein wesentlicher Input von Beteiligungspraktikern erhofft wird, die unter anderem - das scheint mir auch eine Selbstverständlichkeit zu sein - am Ende gegebenenfalls zuzüglich Honorar charakterisiert werden? Ich persönlich habe große Bedenken, die Arbeit der AG 1 in einem wesentlichen Umfang auszulagern.

Ich habe es mir auf der einen Seite fast als von den Lippen abgelesen, denn auf Seite 29 steht: „Im Idealfall kann die Kommission die Ergebnisse der Workshop-Reihe ohne Änderungen als eigene Empfehlung übernehmen.“ Ich habe mich jetzt also schon wesentlich beruhigter gesehen, was die Berichtserstellungsphasen angeht. Ich mache es aber deshalb ein bisschen ironisch: Das Gute an dem Vorschlag ist es, zu überlegen, ob wir noch einmal Beteiligungs-Know-how einbinden. Das haben wir jetzt zunächst einmal mit Frau Dirks und Herrn Hagedorn vor dem Sommer. Danach ist es noch nicht sichergestellt. Wir haben dann noch die Frage der wissenschaftlichen Begleitung mit dem Gutachten, das ausgeschrieben werden soll. Jetzt kommt noch ein neuer Baustein hinzu, der mir aber - auch mit

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Blick auf die Botschafter - wiederum als zu umfänglich erscheint. Deshalb würde ich Sie bitten, weil das so zentral für unsere Aufgabe ist, dass wir als Nächstes über dieses Thema sprechen.

Ich würde es, was die Zeitplanung angeht, momentan so verschieben, dass ich jetzt die Diskussion über die Beteiligungsformate, was aus meiner Sicht momentan sehr produktiv ist, erst einmal bis 12.45 Uhr fortsetze. Das müsste immer noch reichen, um dann die Veranstaltung zu machen. Wir müssen am Montag ja ein Zwischenergebnis präsentieren.

Ich rufe jetzt Punkt 3.2.4 auf. - Herr Sommer hat sich gemeldet.

Jörg Sommer: Als ich es gelesen habe, habe ich auch gedacht: Hoppla, ein sehr ungewöhnliches Format, ein sehr mutiger Ansatz, der mir aber im Grunde genommen sehr gefällt. Den haben Sie jetzt allerdings noch gefährlicher gemacht mit Ihrem Absatz: „Im Idealfall kann die Kommission das übernehmen.“ Da werden natürlich viele schlafende Hunde geweckt.

Ich mache es jetzt noch gefährlicher: Ich würde mich für den Fall, dass das realisiert wird, sofort gerne und honorarfrei als Moderator für diese Veranstaltung bewerben, als einer der Moderatoren, weil ich den Prozess wahnsinnig spannend finde. Deshalb würde ich ihn auch gerne retten wollen.

Die Frage ist: Wie gewichtet man ihn im Gesamtprozess? Ich würde diesen letzten Satz ebenso wie vorher der andere Versuch mit Gorleben in große Klammern setzen.

Ich denke, ungewöhnlich ist nicht nur diese Doppelkombination aus Beteiligungspraktikern und jungen Menschen, sondern es ist natürlich auch ein Ansatz, der die Kenntnisse des Engage-

ments und auch das Interesse dieser jungen Menschen an dieser Thematik sehr wertschätzt. Das finde ich ausgesprochen wichtig und richtig.

Zwei kleinere Bedenken habe ich. Das Erste: Ich weiß natürlich als Mensch, der viel mit jungen Menschen arbeitet, es wird sehr schwierig sein, junge Menschen dazu zu bringen, sich gleich auf ein Fünferpaket von Wochenenden einzulassen. Da wird man eine Fluktuation haben. Das muss man bei dem Konzept einkalkulieren.

In diesem Kontext das Zweite: Das Rekrutieren dieser jungen Menschen ausschließlich über Jugendorganisationen kann schnell dazu führen, dass man da nicht junge Menschen sitzen hat, sondern professionelle junge Menschen. Das ist ein bisschen was anderes. Der typische Jugendfunktionär, den ich nicht abwerten möchte, ist etwas anders als ein junger, an Politik interessierter Mensch. Da würde ich vielleicht auch vorschlagen, dass man als zweites Rekrutierungsmodell versucht, die jungen Menschen über Schulen anzusprechen. Es gibt eine Menge Schulen, die in diesem Bereich durchaus Erfahrungen haben.

Das sind meine beiden Vorschläge. Ansonsten finde ich das Konzept fantastisch, wenn wir es nicht so hoch werten, dass wir sagen, das soll dann die Arbeit der Arbeitsgruppe 1 ersetzen. Ich verstehe, dass da Bauchschmerzen entstehen könnten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das ist jetzt keine rhetorische Rückfrage, sondern durchaus eine ernstgemeinte: Sie würden auch vier bis fünf Wochenenden als Botschafter zur Verfügung stehen? Wie gesagt, das ist keine rhetorische Frage. Wir müssen das einfach mit gewichten.

Jörg Sommer: In diesem Fall ja. Ich könnte dann andere Dinge nicht tun, aber das ist etwas, was ich für sehr reizvoll halten würde.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich bin auch für dieses Beteiligungsformat, aber ich bitte, bei allen Beteiligungsformaten zu bedenken, dass immer zwei bis drei Botschafter dabei sein müssen. Wir müssten eigentlich gleich festlegen, wer die Botschafter sind, damit wir am Schluss auch genügend Botschafter haben.

Insofern: Für besser umsetzbar halte ich es, wenn man erst einmal zwei Wochenenden anbietet. Da sind dann jedes Mal drei Botschafter aus der AG 1 dabei. Dann guckt man sich an, wie das Ganze läuft, und dann kann man auch sagen, man schließt noch einmal zwei oder drei weitere Wochenenden an. Mir geht es einfach nur um die pragmatische Umsetzung.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich finde, das ist ein spannendes Format. Ich habe aber Zweifel, ob wir tatsächlich fünf Wochenend-Workshops praktisch hinbekommen. Das Ganze lebt ja davon, dass die Gruppe dann auch geschlossen bleibt. Herr Sommer, ich sehe das genauso wie Sie: Wir werden eine Fluktuation haben, und dann entwertet das die Folgetermine, wenn weniger da sind. Also, weniger ist mehr. Vielleicht zwei Tage, dann könnte das sinnvoll sein. Wir müssten dann natürlich ein Stück weit mehr Vorarbeit leisten, nicht in dem Sinne, dass wir vorgeben, was da alles gemacht werden soll, sondern einfach, dass wir dort Entwürfe und Grundlagen für die Diskussion einbringen.

Letzter Hinweis von meiner Seite: Ich hielte das zum Beispiel auch für ein Beteiligungsformat, wo es aus meiner Sicht durchaus sinnvoll wäre, Journalisten zu beteiligen. Anders als bei dem Vorschlag, der hier auch enthalten ist. Aber das fände ich ganz gut, insbesondere weil sie ja am

Ende auch Transporteure sein werden und ganz wichtig für den Folgeprozess sind.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder.

Michael Fuder: Mich würde interessieren, wie diese fünf Wochenenden zustande kommen. Dahinter stehen ja Gedanken dahinter. Ich bitte darum, das noch einmal erläutert zu bekommen. Grundsätzlich finde ich das auch sehr viel. Vielleicht lässt sich das reduzieren. Aber mich würden die konzeptionellen Gedanken dazu interessieren. Grundsätzlich erkläre ich meine Bereitschaft, in irgendeiner Form daran mitzuwirken. Man muss gucken, was das bedeutet.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir haben die Beteiligung teilweise in drei Regionalveranstaltungen. Da ist es ganz gut aufgehoben. Ich würde jetzt nur noch für zwei oder drei Wochenenden plädieren. Bitte denken Sie daran: Wir sind sonst einfach überfordert. - Frau Dirks, bitte.

Helma Dirks: Darüber können wir noch einmal nachdenken. Grundsätzlich ist es so: Wenn man eine Gruppe mit 25 Personen, die heterogen zusammengesetzt ist, hat, dann ist der Prozess von Einigung und gegenseitigem Verständnis das, was Zeit kostet. Wenn ich mich alleine hinsetze, entscheide ich mich vielleicht in fünf Minuten; mit zehn Leuten brauche ich vielleicht einen Tag, um zu Lösungen zu kommen.

Dann ist ja auch noch der Transfer an die Jugendlichen, dass sie sich in diese Denkweise einarbeiten müssen, dass also aus ihrer Anspruchshaltung: „Ja, wir wollen uns beteiligen, wir wollen mitbestimmen“ Konkretisierungen folgen, die auch tragfähig sind.

Sie haben sicherlich schon festgestellt, dass wir sehr stark - angefangen bei der Veranstaltung - darauf abzielen, dass eine Gruppe am Ende zu formulierten Ergebnissen kommt, die während

der Veranstaltung formuliert werden, weil das für uns der Garant dafür ist, was das Sichtbarmachen der Beteiligung eigentlich als Voraussetzung hat. Das ist nicht überall üblich, aber da haben wir einen Schwerpunkt gelegt.

Der fünfte Workshop könnte wegfallen, indem man sagt: Gut, der Bericht ist ja veröffentlicht und steht zur Diskussion. Man kann sich da weiter in Foren beteiligen etc.

Ich habe gerne Abschlüsse, wo sich alle noch einmal verständigen: Was haben wir erreicht, was nicht? Aber wir können uns gerne noch einmal Gedanken darüber machen. Vielleicht wäre auch eine Woche, wo Jugendliche freigestellt werden, schicker, dass man das also so macht. Vielleicht sind vier oder fünf Wochenenden einfach nicht zu realisieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Dirks, herzlichen Dank. Da sind jetzt zwei Seelen in meiner Brust. Was Sie als Prozess und als von der Gruppenbildung her angesprochen haben - völlig d'accord. Das war das, was auch immer die Intention war: Wenn wir von Beteiligungstiefe gesprochen haben, dann hatte das einerseits das Prozesshafte und andererseits natürlich auch die Intensität der Mitwirkung.

Aber mit Verlaub: Wir bekommen teilweise schon jetzt keine AG-Sitzungen mehr zustande. Deshalb muss ich ein Mittelding machen zwischen dem, was ich methodisch sehr gut finde, und dem, was einfach realistisch ist. Und es ist nicht realistisch, dass Botschafter an fünf Tagen, zuzüglich der anderen Formate - - Dann lassen Sie es uns doch vielleicht so machen, dass wir grundsätzlich versuchen - das geht jetzt beim regionalen Format nicht -: Wenn das Regionalformat wirklich steht, würde ich sogar den Vorschlag machen - auch drei plus eins und jetzt hier zwei plus eins-, dass wir quasi eine Sitzung dieses Formats dann in die nächste Periode, also

nach Weihnachten, ziehen, um wirklich auch nahe am Bericht zu sein. Das wäre jetzt mein Vorschlag.

Bei den Regionen können wir nicht zwei plus eins machen, denn wir haben gesagt, wir wollen Einleitendes mit den Leitbildern, wir wollen einmal voll die Kriterien und einmal voll die Beteiligung. Das sind drei Sitzungen. Da kann man nicht die Hälfte oder ein Drittel ins neue Jahr legen.

Aber bei dem Thema „Wie sollte Beteiligung aussehen“ könnte man es so strukturieren, dass man zwei Sitzungen dieses Jahr macht und dass man im nächsten Jahr die Reflexion, die sich im Bericht findet, in dieser dann schon gebildeten Gruppe zur Diskussion stellt. Das wäre jetzt mein Vorschlag. Also drei plus Fragezeichen und für das Wochenende, für dieses Beteiligungsformat, zwei in diesem Jahr und eines im nächsten Jahr jetzt schon festlegen.

Dann würde ich Punkt 3.2.2 aufrufen: „Kriterien für die möglichst sichere Verwahrung - Ist die Endlagerung in tiefen Bergwerken alternativlos?“ Das ist als Symbol dafür gedacht, dass etwas in diese Richtung dort stehen wird, also bitte keine Themendiskussion jetzt. Aber es wird etwas in dieser Richtung aus der neuen Themenfindung kommen, und da stellt sich die Frage: Ist das Format des Zusammenführens der engagierten Öffentlichkeit und der Fachöffentlichkeit in eine zweitägige Präsenzveranstaltung plus anschließendem Online-Workshop ein gutes Thema, ein gutes Format? Ich persönlich finde dieses Format sehr gut, weil es möglicherweise auch noch für ein, zwei andere Themen brauchbar ist. Ich stelle das zur Diskussion. Bitte nicht das Thema im Speziellen, sondern diesen Baustein, wenn wir die engagierte Öffentlichkeit und die Fachöffentlichkeit zusammenführen wollen, dass das gemacht wird in dem Format einer zweitägigen

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Präsenzveranstaltung, plus eine vierwöchige dezentrale Arbeitsphase. Außerdem muss - als Ausgleich für den vergleichsweise hohen Zeit- und Arbeitsaufwand, der mit der Teilnahme verbunden ist - das Budget für Reise und Unterkunft wertschätzend ausgestattet sein.

Ich habe mir überlegt, ob man da nicht auch noch einen PC als Teil der Öffentlichkeitsarbeit auswerfen kann. Das ist jetzt aber nur eine Fußnote, denn das ist wieder sehr viel Aufwand.

Ich finde das Format gut und stelle es zur Diskussion. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Das Format als solches finde ich gut, aber mich drängt die Frage der Ressourcen und der Zeit. Das bedeutet, man muss wieder zwei Tage investieren. Wir haben natürlich noch die Unschärfe, welches Thema dort ist. Ich übersetze das jetzt einmal: Wenn es die Pfade sind, wenn es die Pfaddiskussionen sind, könnte ich mir vorstellen, dass man das auch an einem Tag schafft. Dann kann man natürlich nicht Kriterien entwickeln, wie es hier dargestellt ist, aber man kann sicherlich das, was bis dahin vorbereitet ist und was wir vorbereiten müssen, behandeln: Welche Pfade gibt es? Welche Vor- und Nachteile gibt es? Es kommt immer darauf an, in welchem Stadium der Arbeit wir dieses Format realisieren. Ich könnte mir vorstellen, dass man das tatsächlich an einem Tag bewältigt, wenn es sich, wie gesagt, auf die Pfade fokussiert, mit dem Nachlauf, der hier ja auch vorgesehen ist.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Kurz zur Arithmetik der Beteiligungsverfahren und der Botschafter. Es ist völlig klar, dass die Botschafter eine extrem knappe Ressource sind. Für uns ist es von der Arithmetik her so: Ein Kommissionsmitglied muss nur an einem einzigen Beteiligungsformat mitwirken. Das kommt dann ja ungefähr hin. Wenn man 33

Mitglieder und mehr als 15 Formate hat, dann wird man das in der Zeit nicht schaffen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: So weit die Theorie. - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Thorben Becker sagte gerade zu Recht, es darf dann nur keiner kneifen. Deshalb: So weit die Theorie. Wir müssen das also schon feststellen. Wenn uns das mit den Botschaftern wichtig ist, dann müssen wir das leider auch bei den Planungen berücksichtigen, so Leid es mir auch tut. Ich hätte gerne auch bei den Schülern mehr gesehen.

Da hätte ich übrigens noch die Perspektive: Wenn sich diese Schülergruppe wirklich findet, gut arbeitet und den Wunsch nach einem dritten Termin äußert, können wir bestimmt noch einmal in Verhandlungen einsteigen, ob das machbar ist.

Herr Jäger, ich möchte Ihnen widersprechen: Ich glaube, eine zweitägige Startveranstaltung ist besser, auch aus folgendem Grunde - wir hatten gerade schon angesprochen, wie es bei den Jugend- und Beteiligungspraktikern ist -: Es muss ein Arbeitsverhältnis entstehen, weil hinterher eine vierwöchige Online-Phase stattfindet. Wir alle wissen - Herr Voges kann ein Lied davon singen -, dass Online-Strukturen ganz schnell schwierig werden können, wenn nicht ein Arbeitsverhältnis zwischen den Beteiligten besteht. Das wird man auch in zwei Tagen nicht final schaffen, aber diese Zeit würde ich mir nehmen, diese doch sehr heterogene Gruppe in diesen zwei Tagen ein bisschen auch auf einen gemeinsamen Arbeitsprozess zu eichen. Da, glaube ich, brauchen wir es. Ansonsten würde ich das Format sehr begrüßen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde das gerne unterstreichen wollen, weil der Gesamtblick, den wir momentan haben, wie folgt ist:

Auf der einen Seite steht dieses interessante Format, das wir alle identifiziert haben, mit den Beteiligungspraktikern und den jungen Erwachsenen. Wir haben zum Zweiten die Regionen, und wir haben jetzt das erste Format, in dem die engagierte Öffentlichkeit auftaucht. In dem Bereich engagierte Öffentlichkeit plus Fachöffentlichkeit sind für sich gesehen wiederum zwei Tage richtig. Wir peilen das einmal an. Wir müssen dann auch noch in der Gesamtschau sehen, wie viele Tage wir eigentlich gerade verplanen. Dann müssten wir gegebenenfalls noch eine Feinsteuerung vornehmen. Ich würde jetzt erst einmal als Konsens festhalten wollen, dass wir das auf zwei Tage plus vier Wochen Online-Präsenz festlegen.

Ich rufe das nächste Thema auf: „Dokumentarfilm mit Konfliktpartei und Bürgergutachten“, jenseits des konkreten Titels „Zukunft von Gorleben“, sondern als Statthalter für eine Einladung an eine Öffentlichkeit, die wir als Teilnehmer der Gegenveranstaltung des 20. Juni identifizieren. Würden wir die jetzt einladen, von uns gefilmt zu werden? Ich bitte darum, die Doppeldeutigkeit jetzt nicht überzubewerten, aber mir ist nicht so ganz klar, ob es wirklich das richtige Format ist. - Herr Hagedorn, bitte.

Hans Hagedorn: Zum Verständnis: Es sind nicht nur die Kritischen, sondern sozusagen auch genau der Kontrapunkt, gegenüber dem sie kritisch sind. Die Überlegung, warum wir dieses Format überhaupt vorgeschlagen haben, was zugegebenermaßen ungewöhnlich ist, war die Frage: Wenn man die kritische Öffentlichkeit beteiligen will, die wir einmal definieren als: „Sie wollen nämlich gar nicht mitmachen bei ihrer Beteiligung, weil sie das als sinnlos empfinden“, dann müssen wir ein Format haben, das für sie strategisch Sinn macht, ihre Position in der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Das wäre sozusagen eine Möglichkeit. Das ist ungewöhnlich, aber ich glaube, es ist eines der wenigen Formate, wo wir

eine Chance hätten, diese kritische Öffentlichkeit, die die gesamte Kommission als sehr schwierig einschätzt, in diesen Prozess attraktiv einzubinden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Darf ich die Nachfrage stellen, warum Sie das jetzt mit dem Bürgergutachten verknüpfen? Ich finde es gut, dazu einzuladen. Ich würde dann auch gleich vorschlagen: Wenn man das ausschreiben würde, wenn es hier eine Mehrheit findet, dann müssen wir das in zwei Phasen machen, nämlich erstens eine Initiativphase, also ob es die Bereitschaft gibt, und dann eine Durchführungsphase. Aber wenn man sagt: „Wir bieten euch eine relativ neutrale Plattform in Form eines Films, um Position zu beziehen“, dann müsste man sehen, ob das auf Interesse stößt. Wenn man das einmal unterstellt: Warum Bürgergutachten mit einer Zufallsgruppe?

Helma Dirks: Wir haben einen Weg gesucht, wie man die historischen Konflikte um Gorleben etc. mit allen Beteiligten und allen Perspektiven einmal darstellt, und zwar so, dass es dann auch auf die heutige Zeit übertragen wird - wir alle wissen, dass 1970 andere Prozesse gelaufen sind, als sie heute laufen würden -, um dann in diesem Bürgergutachten abzuleiten: Was haben wir daraus gelernt, und was wollen wir für die Zukunft tun, damit bestimmte Dinge auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen, von der Gesellschaft mitgetragen werden und die Gesellschaft sich auch daran beteiligt? Das war der Zusammenschluss.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Vielen Dank, Herr Hagedorn, für die Klarstellung. Ich konnte mit dieser Methode „Dokumentarfilm“ zunächst nichts anfangen, aber jetzt ist mir klar geworden, was Ihre Motivation dazu war. Ich kann das auch teilen. Ich kann

mir vorstellen, dass das eine sehr gute Möglichkeit ist.

Das Bürgergutachten an sich halte ich bei solch einem heiklen Thema durchaus für eine praktikable Form. Ich möchte nur noch eines anmerken: Aufgrund unserer praktischen Erfahrung in der Kommission, die auch ich gemacht habe, neigen wir zu dieser Assoziation: Besonders kritische Bürger gleich: nicht beteiligungsgewillt. Das trifft zwangsläufig natürlich nicht für alle zu. Wenn man derart heikle Themen hat, bei denen es auch eine Menge Kritik gibt und bei denen es auch kritische Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich beteiligen wollen, dann ist es gerade bei diesem Thema sehr wichtig, auch eine gewisse offene Möglichkeit der Beteiligung anzubieten. Das ist kein Argument gegen ein Bürgergutachten. Das ist nur ein Argument dafür, dass wir irgendwann in unserem Prozess die verschiedenen Zielgruppen noch einmal gegen die Angebote legen und schauen sollten, ob es für bestimmte Zielgruppen tatsächlich die Möglichkeit zur Beteiligung gibt.

Ich würde alles, was unter dem Gesichtspunkt der kritischen Erfahrungen an bisherigen Standorten fällt - - Diese Zielgruppe würde ich nicht allein unter dem Thema ansprechen: „Du kannst etwas zu dem Dokumentarfilm sagen, wenn wir dich aussuchen, oder du hast Glück und wirst zufällig für das Bürgergutachten ausgelost“, und das war es dann an Beteiligungsoption. Das kann nicht sein. Da muss noch etwas dazukommen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Aber ist doch schon eine Weiterführung. Das würde mir auch näherkommen, dass man sagt, man macht das mit dem Film, und das ist dann auch eine Einladung, wo wir nicht versuchen, eine Gruppenhomogenität zu erreichen, sondern wo wir sagen: Wir laden ein, und der Ausdruck ist hier eine Positionierung in Form eines Dokumentarfilms, und dann die Frage: Wer hat Interesse daran, das

mit auszuwerten? Dass man das also zu einem offeneren Format macht und dass man auf das Bürgergutachten verzichtet.

Helma Dirks: Im Text steht sogar, dass wir sowohl Zufallsbürger als auch Vertreter der Konfliktparteien einbeziehen wollten. Insofern ist das hier Konsens, oder? Das steht auf Seite 26, vorletzter Absatz.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das ist jetzt ein Missverständnis. Herr Sommer und ich würden eher dafür plädieren, wenn ich Herrn Sommer mit vereinnahmen darf, dass man sagt - ich sage es jetzt ein bisschen salopp -: Man lässt den Film laufen, und diejenigen, die den Film auswerten wollen, sind dabei. Das sind natürlich teilweise diejenigen, die Teil des Films waren. Es ist aber einfach eine breitere Öffentlichkeit, weil wir momentan von den Formaten her Regionalgruppen bilden, und wir haben später für die breite Öffentlichkeit in dem Sinne nur die Auftaktveranstaltung, Abschlussveranstaltung und das Storytelling. Da ist die Frage, ob man die breite Öffentlichkeit - so hatte ich Herrn Sommer verstanden - nicht auch mit einlädt anhand dieses Dokumentationsfilms, natürlich unter Einbeziehung von Menschen, die diese Dokumentation mitgestaltet haben oder die sich in dieser Dokumentation aufgehoben fühlen. - Herr Fuder.

Michael Fuder: Herr Sommer hat gerade schon die schwierige Frage der Beteiligungsbereitschaft benannt. Bei dieser sogenannten kritischen Öffentlichkeit, was ja auch wiederum ein breites Feld ist, begegnet mir immer wieder, irgendwie mitwirken zu wollen, aber nicht vereinnahmt werden zu wollen, und immer die Frage: Wer hat eigentlich welche Verantwortung? Sprich: Es geht darum, nicht in eine Verantwortungssituation für Dinge, die man nicht zu verantworten hat, hineinzukommen. Das ist eine ganze schwierige Gemengelage, die individuell höchst unterschiedlich gesehen wird.

Was ich methodisch kenne: Wenn Dinge irgendwie sehr miteinander verhakelt sind in einem gordischen Knoten, kann man mit dem Mittel der paradoxen Kommunikation herangehen, sprich: Eine gewisse Vergangenheitsbeschreibung - ich schieße es jetzt einmal aus der Hüfte -, wie man eine Endlagersuche garantiert an die Wand fahren kann, also nicht zu thematisieren, wie müsste es sein und was sind die tollen Ideen für die Zukunft, sondern einmal Negativkriterien aufzustellen. Ich glaube, dafür kann die Zielgruppe sehr wertvolle Beiträge liefern. Das dann auszuwerten und anschließend umzudrehen, finde ich eine höchst kreative Angelegenheit.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich muss gestehen, ich habe noch ein gewisses Problem, zu verstehen, was unter dem Format „Dokumentarfilm“ gemeint ist. Dokumentarfilm suggeriert, dass es dort eine Faktendarstellung als Input für anschließende Diskussionen gibt. Das finde ich sehr gut. Mir fehlt noch die Fantasie, wie man das hinbekommt. Ich habe jetzt ein Stück weit verstanden, dass derjenige, der sich jetzt möglicherweise nicht an den übrigen Formaten beteiligen möchte, die Möglichkeit hat, sich doch zu artikulieren. Das würde ich aber nicht unter dem Thema „Dokumentarfilm“ einsortieren. Oder um es anders herum auszudrücken: Wie können wir vermeiden, dass wir, bezogen auf Gorleben, den Gorleben-Untersuchungsausschuss Nr. 2 ins Leben rufen? Es hat einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegeben, der sich mit all diesen Fragen intensiv beschäftigt hat. Das Ergebnis kennen wir. Wenn ich das jetzt einmal als Drehbuch für einen Dokumentarfilm nehmen würde, dann würde ich das nur schwer unter „Dokumentarfilm“ einsortieren können.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich kann mir darunter noch nichts vorstellen, und damit verbinde ich

wirklich große Fragezeichen, ob uns das weiterbringt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Als Nächstes Herr Fox.

Andreas Fox: Ich denke, wir sprechen hier mehr oder weniger über experimentelle Dinge, weil wir nicht wissen, was dabei herauskommen könnte. Ich meine, es wird sicherlich auch vorher schon irgendwo mal in der Öffentlichkeit gewesen sein, bis hin in die parlamentarische Öffentlichkeit.

Wenn ich es richtig verstehe, geht es doch darum, dass man letztlich auf zwei Wegen letztlich Input für dieses Bürgergutachten schafft, das in mehreren Arbeitsgruppen über mehrere Tage entwickelt werden soll. Zum einen Input durch diesen Dokumentarfilm, und dann letztlich Input über Vertreter der Konfliktparteien, die sicherlich Papiere einbringen werden und dafür sorgen sollen, dass man an diesen vier Arbeitstagen, an denen dann die Arbeitsgruppen unterwegs sind, nicht im Leeren tastet, sondern wirklich substanzvoll weiterkommt.

Von daher kann ich mir durchaus vorstellen, dass am Ende Belastbares auch für die Arbeit der Kommission herauskommt. Es wäre interessant zu erfahren, welche Erfahrungen es mit solchen Formaten bisher gegeben hat. Können Sie dazu vielleicht noch etwas sagen?

An dieser Stelle auch, weil wir die Diskussion nicht separat führen wollten, sondern im Zusammenhang mit den Formaten: Vielleicht reicht es bezüglich der Beschreibung der verschiedenen Zielgruppen einfach, anstatt die kritische Öffentlichkeit gesondert aufzuführen, bei der engagierten Öffentlichkeit dieses Format einfach mit aufzunehmen. Damit kommt man um diese komische Separierung der sogenannten kritischen von

der engagierten Öffentlichkeit herum und muss sie nicht weiter aufführen. - Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich glaube, dass der letzte Vorschlag auf Gegenliebe stößt. Das können wir, glaube ich, aufnehmen.

Mit Blick auf die Uhr: Ich glaube, die Mehrheit hat das Gefühl, dass das mit dem Film lohnend ist. Wenn es so gemacht wird, muss man zunächst einmal sehen - deshalb nannte ich es „Initiativphase“ -, ob so etwas überhaupt zustande kommt. Das ist jetzt aber mehr eine ausschreibungstechnische Frage, nicht dass man das Honorar nur bekommt, wenn man irgendeinen Film liefert - egal welchen -, sondern wir müssten dann doch noch einmal anhand der Initiativphase sehen, ob es ein Konzept, ein Drehbuch gibt, das lohnt, gefilmt zu werden, nicht umgekehrt zu werden, also in dem Sinne gedreht.

Ich würde noch einmal für den Gedanken werben wollen - das ist jetzt aber Meinung, nicht Moderation -, ob wir nicht ein sehr offenes Format an den Film anschließen, damit wir möglicherweise für den Dialog, den wir am 20. Juni starten, eher in die Richtung kommen, eine Folgeveranstaltung zu haben, also dass Sie das eher damit verknüpfen, dass wir am 20. Juni sagen können: Einen neuen Anlass bietet der Dokumentarfilm, und einen weiteren Anlass bietet dann Anfang nächsten Jahres der Bericht. Dann hätten wir für die breite Öffentlichkeit auch drei relativ große Veranstaltungen und würden dann wiederum diejenigen, die sich überlegen, an dem Film teilzunehmen, sagen können, dass er eine relativ große Öffentlichkeit findet, weil die Anzahl der Kommissionmitglieder, die am 20. Juni teilnehmen werden, wachsend ist. Daran werden wir dann die Kommissionsmitglieder auch messen wollen. Wenn 20 bis 25 Kommissionsmitglieder am 20. Juni dabei sind, dann sollten auch 20 bis 25 Kommissionsmitglieder bei der nächsten Veranstaltung dabei sein, wenn es

darum geht, sich anhand eines Dokumentarfilms auch noch einmal mit den Themen zu beschäftigen, die - ich möchte das jetzt nicht näher charakterisieren - eine Aufarbeitung darstellen.

Das halte ich für eine sehr gute Kombination und würde anregen, dass Sie diese Richtung zu entwickeln. Sie haben dann eine Motivation für die Beteiligung an dem Dokumentarfilm, und wir haben eine Kontinuität in dem Formatdialog und haben dann drei Veranstaltungsschritte. - Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Ich hatte dem Konzept bisher gar nicht entnommen, dass Dokumentarfilm und Bürgergutachten irgendwie integriert zusammenhängen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Doch, doch.

Jörg Sommer: Gut. Ich kann es hier immer noch nicht lesen, aber es ist ja nicht schlimm. Wenn Sie mir das so sagen, ist das so. In diesem Fall wäre ich tatsächlich sehr geneigt, Herr Gaßner, Ihnen zuzustimmen, dass ich sage: Dokumentarfilm und dann eine sehr offen zugängliche Veranstaltung. Ich bin aber nicht unbedingt der Meinung, dass wir auf ein Bürgergutachten verzichten müssen. Ich denke, das ist eine Veranstaltung, die nicht am Dokumentarfilm hängt. Ich kann Ihnen auch sagen, warum: Weil es einfach eine sehr viel verbindlichere und im Output qualitativ sehr interessante Geschichte ist, die zu unserem Bericht beitragen könnte. Offene Veranstaltungen, für die ich sehr plädiere und ja auch häufiger plädiert habe, haben aber natürlich am Ende eine gewisse Beliebigkeit und das große Risiko, nicht sehr viel Relevanz für uns zu erzeugen. Deshalb bin ich dafür, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay. Das ist ein klares Votum. Das würde momentan als ein Zwi-

schenergebnis dazu führen, dass wir zu den Themenstellungen, die ich mit 1 bis 4 markiert habe, Zwischenergebnisse haben. Zu der Frage, wie wir mit den Regionen umgehen - das ist die Ziffer 1 - haben wir ein bestimmtes Ergebnis gewonnen. Für das Themenfeld 2 - Fachveranstaltungen mit anschließendem Online-Workshop - haben wir einen Konsens erzielt. Wir haben einen Konsens dazu, dass wir sagen, wir machen einen Dokumentarfilm und eine offene Veranstaltung zu dem Themenfeld „Aufarbeitung der Geschichte“ im weiteren Sinne, und wir hätten einen Konsens zu dem Thema „Gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligungsformen“.

Wir hätten jetzt noch zehn Themen - es sind eigentlich mehr Formate als Themen -, zu denen ich Sie bitten würde, anhand von Seite 21 in Verbindung mit dem Beitrag von Herrn Sommer - Bürgergutachten - noch einmal kursorisch zu prüfen, ob wir das nicht ein bisschen zurückstellen können, sodass wir am Montag schwerpunktmäßig noch zu dem Thema „Zuschriften und Online-Format“ kommen sollten, weil uns Frau Dirks und Herr Hagedorn noch einen Strategiewechsel ins Stammbuch geschrieben haben, den ich gerne besprechen würde, weil es ein Format ist, das für alles gilt. Also bitte, schauen Sie mal einen Moment mit mir durch, ob wir es riskieren können, in Anbetracht der Zeit die Punkte 5 bis 10 eher zurückzustellen.

Bei Punkt 5 ist momentan die Überlegung, das Thema Behördenstruktur mit der Zielgruppe oberste Landesbehörden mit einer Publikation zu verbinden, die noch nicht ausgearbeitet ist. Das können wir momentan erst einmal zurückstellen.

Das Projekt „Zukunftsgeschichten gemeinsam schreiben“ mit der Zielgruppe „breite Öffentlichkeit“ stößt, glaube ich, auf eine gewisse Skepsis, weil es ein neues Format ist. Das können wir noch additiv machen. Das ist für Montag nicht entscheidend.

Die Frage, ob man Journalisten einbaut oder nicht, müssen wir heute auch nicht diskutieren, immer vor dem Hintergrund, dass ich in zehn Minuten fertig sein soll.

Das Thema „Einbeziehung der Bildungs- und Wissenschaftscommunity“ ist auch nicht so zeitintensiv, dass wir es nicht noch einmal vertagen könnten.

Das Thema „Moderierter Workshop“ gibt nichts her. „Experten und fachlich versierte Gruppen“ gibt auch nichts her, und „Verhinderung von Missbrauch“ ist noch gar kein identifiziertes Thema. Wenn ich jetzt Punkt 9 jetzt streiche, ist das kein gravierender Eingriff in das Konzept, denn es noch nicht ausgearbeitet worden. „Anregungen für die weitere Arbeit“ ist selbstredend im Prozess weiter gegeben.

Das heißt, ich würde momentan das Zwischenfazit ziehen: Wir haben zu Punkt 0 gleich den Tagesordnungspunkt bezüglich der Veranstaltung. Wir haben zu 1 bis 4 eine klare Übereinkunft getroffen. Wir haben 5 bis 10 mit meiner relativ massiven Intervention jetzt zurückgestellt, und wir haben anhand der Themenliste auch noch die Frage, ob ein Bürgergutachten ein geeignetes Format für ein Thema ist, das wir jetzt noch nicht abgedeckt haben. Deshalb würde ich das jetzt einmal quasi in die Reserve nehmen, wenn wir noch genauer Rechenschaft abgelegt haben, wie wir mit den Themen umgehen, weil wir sicherlich nicht alle Themen, die genannt worden sind, in den vier Formaten unterbringen, die wir jetzt machen würden.

So könnte ich es mir momentan vorstellen. Jetzt schaue ich einmal Frau Dirks und Herrn Hagedorn an, ob sie es sich auch so vorstellen können. Sie müssten es freundlicherweise noch einmal so umformulieren, dass wir eine Vorlage haben. Dann könnten Sie aber einen Teil quasi auch zurückstellen, würde ich einmal vorsichtig

sagen, um Sie jetzt nicht neu in große Belastungen zu bringen.

Das ist jetzt relativ spontan. Wenn Sie aber mitgehen, sind wir im Zeitplan, und wir würden noch den Punkt „Strategiewechsel beim Online-Format“ aufrufen. Das würde nicht gerne so stehen lassen, ohne dass Sie Gelegenheit hatten, das ein bisschen zu erläutern, auch vor dem Hintergrund, dass das Gesetz uns eine Art Stellungnahmeverfahren zu dem Bericht vorschreibt, ohne dass das Gesetz sagt, wie es ausgestaltet sein soll, damit wir eine Vorstellung davon haben, dass dieses Stellungnahmeverfahren zu dem Bericht online läuft. Dazu haben Sie sich auch geäußert.

Deshalb rufe ich jetzt die Seite 37 auf. Da steht der Satz: „Für das bisherige Online-Forum ist ein Strategiewechsel empfehlenswert, bevor der Bericht zur öffentlichen Diskussion gestellt wird.“ Könnten Sie das vielleicht noch einmal erläutern, Herr Hagedorn und Frau Dirks, damit sich die anderen hineindenken können?

Hans Hagedorn: Das Ganze betrifft den Bereich Zuschriften, Online-Forum, Bürgerforum, wo Sie ja alle drin sind. Es läuft irgendwie nicht so ganz rund. Es kommen einerseits sehr viele Zuschriften von sehr wenigen Absendern. Sie haben es schon gesagt: Konstruktive Zuschriften haben wir sehr selten. Wir haben Schwierigkeiten, sie in unsere Sache einzuarbeiten. Unsere Einschätzung ist, dass das nicht daran liegt, dass diese konstruktiven Vorschläge nicht in der Öffentlichkeit vorhanden wären, sondern daran, dass die interessierte Öffentlichkeit nicht ausreichend wahrnimmt, dass sie sich hier produktiv einbringen kann. Genau daran hapert es.

Deshalb wäre der Vorschlag, an dieser Stelle eine Weiterentwicklung zu machen. Mit der neuen Kommissionswebsite ist eigentlich schon der erste Schritt gesetzt. Dort ist ein Formular eingerichtet, mit dem diese Zuschriften eingereicht

werden können. Wenn man es erweitern und noch klarer fassen würde, nach welchen Kriterien diese Zuschriften ausgewertet werden und wer in der Kommission - welche Arbeitsgruppen - diese Zuschriften auswertet und dann in Form einer Erörterung, einer Abwägung an den Empfehlungen auch wirklich verwertet werden, dann würde sich nach unserer Einschätzung die Qualität und Quantität der Zuschriften deutlich erhöhen.

Es wäre wahrscheinlich sinnvoll, dort ein entsprechendes Auswertungssystem zu installieren. Es gibt verschiedene Systeme. Ich habe eines herausgegriffen, das in Schleswig-Holstein im Rahmen der Bauleitplanung läuft. Dort werden Zuschriften nicht wie in einem Online-Forum behandelt, das oft sehr verästelnt ist und wo sich die Diskussionen verlieren, wo es sehr aufwändig ist, sich durchzufinden, wo also dem einzelnen Bürger sehr viel auferlegt wird, bevor er sich konstruktiv einbringen kann. Das alles wird weggelassen. Vielmehr ist es zunächst einmal ein sehr, einfacher, simpler Kanal, der aber die Möglichkeit schafft, genau zu den Zeitpunkten, wenn die einzelnen Berichtsteile diskutiert und in der Öffentlichkeit vielleicht stärker in den Medien sind, einen definierten Kanal zu schaffen, wo Bürger ihre Vorschläge einbringen können und wo sie auch klar sehen: Okay, ich bin hier zwar nur ein kleines Rädchen, das irgendwie einen kleinen Beitrag leistet, aber es gibt einen definierten Weg, wie das die Empfehlungen der Kommission beeinflusst.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Vielleicht dazu eine Bemerkung. Das Forum, das dort vorhanden ist, hat noch mehr technische Möglichkeiten. Man kann dort bei den vorhandenen Abstimmungen initiativ tätig werden und sagen, man fordert Voten ab. Es ist also nicht so, dass das Forum technisch ausgeschöpft ist. Ich glaube nicht, dass das eine Frage der Technik ist, sondern es ist eine Frage, was man damit machen will.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Voges. - Ich glaube, wir alle sind höchst daran interessiert, dass das Online-Forum möglichst intensiv genutzt wird und dass auch möglichst viel Fachwissen eingebracht wird. Wenn ich jetzt nicht wieder unter der Knute des Vergaberechts stehen würde, dann würde ich sagen, wir laden für einen Tagessatz noch einmal drei, vier Leute ein, die das mit Herrn Voges irgendwie auf Vordermann bringen. Das wäre eigentlich das Sinnvollste. Ich weiß nicht, ob man das bei der Geschäftsstelle hinbekommt.

Ich würde einmal dafür plädieren - ich schaue einmal in die Runde -, dass wir ein Budget von 6.000 Euro erbitten, damit noch einmal ein Fachgespräch stattfindet, in dem sich Kommissionsmitglieder und Experten einen Tag lang damit befassen. Würde das ausreichen? Wäre das weiterführend, sozusagen als Leistungsbeschreibung, ob es dann umgesetzt wird oder nicht? Das müsste dann wahrscheinlich wieder ausgeschrieben werden. Ich würde einmal dafür werben, dass man ein Fachgespräch auf den Weg bringt, ohne jetzt einen großen Weg zu gehen. Vielleicht gibt es drei, vier Personen, die Sie benennen könnten?

Herr Voges, ist es von der Aufgabenstellung wiederum so, dass man sagt, da kommt noch etwas dazu, oder sagen Sie: Wir haben das alles schon in petto, man muss es nur abrufen? Bringt also ein Fachgespräch mit drei, vier Leuten noch einen Zuwachs, um auch die Ressource auszunutzen, die wir schon geschaffen haben.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Na ja, das ist dann auch eine Frage der laufenden Betreuung. Man müsste jemanden haben, der sich jeden Tag unter Umständen mehrere Stunden damit befasst.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Dann würde ich den Vorschlag machen, dass wir das so gestalten. Ich kenne jetzt Ihr Vertragsverhältnis nicht im Einzelnen, aber vielleicht können wir es einfach so machen, dass Sie eine bestimmte kleine Aufstockung bekommen und aus dieser Aufstockung Ihr Know-how einbringen und vielleicht noch einen Sachverständigen einbeziehen. Das ist dann einfacher, als jetzt ein neues Format auszulösen.

Dann würde ich Sie bitten, dass Sie noch einmal Überlegungen anstellen, wie Sie den Gedanken etwas ausbauen, und würde dann die Kommissionsmitglieder einladen wollen, daran teilzunehmen. - Herr Sommer hat sich gemeldet.

Jörg Sommer: In aller Kürze: Es geht ja im Prinzip nicht darum, was uns das Forum technisch liefern kann, was also „nice to have“ ist. Darum geht es eigentlich gar nicht, weil daran, wie Herr Voges sagte, am Ende eine Menge Arbeitszeit in der Geschäftsstelle hängt.

Die Sorge, die ich letztes Mal artikuliert habe und die mich nach wie vor umtreibt, ist, dass wir auf der einen Seite ein Forum haben, und auf der anderen Seite haben wir von Anfang an unsere Zuschriften gehabt, die wir immer noch nicht so richtig im Griff haben, was auch daran liegt, dass die Qualität und Quantität sehr wechselt und auch nicht immer durchgehend ist. Wir haben jetzt als Drittes erste Maßnahmen für Beteiligungen auf den Weg gebracht. Ich sehe noch nicht, dass das irgendwie miteinander vernetzt ist. Ich sehe da viele kleine Einzelbausteine. Ich glaube, es sollte unser Ziel sein, dass man vor diesem Hintergrund ein Gespräch mit ein oder zwei Experten, mit den Kollegen von DEMOS/Prognos und der Geschäftsstelle führt, unter der Maßgabe, was wir mit einem personell vertretbaren Aufwand - das ist sehr wichtig - im Rahmen der technischen und finanziellen Möglichkeiten generieren können, damit wir die Beteiligung - ein

Forum und Zuschriften sind Elemente der Beteiligung - online zusammenführen, sodass das aus einem Guss ist, uns hilft und uns nicht zu sehr belastet. - Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich glaube, ehrlich gesagt, nicht, dass die mangelnde Beteiligung daran liegt, dass an diesem Forum irgendetwas nicht stimmt oder dass es anders besser wäre. Es ist diese Problematik, dass wir auf einem bisher hoch abstrakten theoretischen Niveau Themen behandeln und diskutieren und dass das einfach nicht so fassbar ist wie eine konkrete Geschichte wie Konrad oder Morsleben oder eben später in der Suche die Frage: Kommt das Endlager jetzt in meine Nähe, oder kommt es woanders hin? Ist es jetzt doch Salz, oder ist etwas anderes?

Ich könnte mir vorstellen, dass das Forum, wenn wir jetzt diese erste Bürgerbeteiligungsveranstaltung durchführen und dort vielleicht auch bestimmte Dinge definieren, die weiter im Forum behandelt werden können, einen Aufschwung bekommt, weil dann ein Kreis von Personen da ist, die mit der Debatte schon einmal angefangen haben und sie vielleicht über dieses Forum fortsetzen.

Wir haben schon sehr viel darüber geredet und haben auch viel verbessert, Herr Voges macht da eine Menge und gibt sich Mühe. Herr Sommer hat sich umfangreich beteiligt - zumindest in der Einstiegsphase - und hat sich Mühe gegeben. Ich glaube nicht, dass wir das mit verstärkten Anstrengungen zu einem Beteiligungsformat umwandeln können, wo sich jetzt Gott und die Welt austauscht, sondern dass höchstens eine Chance darin liegt, dass begonnene Debatten in der Realität dann im virtuellen Raum fortgesetzt werden. Deswegen würde ich jetzt nicht allzu große Anstrengungen darauf verwenden, im Vorfeld noch einmal zu versuchen, dort durch Veränderungen,

Verbesserungen oder vermeintliche Verbesserungen noch einmal etwas zu bewerkstelligen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. - Ich glaube, es besteht Konsens, dass es in erster Linie, wie Sie sagen, darum geht, dass wir die Debatte erweitern. Ich sehe noch die Anregung - das ist aber kein Widerspruch - in dem speziellen Satz „elektronische Zuschriften und ihre skaliertbare Auswertung“, wie Sie es dargestellt haben, dass also die Wahrnehmbarkeit ein bisschen steigt. Es gibt ja diese normalen Abfragen: „Sind Sie für oder gegen ...?“ Dann laufen diese Balken. In diese Richtung habe ich es verstanden, auch wenn es jetzt etwas vereinfachend dargestellt ist.

Ich würde Ihnen vorschlagen, dass Sie noch einmal einen kleinen Vorschlag erarbeiten, sodass die Geschäftsstelle damit umgehen kann, ob man es irgendwo mit einbaut, und zwar sowohl der Gedanke von Frau Kotting-Uhl, dass es das Wesentliche natürlich sein wird, dass die Debatte zunimmt, als auch der Gedanke bzw. die Bitte von mir, im Hinblick darauf, dass wir den Bericht im Internet auch diskutiert sehen wollen, dass das wiederum eine Herausforderung spezieller Art ist, die man vielleicht in einem Fachgespräch noch einmal fokussieren könnte. Das ist nicht als Widerspruch zu sehen, sondern als Ergänzung zu dem Baustein: Wie geht ihr denn mit dem Bericht um? Wenn wir anschließend sagen, ein Baustein ist es, ihn im Internet zur Diskussion zu stellen, sollten da nicht noch solche Sätze stehen wie: „Jetzt brauchen wir den Strategiewechsel.“ Diesen Satz würde ich gerne aus dem Papier dergestalt gestrichen haben, dass wir den Stier bei den Hörnern packen.

Es ist 12.56 Uhr. Ich würde darum bitten, das Thema Internet jetzt nicht mehr zu diskutieren. Wir haben heute wirklich Riesepakete geschafft, und das ist kein wesentlicher Punkt. Ich möchte Ihnen aber nicht das Wort verbieten.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Aktuell war geplant, was das Forum angeht, die Themen, die heute hoffentlich für die Auftaktveranstaltung abgesegnet werden, dort vorab jeweils schon zur Diskussion zu stellen, wobei man dann auf die Erläuterungen, die Demos uns zu den Themen geliefert hat, zurückgreifen kann.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann möchte ich Frau Dirks und Herrn Hagedorn zunächst noch einmal ausdrücklich dafür danken, dass sie in so kurzer Zeit eine derart große Zuarbeit für uns leisten konnten. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich gehe über zum Thema „Veranstaltung der Kommission“ und rufe Herrn Jäger auf, der, glaube ich, noch eine Anmerkung zu einem der Spiegelstriche hat.

Auch wenn das unsystematisch ist, würde ich zunächst den Flyer aufrufen, denn der muss heute verabschiedet werden. Haben alle den Flyer? Ich würde zu dem Flyer in dem Konzeptpapier auch die Seiten 12, 13 und 14 aufrufen.

Helma Dirks: Eine kurze Anmerkung: Der Flyer ist nur am Kopierer ausgedruckt und selbst geschnitten. Das ist noch nicht der endgültige Druck. Das sieht dann noch besser aus.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. - Der Flyer in Verbindung mit den Seiten 12 und 13 und der To-Do-Liste als Terminübersicht ruft die Frage der Beteiligten auf. Im Flyer ist zunächst die Moderation benannt: Frau Heike Leitschuh. Es folgt dann: „Die Kommission präsentiert sich und ihr Leitbild“. Dort sind die Vorsitzenden der Kommission aufgeführt. Ich schlage vor, dass sich die AG 1 damit nicht befasst. Das kann am Montag die Kommission noch besprechen. Ist das so vorgesehen? - Ja, am 22. Mai.

Dann kommt die Vorstellung des Beteiligungskonzepts. Da bin, ich ehrlich gesagt, ein bisschen hin- und hergerissen, ob das Beteiligungskonzept vom Dienstleister oder von der AG 1 vorgestellt werden soll. Dazu würde ich um zwei, drei Wortbeiträge bitten, wenn Sie das einen Moment überlegt haben. Einerseits ist es natürlich so, dass es Ihr „Werk“ ist. Auf der anderen Seite sollte es auf einer öffentlichen Kommissionsveranstaltung eher jemand aus der AG 1 vorstellen. - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Ich hätte einen Formatvorschlag. Zum einen muss es von uns kommen, von der AG 1. Das ist keine Dienstleisterangelegenheit allein. Andererseits ist es so, dass unsere Dienstleister inhaltlich natürlich sehr viele Aktien darin haben. Ich kenne Frau Leitschuh; die kann das sehr gut. Vielleicht könnte man die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 1 und jemanden von DEMOS/Prognos bitten, es auf dem Podium in einer Interview-Gesprächssituation zu präsentieren. Das wäre mal eine Auflockerung dieser Geschichte und nicht kein Frontalreferat. Das ist bei einem solchen Thema sehr schwierig.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich wollte nur die Anregung geben: In jedem Fall muss jemand aus der Arbeitsgruppe 1 - idealerweise die Vorsitzenden - das präsentieren, damit man sozusagen auch das Engagement und die Eigentümerschaft dieser Ideen dort präsentiert und dann auch als Adressat für die Beiträge fungiert.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich bin auch der Meinung, dass die Vorsitzenden oder einer der Vorsitzenden das Beteiligungskonzept vorstellen muss, denn das ist ja letztlich dann auch unser Beteiligungskonzept.

Das Beteiligungskonzept sollte in meinen Augen auch vorher auf die Internetseite der Kommission gestellt werden, und zwar nicht nur als Kommissionsdrucksache, sondern das muss zu der Veranstaltung gehören, weil diejenigen, die dorthin kommen, nämlich die Besucher, das vorher ruhig schon kennen sollten, auch wenn es ihnen bei der Veranstaltung noch einmal erläutert wird. Das scheint mir sehr wichtig.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder.

Michael Fuder: Zwei kleine Ergänzungen: Erstens. Es muss in diesem Interview - ich halte das für eine gute Idee - deutlich werden, wie das Konzept zustande gekommen ist, also der Prozess. Außerdem müssen gedruckte Exemplare vorliegen. Das finde ich wichtig.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich bin auch immer für neue Formate, aber wie stellen Sie das, was Sie gesagt habe, in 30 Minuten vor, das gesamte Beteiligungskonzept plus die Entstehungsgeschichte plus drei bis vier Leute, die von der Moderation interviewt werden?

Michael Fuder: Dafür haben wir eine professionelle Moderatorin. Die kann das hoffentlich.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Die kann auch höchstens schauen, dass ihre Uhr gerade kaputt geht wie meine, aber sonst bleiben 30 Minuten bei jeder Professionalität 30 Minuten.

Michael Fuder: Noch einmal: Es geht nicht darum, erst eine lange Präsentation zu haben und das noch ein bisschen mit Interviews zu würzen, sondern es geht darum, im Gesprächsforum vorzustellen: Warum machen wir das? Wie ist das entstanden? Was ist das wesentliche Element, nämlich: Wir wollen das lernen. Dann stellen wir dazu zwei, drei Ideen dazu vor, und der Rest wird schriftlich verteilt. Das ist ein wunderschönes, smartes Format.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Dirks, bitte.

Helma Dirks: Es ist zentral, dass das Beteiligungskonzept vorher öffentlich wird. Diejenigen, die sich anmelden, bekommen es bei der Anmeldebekräftigung zumindest als Link zugeschickt, sodass das vorher auch angeschaut werden kann. Man kann nicht das ganze Beteiligungskonzept vorstellen - das wird langweilig -, sondern nur die Schwerpunkte dessen, was es ausmacht, nicht das Detail. Zum Beispiel ist von Interesse, wie die Ergebnissicherung ist. Insofern ist das entweder über ein Interview machbar, oder Herr Gaßner oder Herr Meister präsentieren das Konzept. Da sind wir nicht leidenschaftslos - wir sind natürlich auch gerne selbst auf dem Podium -, aber wir haben volles Verständnis dafür, dass Sie das übernehmen möchten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich glaube, es ist jetzt nur die Frage: Interview ja oder nein? - Dann machen wir ein Interview. Ich würde vorschlagen, dass Herr Meister, ich, einer oder zwei von Ihnen, also insgesamt vier Leute, es in den 30 Minuten machen. Das ist ein Formelkompromiss, aber ich stelle es anheim.

Jörg Sommer: Vielleicht noch einer von den Dienstleistern.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay.- Dann hätten wir zu der Veranstaltung noch die Bitte, dass es auch im Internet übertragen wird. Dazu muss ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Herr Kudla hat gesagt, das Konzept sollte rechtzeitig im Internet stehen. Das ist selbstverständlich. Es soll dort ausliegen. Das ist auch selbstverständlich. Herr Becker hat gestern vorgeschlagen, dass auch das Papier zur Behördenstruktur zur Verfügung stehen soll. Das Papier zur Behördenstruktur sollte in irgendeiner Art und Weise postermäßig als eine erste Beschlussetappe aufbereitet werden. Es sollte jedenfalls erkennbar werden, dass die Kommission jetzt eben nicht

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

erst anfängt, einen Beteiligungsprozess zu starten, sondern schon etwas zur Behördenstruktur gemacht hat. Möglicherweise, wenn man das zwei- oder dreimal sagt, kommen noch ein, zwei andere Ergebnisse, die gepinnt werden sollen. Das wäre nicht schlecht. Das wollte ich nur noch als Merkposten haben.

Wenn ich nichts übersehen habe, würde ich jetzt zu dem wichtigen Punkt, nämlich noch einmal zu den Themen, die in dem Flyer momentan eingefroren sind, zu denen mir aber gesagt wurde, dass in der Anmeldemaske - - Die Anmeldemaske finden Sie auf Seite 8 und 9 des Konzeptpapiers. Seite 9 des Konzeptpapiers beschreibt die Möglichkeit der Auswahl, die in dem Flyer, weil er die Themen einfriert, nicht wiedergegeben sind. Man kann jetzt nicht alles auf den Flyer schreiben, sondern wer sich anmeldet, wird erkennen können, dass er sich bitte entweder dem World Café oder der Fokusgruppe zuordnet und dass er innerhalb der Fokusgruppen die sieben Themen wiederfindet. Und spätestens jetzt komme ich zu der Frage: Ist das so okay?

Jetzt kommen wir zu den inhaltlichen Themen. Es sollte auch noch vorgesehen werden, dass noch etwas dazugesetzt wird. - Nein, wir haben gerade gesagt, wir geben eine Vorauswahl, und aus der soll dann ausgewählt werden. Das ist der Stand der Absprache, oder? - Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Unser Verständnis ist, dass der Stand der Absprache ist: Es gibt diese sieben Themen. Wir messen, wie viele Interessenten jeweils zu den Themen da sind. Die Entscheidung darüber, welche von diesen Themen tatsächlich in Fokusgruppen stattfinden, sollte aufgrund der Anmeldezahlen fallen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Es bleiben fünf übrig. War das so?

Helma Dirks: Genau.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vier oder fünf?

Helma Dirks: Fünf.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Fünf von den sieben bleiben wahrscheinlich übrig.

Hans Hagedorn: Ja. Angenommen, es sind nur 180 Teilnehmer, dann sind es vielleicht doch nur vier. Aber das muss man sehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das verstehe ich.
- Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das muss aber vorab kommuniziert werden. Sonst kommt einer hin und merkt dann erst, dass das Thema, zu dem er sich angemeldet hat, überhaupt nicht existiert. Das muss also vorher klar kommuniziert werden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann sollte der Satz „Die Fokusgruppen werden je nach Interesse gebildet.“ noch umformuliert werden. Das kann man ein bisschen elaborierter schreiben. Dann ist der Gedanke mit drin, dass gegebenenfalls kleine Teilnehmerinteressen zum Wegfall der Gruppe führen. Das brauchen wir nicht großartig festhalten. Das haben Sie festgehalten, oder?
- Herzlichen Dank.

Dann sagt mir Herr Voges gerade, die thematischen Formulierungsunschärfen sind beseitigt. - Herr Voges, bitte.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Es gab zu dem Thema „Wie können wir sicherstellen, dass die Verursacher radioaktiver Abfälle alle Kosten einer möglichen sicheren Verwahrung tragen?“ von drei Seiten noch einmal Bemerkungen. Wir haben uns gestern am Rande der Sitzung der Arbeitsgruppe 2 darauf geeinigt, dass der zweite Nebensatz, also wie wir sicherstellen können,

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

dass die Kosten verursachergerecht getragen werden, entsprechend geändert werden soll. Das ist mit allen abgesprochen, die beteiligt waren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank, Herr Voges.

Helma Dirks: Ich bräuchte dann den Text noch einmal. Es tut mir leid, aber ich muss das gleich nach der Sitzung an die Agentur geben. Ist es das Identische, was wir gestern besprochen haben, also die ursprüngliche Formulierung?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Mit allem Verständnis dafür: Ich kenne das, aber das machen wir jetzt wirklich nicht in der großen Gruppe. Wir machen keinen Flyer-Text.

Ich wollte Sie jetzt einladen, nachdem wir von hinten vorgegangen sind: Gibt es zu dem Konzept der Veranstaltung am 20. Juni 2015 Anmerkungen, die wir hier diskutieren müssen und diskutieren wollen? - Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Noch eine technische Anmerkung. Hier steht: „Um Anmeldung bis zum 31. Mai 2015 wird gebeten.“ Ich weiß nicht, wie diese Frist zustande kam. Sie muss in meinen Augen länger gesetzt werden. Man muss sich doch bis drei oder vier Tage vor der Veranstaltung anmelden können. Das Ganze wird ja relativ spät bekannt. Wenn wir mehr oder weniger nur gut zwei Wochen Anmeldefrist haben, dann sagt jeder: Die wollen ja gar nicht, dass einer daran teilnimmt. - Es muss schon bis kurz vor der eigentlichen Veranstaltung die Möglichkeit bestehen, sich anzumelden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Müssen wir das diskutieren, oder ist das klar?

Helma Dirks: Es gibt bestimmte Rahmenbedingungen bei der Planung einer Veranstaltung. So müssen wir 80 Prozent der Kosten bereits am

5. Juni 2015 überweisen. Wir brauchen irgendwann, um zu planen, eine Übersicht, wie viele Teilnehmer da sein werden. Das können wir nicht drei Tage vorher machen; das funktioniert nicht. Die Fristen sind eng; das wissen wir. Wir können noch einmal in medias res gehen, aber ich - -

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, aber die Abstimmung mit der Jerusalemkirche betrifft die Anzahl der Getränke usw.

Helma Dirks: Wir müssen natürlich auch die Räumlichkeiten haben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Na ja, es wird ja keine zweite Veranstaltung an dem Tag stattfinden.

Helma Dirks: Nein, aber wir haben bis auf einen Raum schon alle gebucht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Umso besser. Ich würde Sie also bitten - ich sehe es so wie Herr Kudla -: Es sieht nicht gut aus, wenn wir vom 13. bis zum 31. Juni nur Leitungsmöglichkeiten haben. Das können wir schlicht nicht machen. - Herr Becker.

Thorben Becker: Vielleicht ist das jetzt eher eine Frage, wie es weitergeht. Wir haben jetzt Themen für diese Fokusgruppen. Es gab schon einmal Entwürfe, was sich inhaltlich hinter diesen Themen verbirgt. Aber es stellt sich tatsächlich die Frage, wie es damit weitergeht. Wie kommen wir zu einer konkreteren Ausgestaltung dessen, was sich hinter dieser einen Frage, die in der Einladung steht, verbirgt, und wer konkret aus der Kommission vertritt das vor Ort?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dazu würde ich bitten, dass Sie zunächst die Terminübersicht, soweit Sie sie sich ausdrücken konnten, anschauen, und dann würde ich Herrn Hagedorn

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

bitten, es uns noch einmal zu erläutern. In dem Papier steht, dass geklärt werden muss, welche Kommissionsmitglieder sich an World-Café-Tischen und Fokusgruppen beteiligen. Als Termin ist der 22. Mai 2015 gesetzt. Das heißt für uns, spätestens am 18. Mai 2015 müsste es gegenüber den Organisatoren bekannt gegeben werden. Wollen wir das heute schon hier für uns machen? Eher nicht, oder? Aber Sie müssen sich bitte auch ein Stück weit in der Flexibilität halten, die geboten ist, weil wir nicht abschließend wissen, welche Fokusgruppen stattfinden. Wollen wir dazu eine AG-Zuordnung machen? Ist das möglich? Wie ist eine Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens möglich? Welchen Einfluss soll die Öffentlichkeit auf das Suchverfahren haben? Das ist eher bei uns angesiedelt. Ist die Endlagerung in tiefen Bergwerken alternativlos? Das ist eher die Arbeitsgruppe 3. Wie lässt sich die bestmögliche Sicherheit gewährleisten? Das ist, ehrlich gesagt, ein Thema, bei dem wahrscheinlich noch diskutiert wird, was sich dahinter überhaupt verbirgt. Aber das machen wir auch nicht jetzt. Bei unserem nächsten Themenschritt müssen wir einmal gucken, was eigentlich die bestmögliche Sicherheit ist. - Das ist auch Arbeitsgruppe 3. Wie können wir sicherstellen, dass die Kosten verursachergerecht getragen werden?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da steckt die offene Frage drin, was für verursachergerecht ist.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Verursacher ist der Stromnutzer. Dann sind wir beim Steuerzahler richtig. Aber das können wir dann am 20. Juni diskutieren. Das kann ja lustig werden.

Wir würden also momentan vorschlagen, dass die Arbeitsgruppe 2 die zwei Themen „Wie können wir sicherstellen ...“ und „Sollte die Bundesregierung Baubetrieb und Kontrolle Endlager neu organisieren?“ übernimmt. Das letzte Thema wäre: „Wie können wir bei aktiven Abfällen der

Verantwortung gegenüber kommenden Generationen gerecht werden?“ Das macht die Arbeitsgruppe Leitbild.

Jörg Sommer: Ein Einwurf, Herr Gaßner: Zur Thematik Kostenfinanzierung haben wir eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe, die sich sehr intensiv damit beschäftigt. Da sind wir inzwischen hoch kompetent.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, dann entlasten wir damit die Arbeitsgruppe 2. Nach unserem Vorschlag wäre dann die Arbeitsgruppe Leitbild der erste Spiegelstrich. Dann wäre die Arbeitsgruppe 1 der zweite Spiegelstrich, und der dritte und vierte Spiegelstrich wäre Arbeitsgruppe 3.

Dann kommt die Kostenfrage: Ad-hoc-Gruppe EVU-Klagen und die Baubetriebskontrolle Endlager geht an Arbeitsgruppe 2. Das Letzte wäre das Ad-hoc-Leitbild, und das Erste wäre auch Ad-hoc-Leitbild.

Herr Voges, wären Sie so nett, das in irgendeiner Form für den Montag vorzubereiten. Können Sie das machen? Irgendein Blatt, damit wir das nicht alles wieder erläutern müssen. Dann können die anderen einen Haken dran machen. Das würde bedeuten, dass wir dann aus den Arbeitsgruppen relativ flexibel sehen, dass da welche dazukommen. Es sollte auch ein bisschen überkreuz sein.

Herr Fox, wollten Sie jetzt noch einen Beitrag leisten?

Andreas Fox: Das war die Frage nach der Vorbereitung der Fokusgruppen, die Herr Becker schon gestellt hatte. Ich will sie aber noch ergänzen: Gibt es vielleicht dazu auch kleine Arbeitspapiere oder Ähnliches? Ist das intendiert, oder sollten wir das dann gleich als Vorschlag in die anderen Arbeitsgruppen hineingeben?

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Dirks, Herr Hagedorn?

Helma Dirks: Es ist so vorgesehen: In den Fokusgruppen, die zu den Themen diskutieren, ist darum gebeten worden, dass DEMOS/Prognos und nicht die Kommissionsmitglieder das moderieren, sondern das sich die Kommissionsmitglieder auf ihren fachlichen Beitrag fokussieren. Dann geben sie auf alle Fälle einen Input. Man müsste mit jedem Einzelnen abstimmen, ob das in Form eines Papiers, eines Plakats oder dergleichen stattfinden soll. Aber es muss auf alle Fälle am Anfang ein Input kommen.

Prof. Dr. Gerd Jäger: In der Veranstaltung ein Input, Frau Dirks?

Helma Dirks: Ja, in der Veranstaltung.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, das würde jetzt für die AG 1 bedeuten, wie wir das nach dieser Interviewphase weiterführen, wobei man ein bisschen spontan sehen muss, wie man das dann macht; denn in der Interviewphase, wo das Beteiligungskonzept vorgestellt wird, ist ja schon ein erster Aufschlag gegeben. Bräuchten Sie zwei oder nur einen, die den Input geben? Ich kenne das Format zu wenig. Ich bin jetzt bei der Fokusgruppe: Welchen Einfluss soll die Öffentlichkeit auf das Suchverfahren haben?

Hans Hagedorn: Zwei wäre sehr gut, weil es oft sich widerstrebende Aussagen gibt. Diese beiden Aussagen abzubilden, wäre schon gut.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Dann wäre die Frage, wer das machen soll.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Sie, Herr Sommer und Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Wir sind ja schon bei den Kosten. Da ist die Finanzierung gefragt, was eigentlich ein denkbar ungünstiges Thema für diesen Kreis ist. Aber es ist jetzt so beschlossen.

Jörg Sommer: Ich weiß auch nicht genau, wie ich zu diesem Thema der Finanzierung gekommen bin, wobei ich es mir denken kann. Aber meine Aktien liegen in der Beteiligung und nicht in der Finanzierung. Da finden wir auch jemand anders, der in einer ähnlichen Position wie ich was dazu sagen kann. Das ist ja keine Einzelposition.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde vorschlagen, dass wir das nicht jetzt diskutieren. Jeder in der Kommission muss irgendeinen Part übernehmen, und das müssen wir, glaube ich, im Gesamtbild verteilen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich würde die zwei Fokusgruppen, wo die AG 3 etwas sagen soll, mitnehmen. Wir werden morgen in der Sitzung der Arbeitsgruppe fragen, wer von der Arbeitsgruppe 3 in der Fokusgruppe beteiligen will. Das sind die Punkte 3 und 4.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Im Hinblick auf das, was Frau Kotting-Uhl gesagt hat, wären Sie dann vier Leute: Zwei Themen, zwei Personen pro Fokusgruppe.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ja, genau.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann wäre schon eine relative Repräsentanz gewährleistet.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ja. - Noch einmal zu dem, was Herr Hagedorn gesagt hat. Hier sind Fragen formuliert. Diejenigen, die das moderieren, sollen keine Antworten auf die Fragen geben, sondern sie sollen das ganze Spektrum darstellen, und zwar von weit links bis weit rechts.

Das ist die Aufgabe derjenigen Kommissionsmitglieder, die in den Fokusgruppen sind. Es ist keine Fragenbeantwortung mehr oder weniger im Vorfeld vorgesehen. Das ist ganz entscheidend.

Vielleicht darf ich daran noch einen Punkt anschließen. Eine Frage, die für die Fokusgruppe 3 genannt wurde, lautete: Ist die Endlagerung in tiefen Bergwerken alternativlos? Der Ausdruck „alternativlos“ ist für mich verbrannt. Der ist einfach verbrannt, und da stellen sich bei vielen schon die Haare auf. Daher bitte ich darum, dass das noch etwas neutraler umformuliert wird. Natürlich ist er nicht alternativlos, denn sonst hätten wir bei den Pfaden nicht die Kategorien B und C entsprechend identifiziert. Aber alternativlos - ich weiß nicht, ob man einen derart verbrannten Begriff in die Überschrift aufnehmen sollte, auch wenn Sie es in Ihrem Konzept begründet haben; das habe ich wohl gelesen. Ich würde dieses Wort aber trotz Ihrer Begründung streichen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Unter dem Satz „Die Ergebnisse werden dokumentiert und fließen in den Bericht ein“ ist noch eine Zeile Platz. Also steht oben hinter dem Fragezeichen noch eine Zeile zur Verfügung, um etwas zu verändern, und das wird dann auch aufgegriffen. Aber wir müssen jetzt in dem Format bleiben, da es in paar Minuten zum Drucker soll. Ich würde Sie also bitten, dass Sie dafür eine Formulierung finden, Herr Kudla. Sie haben dafür noch genau eine Zeile frei. Ich sehe es auch so, dass man das diskutieren könnte, aber - -

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde folgenden Vorschlag machen: „Gibt es bessere Alternativen zur Endlagerung in tiefen Bergwerken?“ Dann ist das mit den Alternativen positiv gewertet.

Andreas Fox: Ohne „besser“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Na ja, Alternativen gibt es. Diese Frage ist schnell beantwortet. Wir müssen schon eine Frage stellen, die eine Debatte eröffnet.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Also soll es heißen: „Gibt es bessere Alternativen zur“?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Andersherum: „Gibt es zur Endlagerung bessere Alternativen?“

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, das ist klar.

Dann zur nächsten Frage: „Die Ergebnisse werden dokumentiert und fließen in den Bericht der Kommission ein.“ Sie hatten bislang vorgeschlagen, dass eine Videodokumentation erstellt wird. Das ist jetzt aber sicherlich nicht die Dokumentation, die wir für den Bericht brauchen, wenngleich es auch originell wäre, den Bericht mit einer CD zu verbinden. Aber das ist nicht das, was gemeint ist. Haben Sie eine Vorstellung, wie das gemacht werden sollte? - Frau Dirks.

Helma Dirks: Es ist beabsichtigt, dass auch in den Fokusgruppen an dem Tag Ergebnisse formuliert und visualisiert werden. Das heißt, man wird kein Wortprotokoll über eine zwei- bis dreistündige Diskussion machen, aber man sagt: Was ist denn die Quintessenz? Daraus kommen dann Aussagen, die in der Gruppe in ein bis drei Sätzen, und zwar in der Art der Ergebnisse, die erzielt wurden, formuliert werden und die mit „Konsens“, „Dissens“ oder „noch offener Punkt“ werden und so auch in den Bericht einfließen, sodass wieder auffindbar ist, ob beispielsweise ein bestimmter Konsens aufgenommen worden ist. Dann kann man im Bericht vorgehen und kann - das haben wir aber noch nicht besprochen - zum Beispiel mit farbigen Balkenmarkierungen genau darlegen: Wo ist etwas aus der Öffentlichkeit in einen Konsens eingeflossen? Wo hat die Öffentlichkeit bzw. die Kommission Dissense etc.?

Es ist ein bisschen kompliziert, das jetzt in der Kürze der Zeit zu beschreiben, aber wir gehen davon aus, dass der Bericht selber und nicht irgendein Anhang darlegt, wo aus der Öffentlichkeit Input kommt oder Konsens besteht. Man muss ja nicht erwarten, dass die Öffentlichkeit immer im Dissens zur Kommission steht. Es für die Gesellschaft auch sehr wichtig, zu wissen, inwieweit im Hinblick auf bestimmte Themen Konsens besteht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Kotting-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Mir war das auch schon beim großen Konzept insgesamt für die Öffentlichkeitsbeteiligung unklar, weil darin steht, dass sozusagen jeder Konsens, jeder Dissens usw. dokumentiert wird. Jetzt ist es ja nicht so, dass auf der einen Seite „die Öffentlichkeit“ mit einer Meinung steht, und auf der anderen Seite steht dann vielleicht die Kommission im schlechtesten Fall mit einer anderen Meinung. Auch die Kommission ist heterogen zusammengesetzt. Deswegen habe ich dazu die Verständnisfrage, wie weit das gehen soll. Jede Einzelstimme kann nun nicht ihren Niederschlag in der Kommission finden. Es besteht eine hohe Verantwortung darin, das Relevante herauszuziehen oder zu sagen, dafür gibt es genug Stimmen bzw. eine Mehrheit. Wie wird festgestellt, was dann wirklich in den Bericht einfließt und was nicht? Denn wir wollen am Ende keine tausend Seiten abgeben, sondern die einzelnen Meinungen erkennbar machen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Auf Seite 44 des Beteiligungskonzepts haben wir einen Vorschlag gemacht, wie so etwas aussehen könnte, also ganz grob, dass man eine Empfehlung der Kommission beschreibt und direkt anschließend die öffentliche Erörterung beschreibt. Wie Sie zu Recht sagen,

ist es eine überaus komplexe Frage, welche der Aspekte in den vielfältigen Formaten, die Sie planen, hier aufgelistet werden. Aber das ist auch genau das, glaube ich, was die Öffentlichkeit von einer ernst zu nehmenden Öffentlichkeitsbeteiligung erwartet. Die meisten Bürger wissen, dass nicht jede Einzelmeinung in jedem Detail in einen solchen Bericht gehört, sondern es geht darum, dass Sie genau durch die Auswahl dieser Abwägungsfragen symbolisieren und zeigen, dass Sie die wichtigen gesellschaftlichen Debatten aufgegriffen haben, dass Sie sie zur Kenntnis genommen haben und dass Sie wohl begründet, darauf aufbauend, Ihre Empfehlung aussprechen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Voges.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Wir mussten uns in der Geschäftsstelle schon einige Gedanken über den Endbericht machen, und die Überlegung war: Es gibt einen Anhang zu dem Endbericht, also sozusagen einen Band 2, in dem alle Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung dokumentiert sind, und die Kommission steht sozusagen in der Pflicht, zu begründen, wenn sie diesen Voten nicht folgen will. Die Arbeitsgruppe 1 müsste sich - jedenfalls aus meiner persönlichen Sicht - noch Gedanken darüber machen, welche Gründe überhaupt statthaft sind. In erster Linie wären das natürlich Gründe der Sicherheit, wenn die Kommission zu der Auffassung gelangt, ein bestimmter Vorschlag gefährdet die Endlagersicherheit. Das müsste dann aber auch noch genauer formuliert werden. Es sind sicherlich auch noch andere Gründe denkbar, wenn man bestimmten Vorschlägen nicht folgen will. Es wäre aus meiner Sicht Aufgabe genau dieser Arbeitsgruppe, das festzulegen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Sommer, jetzt bitte keine inhaltliche Diskussion zu der Frage, zu welchen Fragen die Kommission wie Stellung nimmt. Wir haben jetzt ausschließlich

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

die Frage von Frau Kotting-Uhl zu behandeln: Ist es im Berichtsteil oder es im Anhang? Auch das würde ich jetzt nicht ausdiskutieren wollen. - Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Da stimmen wir völlig überein. Ich stehe seit Beginn der Diskussion über die Einladung auf der Liste und komme nicht zum Zuge.

Wir diskutieren gerade ein immens wichtiges Thema, aber wir diskutieren es angesichts des Zeitbudgets, das wir haben, zum falschen Zeitpunkt. Ich habe immer gesagt, wir müssen darüber Klarheit haben, bevor die Veranstaltung stattfindet. Wir müssen auf dieser Veranstaltung etwas Fundiertes dazu sagen können. Da bin ich jetzt ein bisschen entspannt. Wir haben vorher noch eine Sitzung, und wir werden uns sicherlich noch intensiv damit beschäftigen. Aber wenn ich es richtig verstanden habe, soll diese Einladung eigentlich morgen verschickt werden. Dann bitte ich doch darum, dass wir jetzt einmal schauen, ob sie morgen so verschickt werden kann. Ich habe dazu eine klare Position: So kann sie morgen nicht rausgehen. Ich erkläre auch gerne, warum.

Vorab: Ich habe es gestern Morgen bekommen, habe es tagsüber nicht richtig anschauen können, hatte aber gestern Abend eine Veranstaltung und habe das einmal einigen Personen gezeigt und habe dann ganz erschrocken festgestellt - das geht mir so wie Ihnen wohl auch -: Wir sind natürlich fürchterlich betriebsblind. Es ist anders, wenn sich jemand, der unvorbelastet ist und der die Diskussion in der Kommission und auch in der Arbeitsgruppe nicht mitbekommen hat, den Flyer ansieht.

Da wir immer den Begriff der „Auftaktveranstaltung“ vermeiden wollten - was uns nicht immer gelingt und auch heute nicht immer gelungen ist -, ist doch eines klar: Diese Veranstaltung ist für

die Öffentlichkeit letztlich der Beginn eines Beteiligungsprozesses. Das aber wird in diesem Flyer nicht deutlich. Ich habe ihn gestern fünf Personen gezeigt, und alle fünf waren übereinstimmend unabhängig voneinander der Meinung, das sei dann ja wohl die Beteiligung der Kommission. Das liegt schlicht und einfach daran, dass wir in diesen Flyer - weder in dem Einleitungstext der Vorsitzenden noch im Programm - deutlich machen - der Begriff des lernenden Verfahrens kommt in diesen Flyer nicht einmal vor; der gehört unbedingt hinein -, dass wir diese Veranstaltung eigentlich machen, um zu lernen, wie wir beteiligen können. Das Programm gibt das auch wieder, aber wir sagen das an keiner Stelle.

Ich glaube nicht, dass wir diesen Flyer fundamental verändern müssen, aber wir müssen an der Einleitung in ein, zwei Sätzen noch etwas drehen. Es muss klar werden, mit welcher Offenheit wir jetzt noch unterwegs sind und dass das nicht die einzige und letzte Veranstaltung in diesem Bereich ist. Das kann man dort nämlich herauslesen, und das tun Menschen, die unsere Diskussion nicht verfolgt haben, leider.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Dirks, bitte.

Helma Dirks: Es ist mehrfach gesagt worden, dass es nicht „Auftaktveranstaltung“ heißt, dass es aber der Beginn einer Reihe ist. In dem Konzept, an wen die Einladung verschickt werden soll - einerseits über die Kommissionsmitglieder, wozu wir einen Vorschlag in Form einer Liste gemacht haben, und andererseits über Institutionen -, haben wir in dem Einladungsschreiben, das wir in der E-Mail mitschicken - diesbezüglich müssten wir noch klären, ob es von Herr Voges oder auch von DEMOS/Prognos verschickt werden soll -, sehr wohl dargelegt, dass das auch der Anfang für den weiteren Prozess ist, dass also noch mehrere Veranstaltungen folgen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Frau Dirks, ich habe den Flyer auch erst heute bekommen. Wir können jetzt, glaube ich, keine Textarbeit machen. Ich würde das aber auch in dem Sinne sehen, wie es Herr Sommer gesagt hat. Umgekehrt würde ich sagen, es wird in den drei Absätzen, die unter „Sehr geehrte Damen und Herren“ stehen, nur über die Standortsuche und nicht über die Beteiligung an der Kommissionsarbeit gesprochen. Das geht so nicht. Ich meine, daran muss noch ein bisschen redaktionell gearbeitet werden. Momentan steht da nur, dass es Abfälle gibt, dass die Kommission die Suche und Auswahl vorbereitet und dass sie ein Auswahlverfahren entwickelt. Im Dialog sollen dann zentrale Fragen der Suche und der sicheren Verwahrung erörtert werden. Es steht aber überhaupt nicht drin, dass auch die Kommissionsarbeit begleitet wird und dass das die Einleitung ist. Ich will jetzt wieder nicht das Wort „Bericht“ verwenden, aber es muss irgendwie deutlich werden, dass die Kommissionsarbeit begleitet wird. Das können wir jetzt aber nicht hier zusammen machen. - Herr Voges.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Die Formulierung unter „Sehr geehrte Damen und Herren“ ist mit den beiden Vorsitzenden so abgesprochen und vereinbart und von ihnen auch genehmigt worden.

Wo einfach noch Platz ist, ist auf der Seite, wo oben „Anmeldung“ steht. Bei der Formulierung bezüglich der weiteren Informationen ist der Deutsche Bundestag falsch, und „Presserechtlich verantwortlich“ könnte auch noch nach unten. Da könnte man einfach noch einen Text einfügen in dem Sinne, dass weitere Veranstaltungen folgen werden usw. Ich schlage vor, dass wir entsprechend verfahren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Es tut mir leid. Das ist jetzt natürlich sehr schwierig. Das entspricht nicht meiner antiautoritären Haltung.

Hier steht: „Durch Ihre Teilnahme können Sie die Regeln der Standortsuche mitgestalten“. Ich finde es ausgesprochen schwierig, dass sich darin eigentlich die Mitwirkung erschöpfen soll. - Herr Sommer, bitte.

Jörg Sommer: Ich konnte das Thema noch kurz mit Herrn Müller besprechen, als er hier war. Er sieht völlig ein, dass in der Einleitung unter Umständen noch einmal Hand angelegt werden muss. Es ist also nicht so, dass das jetzt Gesetz ist.

Mein Vorschlag wäre, dass auch im Vorwort deutlich wird, dass es um die Beteiligung an der Kommissionstätigkeit geht, dass das der Beginn des Verfahrens ist und dass wir lernen wollen, also dieser Begriff dieses lernenden Verfahrens. Man sollte den beiden Vorsitzenden noch einmal einen Vorschlag machen und es auf dem kurzen Dienstweg abstimmen. Die sind dann sicherlich mit dabei.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, das ist die Bitte der AG an die Kommissionsvorsitzenden, vermittelt über Herrn Voges. Gibt es dagegen Widerspruch? - Nein. Dann ist es ein konsensualer Vorschlag. - Frau Dirks.

Helma Dirks: Wir hatten eigentlich vor, es heute gleich nach dem Mittag zur Agentur zu geben, damit der Flyer überarbeitet wird. Das verschiebt sich jetzt. Dementsprechend hatten wir vor, dass morgen das Anmeldeportal freigeschaltet wird und dass über die E-Mails alles verteilt wird und eine Pressemeldung herausgegeben wird. Das verschiebt jetzt, je nachdem, wie lange es dauert, es mit den Vorsitzenden noch einmal abzustimmen. Ich gebe zu bedenken, dass wir in dieser Woche noch einen Feiertag haben.

Jörg Sommer: Herr Voges, wollen wir beide uns gleich kurz zusammensetzen und zwei oder drei Änderungsvorschläge machen? Die schicken wir

dann Herrn Müller und Frau Heinen-Esser. Ich glaube, dass das wahrscheinlich noch heute über den Tisch gehen kann.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde es sogar ein bisschen zuspitzen und würde sagen, das muss heute sein, denn es jetzt nicht sein kann, dass wir wegen zwei, drei Formulierungen eine zeitliche Verzögerung haben. Dann muss man eben eine konzertierte Telefonaktion machen. Die Vorsitzenden vertrauen uns doch insoweit. Ich möchte auch keinen Text haben, den ich nicht gesehen habe, aber das ist doch jetzt keine Tragödie.

Ich würde gerne den Tagesordnungspunkt schließen, frage jetzt aber noch einmal Frau Dirks und Herrn Hagedorn, ob sich von unserer Runde noch eine Mitwirkung brauchen. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Die Veranstaltung „Bürgerdialog Standortsuche als Beginn eines lernenden Prozesses“ ist jetzt konzipiert, und es gibt zum Glück viele Verteiler, das heißt, Möglichkeiten, Teilnehmer zu rekrutieren. Ist vorgedacht, dass wir auch damit umgehen können, dass wir beispielsweise auch mit 500 Rückmeldungen von Personen, die ernsthaftes Interesse bekunden, umgehen können?

Helma Dirks: Auch hier gilt die Rahmenbedingung, dass wir eine Veranstaltung für 200 Teilnehmer angeboten haben. Es kann der eine oder andere mehr werden, je nach den Raumkapazitäten. Aber da sind dann auch die Grenzen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde gerne noch die wissenschaftliche Begleitung machen. Diese Veranstaltung ist sozusagen so gut wie fertig. Sie wird seit vier Wochen vorbereitet. Wir sind jetzt absolut auf der Zielgeraden.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Das ist richtig, Herr Gaßner. Trotzdem: Wir müssen uns Gedanken machen, und ich würde den Dienstleister bitten, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir damit umgehen, wenn deutlich mehr als 200 Anmeldungen eingehen, was ja nicht völlig auszuschließen ist. Es wäre eine Katastrophe, wenn wir dann mit Kontingentierung anfangen müssen, oder wie auch immer. Es muss beherrscht werden. Das muss man jetzt nicht diskutieren, aber das sollten wir als Auftrag formulieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das möchte ich unterstützen. Es muss einen Plan B geben, wenn beispielsweise 400 oder 800 Anmeldungen eingehen. Das wird dann zwar sicherlich etwas rudimentär zu organisieren sein, aber Sie sollten sich überlegen, wo man dann eventuell ausweichen könnte, selbst wenn es dann nicht so kommod ist wie in der Jerusalemkirche. Das war Punkt 1.

Punkt 2: Herr Gaßner, Sie wollten jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen. Heißt das, dass dieses Papier jetzt verabschiedet ist? Dann hätte ich schon noch eine Anmerkung.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Bitte einen ganz kleinen Moment. Dann muss ich aber eine Nuance strenger werden. Die Diskussion über die Veranstaltung ist nicht nur in der Arbeitsgruppe 1 geführt worden. Die Veranstaltung wird insbesondere auch von der Kommission durchgeführt. Ihre Forderung, es soll einen Plan B für 400 oder 800 Personen geben, wird nicht erfüllt sein. Es ist schlicht nicht so, denn es gibt die entsprechenden Vorkehrungen nicht, und die sind dem Dienstleister auch nicht aufgegeben worden. Man kann sich jetzt in der Tat überlegen, was passieren würde, wenn der Anmeldestand so ist. Dann können wir natürlich auch ein Notprogramm fahren, aber ich glaube nicht, dass das

jetzt in dem Sinne Gehör findet, dass einer aus der Runde - das muss ich jetzt so streng sagen - sagen kann: „Ich habe ja darauf hingewiesen, es muss einen Plan B geben.“ Es gibt den Plan B nicht.

Jetzt müssten Sie sich überlegen, Herr Jäger und Herr Kudla, ob Sie das tatsächlich so streng vorsehen, dass Sie das einmal angesprochen haben. Aber es war schon eine große Mühe für den Dienstleister, letztendlich den derzeit vorgesehenen Raum zu bekommen. Wir sind in der Bundeshauptstadt Berlin, und je größer die Räume werden, desto besser wird es auch, aber man sollte jetzt wirklich realistisch bleiben. Ich frage mich, ob wir jetzt die Zeit darauf verwenden sollten. Wenn dieser Fall eintreten sollte, dann müssen wir uns damit beschäftigen. Oder wollen Sie das jetzt wirklich als Zusatzauftrag haben? Das könnten die natürlich in dem Sinne auch machen, aber dann würde das auch ein Budget erfordern, denn damit ist einiger Aufwand verbunden.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Das ist eine Aufgabe, die gelöst werden muss. Damit sehe ich jetzt auch keine große Budgetfrage verknüpft. Ich halte es für durchaus im Bereich der Realität, dass so etwas passieren kann. Wir brauchen das nicht lange zu diskutieren. Ich halte es für selbstverständlich, dass man das überlegt und dazu eine Antwort hat, und nicht überrascht wird. Wenn wir die Anmeldezeiträume sehen, dann haben wir nur noch eine sehr kurze Reaktionszeit. Wenn wir erst dann anfangen zu überlegen, haben wir verloren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Kudla.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das müssen wir doch nicht heute diskutieren.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das müssen wir nicht heute diskutieren. Das soll die Geschäftsstelle mitnehmen und sich zusammen mit DEMOS/Prognos etwas dazu überlegen. Ich stelle mir vor, es kommen 400 Anmeldungen, und Sie müssen 50 Prozent derjenigen, die kommen wollen, zurückweisen. Das wäre eine Katastrophe - das muss ich Ihnen so sagen -, denn dann kann die Kommission, wenn sie schon die Beteiligung groß in den Vordergrund stellt, nicht einmal eine entsprechende Veranstaltung organisieren. Hauptsache, wir haben einen Raum. Dann gibt es eventuell keinen Kaffee dazu; das mag sein. Aber wer will, muss teilnehmen können. Das ist Punkt 1.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder.

Michael Fuder: Gegenrede: Es muss planbar sein. Es ist angekündigt, dass es eine begrenzte Platzzahl gibt. Sollte dieser - aus meiner Sicht unwahrscheinliche - Fall eintreten, halte ich es für völlig falsch, auf einmal eine Konzeption, die hier diskutiert ist, innerhalb von drei Tagen über den Haufen zu werfen. Daran hängen viel zu viele konzeptionelle bzw. methodische Fragen, als dass man das mal eben ändern könnte. Sollte das auftreten, sollte man es auf der Veranstaltung sagen, und dann muss es eben vielleicht noch eine Zusatzveranstaltung geben, relativ kurzfristig, die ein bisschen anders gestrickt ist, um niemanden auszuschließen. Aber wir würden jetzt, glaube ich, vollkommen falsch liegen, auf einmal ein Notprogramm mit Plan B zu machen. Ich bin strikt dagegen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Was Herr Fuder sagt, kann ich nur operativ noch unterlegen. Wir werden nicht die Situation haben, dass wir 300 Leute ausladen müssen, weil es zum einen relativ unwahrscheinlich ist, dass der Zuspruch so groß ist. Zum anderen aber auch ganz einfach: Es gibt ein

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Online-Formular, und wenn 200 Plätze vergeben sind, wird es auf eine Voranmeldeliste umgeschaltet. Das heißt, die Personen, die dann versuchen, sich anzumelden, wissen: Der Raum ist voll. Ich kann mich aber anmelden und komme auf eine Warteliste. Wenn dann Stornierungen kommen, können welche nachrücken. Das ist ein ganz reguläres Vorgehen, das - so denke ich - keine Kritik hervorrufen wird.

Wenn dann aber sozusagen Proteste kommen, wird das in Form einer Demonstration auf der Straße stattfinden. Das ist ein völlig anderes Szenario. Damit müssen wir dann aber auch umgehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Lübbert, bitte.

Dr. Daniel Lübbert (Geschäftsstelle): Wenn das, was Herr Hagedorn gerade gesagt hat, Zustimmung findet, will ich dem nichts hinzufügen. Wenn nicht, würde ich noch etwas ergänzen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde einmal vermittelnd sagen, es ist eine neue Information, dass der Computer das entscheidet und dass die Formulare umgestellt werden. Das ist mir neu. Das halte ich nicht unbedingt für zweckmäßig. Ich weiß nicht, da sind jetzt gerade die Fragen des Managements in einer bestimmten Konkurrenz.

Ich würde Sie doch bitten, wenn wir in die Nähe kommen, dass dann noch einmal eine Entscheidungsmöglichkeit erwächst. Wie die aussieht, müssen wir dann gemeinsam beraten. Aber jedenfalls sollten wir jetzt wiederum vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Auffassungen Konsens in Bezug auf die Frage finden. Dass der Computer ab 200 Anmeldungen umschaltet, möchte ich nicht als Konsens festhalten. Es sollte dann bei 170 oder 180 Anmeldungen eine Warnleuchte kommen, damit wir dann noch einmal

debattieren können, ob das jetzt ein Tag vor Anmeldeschluss ist oder nicht.

Insoweit bitte ich Sie, Vorkehrungen dafür zu schaffen, dass es eine Rückmeldung gibt und dass darüber, bevor es letztendlich zu einer Neuanmeldung kommt, hier noch einmal diskutiert wird. Dann hätten wir tatsächlich die Gewähr, dass wir noch einmal darüber sprechen und heute keine Unwägbarkeit noch zu einer Leidenschaft erwachsen lassen.

Ich habe natürlich auch Verständnis dafür - so sind wir auch angetreten -, dass wir gesagt haben, wir wollen möglichst den Zugang eröffnen. Das ist völlig klar. Wir haben aber auf der anderen Seite mit der Forderung nach 400 Teilnehmern auch eine strenge Vorgabe. Dem werden wir mit einer bloßen Halle ohne Kaffee nicht Genüge tun können.

Aber jetzt rede ich auch schon wieder zu viel. Wir diskutieren, wenn wir bei einem Stand von 170 Anmeldungen sind, noch einmal, wie wir damit umgehen. Können wir uns darauf verständigen? Sind die anderen auch damit einverstanden? - Herr Pols bitte noch einmal.

Abg. Eckhard Pols: Das, was Herr Kudla sagt, ist ja nicht so ganz abwegig. Wenn man sich nur einmal die Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 29. April 2015 ansieht - das ist schon fast 14 Tage her -, dann macht Herr Meister schon großartig Werbung dafür, dass der 11. Jahrgang des Gymnasiums Lüchow am 20. Juni 2015 kommen will. Gehen wir einmal davon aus, dass es 20 oder 30 Jugendliche sind, dann sind schon 10 Prozent der Plätze vergeben. Ganz so abwegig ist das also nicht, was Sie sagen. Sie müssen also schon mit dem Plan B rechnen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wie fange ich jetzt die Empörung von Herrn Jäger ein? Mir ist das jetzt auch nicht ganz verständlich. Das eine

ist, dass man mehr Flexibilität zeigt. Das andere ist, dass man ein bestimmtes Format hat. Ich möchte jetzt nicht dafür werben, dass wir uns eher darauf einstellen, dass es weniger sind. Ich möchte jetzt auch nicht dafür werben, dass letztendlich viele Anmeldungen da sind, die dann gar nicht zu einer Präsenz führen. Wir können uns jetzt viele Szenarien vorstellen. Ich würde ganz bodenständig bleiben und sagen: Wir haben jetzt erst einmal ein Format für die Jerusalemkirche, die nur eine bestimmte Atmungsmenge hat, und jetzt lassen Sie uns einfach einmal abwarten. Wenn ein bestimmter Fall eintritt, dann gehen wir mit dem auch um. Der wird nicht in erster Linie sein, dass wir das zu eng machen. Lassen Sie uns jetzt ruhig darauf zugehen.

Ich habe Herrn Kudla vielleicht zu vehement widersprochen, aber vielleicht war es auch noch einmal wichtig, denn einen Plan B für 400 Teilnehmer haben wir momentan nicht. Aber wir werden das noch einmal mitnehmen. Wenn wir wiederum einen Raum optionieren würden, würde das auch etwas kosten. Nehmen Sie das einfach noch einmal mit: Wie würden wir in diesem Fall reagieren?

Wir haben das Konzeptpapier und die Anmerkung von Herrn Kudla im Verhältnis zu der Vergabe der wissenschaftlichen Begleitung. Die wissenschaftliche Begleitung soll sozusagen bekannt gegeben werden. Diese Minigeschichte mit der Umwelt besprechen wir hier nicht; das ist erledigt. Ich habe einmal nachgesehen: Einige Vorsitzende haben zugestimmt. Die Vorsitzenden sollen immer nur zustimmen, wenn kein anderes Gremium zur Verfügung steht. Deshalb sollten wir an dieser Stelle auch zustimmen. Wir können es aber nicht in den Arbeitsgruppen diskutieren, weil wir die Liste der Aufzufordernden nicht öffentlich machen und weil wir, wie ich glaube, die Eckpunkte nicht ausgeteilt haben. Von daher schaue ich jetzt Herrn Sommer und

Herrn Jäger an, was wir eigentlich machen können. Wir können nur um Verständnis dafür bitten, dass es morgen verschickt werden soll, und dass wir deshalb die Bitte an die Arbeitsgruppe 1 richten, darauf zu vertrauen, dass die Kombinationen Meister/Jäger/Sommer/Gäbler/Gaßner mit einer Draufsicht der zwei Vorsitzenden und einer Rückkopplung zu den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 2 und Arbeitsgruppe 3 - das sind ungefähr zwölf Personen - damit befasst sind. Diese Personen würden morgen den Auftrag zur wissenschaftlichen Begleitung dieses Begleitprozesses auf den Weg geben. Dann würde wiederum eine Vorauswahl getroffen werden, wer in Frage kommt. - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Weil da jetzt Irritationen entstehen, die gar nicht sein müssen: Es wird keine Auswahl in irgendeinem Kreis geben, sondern die Kommission wird das entscheiden; das ist völlig klar. Es ging nur die Ausschreibung. Da hätte ich im Grunde auch kein Problem gehabt, sie in der Arbeitsgruppe zur Verfügung zu stellen. Wir haben immer gesagt, Listen von Personen sind vertraulich, und zwar aufgrund des Personenschutzes. Aber die Ausschreibung an sich hätte man durchaus verteilen können. Ich würde auch dafür plädieren, das im Nachhinein zumindest zur Kenntnisnahme zu geben. Es gibt es keinen Grund dafür, dass es geheim wäre.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Das hängt in erster Linie auch mit der Konstellation der Geschäftsstelle zusammen. Es hat jetzt keinen inhaltlichen Hintergrund. Das sehe ich genauso, wie Sie es sagen. Da können wir nachreichen.

Hätten wir damit dieses Thema erledigt? Dann komme ich jetzt wieder zu dem anderen zurück. Alle Punkte klar? Wissenschaftliche Begleitung; kleine Konzeption, von Herrn Sommer und Herrn Jäger ausgearbeitet, dass das, was jetzt an Einzelbausteinen kommt, noch von Personen,

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

die sozialwissenschaftlich ausgebildet sind, zusammengehalten wird und dass uns eine Auswertung gegeben wird, aus der wir lernen können und aus der dann möglicherweise auch wiederum Bausteine in den Bericht kommen. Für mich wäre das ein Baustein, der dann auch wieder „Bericht über den Beteiligungsprozess“ lautet. Das finde ich als eigenständige Sache sehr wichtig.

Okay, dann haben wir diesen Punkt erledigt, und zwar ohne Beschlussfassung, sondern mit Kopfnicken, weil nichts zu beschließen war.

Wir kommen zu dem Papier „Konzept für die Veranstaltung am 20. Juni 2015“ zurück. Herr Kudla wollte dazu noch Anmerkungen machen, zu denen ich ihn jetzt einlade.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Der Abschnitt 2 heißt „Ziele der Veranstaltung“. Da haben Sie die Ziele fett gedruckt, und es heißt dort: „Die breite Öffentlichkeit ist über die Arbeit der Kommission informiert.“ Ich würde es etwas anders ausdrücken, denn das klingt immer so, als wenn das Ergebnis schon vorweggenommen wird. Ich würde schreiben: „Die breite Öffentlichkeit soll über die Arbeit der Kommission informiert werden.“ Wenn wir, nachdem wir die Veranstaltung rekapituliert haben, feststellen, die breite Öffentlichkeit ist über die Arbeit der Kommission informiert, dann ist das etwas anderes, aber ich würde bei den fettgedruckten Sätzen in Abschnitt 2 immer auf „soll“ umstellen. Das schlage ich noch vor.

Der zweite Punkt ist der Verteiler, Punkt 4.2. Ich weiß nicht: Sprechen wir über den Verteiler noch einmal?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das Papier ist jetzt aufgerufen. Weil ich von hinten nach vorne vorgegangen bin, können Sie es jetzt gerne auch

aufrufen, nachdem wir das gesamte Papier bearbeitet haben. Der Verteiler wird jetzt besprochen, wenn Sie ihn aufrufen.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Dort sind als Erstes die Gewerkschaften genannt. Es gibt natürlich noch andere Verbände, zum Beispiel die Arbeitgeberverbände, die auch in der Kommission vertreten sind. Dort könnte man es genauso hingeben. Ich weiß nicht, warum sie explizit angenommen worden sind.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das Kommissionsmitglied kenne ich noch nicht. Wer ist hier Arbeitgeberverband?

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ansonsten schlage ich vor, in den Verteiler noch den Projektträger Karlsruhe aufzunehmen. Der Projektträger Karlsruhe hat eine Liste der in der Endlagerforschung tätigen Organisationen und lädt diese auch immer in die Statusgespräche ein. - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Mir geht es auch um diesen Verteiler. Ich finde es, ehrlich gesagt, sehr eigenartig, eine Liste herauszugeben und auch öffentlich zu machen, wo sozusagen bestimmte Akteure in der Gesellschaft bestimmten Kommissionsmitgliedern zugeordnet werden. An manchen Stellen drängt sich das sicher auf, aber warum Herr Jung jetzt für den Bundesverband Erneuerbare Energien zuständig ist oder Herr Jäger für 620 Bürger an den Zwischenlager- und Kraftwerkstandorten, erschließt sich mir nicht. Deswegen würde ich darum bitten, das zurückzuziehen.

Eingeladen wird von den Kommissionsvorsitzenden oder von der Gesamtkommission, und dann kann man den Appell an alle richten, dass sie das natürlich über ihre Verteiler weiterleiten. Ich glaube, das machen wir auch automatisch. Aber

eine solche Liste herauszugeben, finde ich ein bisschen eigenartig.

Dann zu den Bürgerinitiativen an den Zwischenlagerstandorten. Da geht es mir ähnlich. Das ist eine relativ willkürliche Auswahl von drei Bürgerinitiativen. Ich würde sagen, es kann zu großen Kränkungen führen, wenn so etwas öffentlich wird, weil die, die dann nicht dabei sind, sehr viel mehr sind als diejenigen, die dabei sind.

Bezüglich der Behörden möchte ich darauf hinweisen, dass es das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung bisher nicht gibt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Da haben wir aber eine Homepage.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Die gibt es trotzdem nicht; darauf haben wir uns verständigt. Das ist noch kein Bundesamt. Das ist eine Stelle mit zwei Dutzend Menschen, glaube ich.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Können wir vielleicht diese Anmerkungen inhaltlich diskutieren, und dann machen wir den Verteiler? Die Anmerkungen von Herrn Kudla, ergänzt noch um eine Vorlage. Haben das alle, oder hat das nur der Vorsitzende als Tischvorlage von Herrn Grunwald? Habe nur ich das? Da steht: „Antworten auf fachliche Fragen des Kommissionsberichts sind besprochen. Nicht nur der Beteiligungsprozess, auch fachliche Fragen zur Standortsuche werden in Gruppen diskutiert.“ Das ist jetzt ein Ausschnitt aus dem ersten Papier, ist aber genau das Gleiche, was Sie sagten.

Nächster Satz: „Die Ergebnisse fließen in den Kommissionsbericht ein.“ Das sagte Herr Grunwald. Ich würde vorschlagen, diesen Passus anders zu formulieren. Grund: Im ersten Teil ist unklar, was fachliche Fragen des Kommissions-

berichts sind. Zum Zweiten gibt es kein imperatives Mandat, nach dem Ergebnisse direkt in den Kommissionsbericht übernommen werden. Ich finde, die Kommission soll durch die Veranstaltung lernen, darf sich aber nicht Ergebnisse vorgeben lassen. Mein Ersatzvorschlag: „Argumente, Sorgen und Positionen der Teilnehmer sind erfasst. Nicht nur der Beteiligungsprozess, auch fachliche Fragen zur Standortsuche werden in Gruppen diskutiert. Die Ergebnisse fließen in den Beratungsprozess der Kommission ein.“ Wenn das ungefähr die Richtung ist, Herr Kudla, dann gebe ich das jetzt Frau Dirks, damit wir das jetzt nicht weiter diskutieren.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das kann man nicht in den Flyer hineinschreiben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nein, nicht in den Flyer. Es ging jetzt darum, dass Herr Kudla darum gebeten hatte, sich noch einmal die entsprechende Stelle innerhalb des Konzepts für die Veranstaltung anzugucken, und Herr Grunwald hat eine vergleichbare Anmerkung zu dem anderen gemacht. Nachdem wir jetzt keine Redaktionsarbeit machen, glaube ich, dass die Formulierung, es gibt kein imperatives Mandat, sehr verkürzt auch das ist, was Sie meinen, und dann sollte bitte noch einmal geguckt werden, ob dieser Eindruck entstehen könnte. Da würde ich diese Formulierung von Herrn Grunwald aufnehmen. Ist das okay? Dann würde ich Ihnen das geben. Sind die anderen einverstanden? - Gut.

Dann wären wir beim Verteiler.

Helma Dirks: Noch einmal zu den Zieldefinitionen. Ein Ziel ist ein in der Zukunft liegender gewünschter Zustand, und das bezeichnet man eigentlich, wenn man das semantisch richtig macht, als Ist-Zustand. Ob man ihn erreicht, bleibt offen. Ich verstehe Ihre Irritation, aber grundsätzlich ist ein Ziel so richtig formuliert.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Das heißt ja nicht, dass man das erreicht, sondern es ist das, was man erreichen möchte.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wissenschaftlicher Widerspruch? Parlamentarischer Einwurf? - Okay.

Helma Dirks: Dann würde ich, wenn Sie einverstanden sind, den Verteiler mit den Hinweisen gerne aus dem Konzept herausnehmen. Ich wollte Ihnen heute nur ein Papier vorlegen, das komplett ist.

Wir sind Ihrer Bitte von der letzten Sitzung nachgekommen, Vorschläge zu unterbreiten, welche Mitglieder die Einladung an welchen Verteiler verschicken können. Darüber hinaus kann es natürlich jedes Mitglied machen, wie es das will, sodass das möglicherweise ein Schneeballsystem ist. Deswegen haben wir hier geguckt: Wer ist in welchen Organisationen verankert? Herr Sommer ist zum Beispiel im Schriftstellerverband verankert. Den kann er auch noch anschreiben. Ich finde, das wäre auch interessant.

Jörg Sommer: Sie kennen meine Kollegen nicht.

Helma Dirks: Aber ich kenne auch Schriftsteller. - Aber wir können das gerne herausnehmen. Das ist jetzt ein Vorschlag, um zu sehen: Was repräsentiert die Kommission selbst eigentlich schon?

Dann steht dort auch: „alle Kommissionsmitglieder“. Es wäre gut, wenn die Kommissionsmitglieder eine entsprechende Rückmeldung geben würden, damit man das weiß.

Wir haben uns überlegt: Welche Organisationen kann man noch ansprechen, verbunden mit der Bitte um Weiterleitung? Dabei sollten wir deutlich machen, dass es auch an Bürgerinnen und Bürger weitergeleitet wird.

Wenn Sie diesbezüglich noch Ergänzungen haben, nehme ich die gerne an. Ich hatte jetzt nur aufgenommen, dass das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung noch nicht gegründet worden ist, dass es aber schon irgendwie vorhanden ist. Also streichen?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich habe Ihr Bemühen natürlich erkannt. Mir war jetzt auch nicht bewusst, dass das öffentlich ist. Ich würde sagen, die Zuordnung von Herrn Jung zum BEE ist selbsterklärend, weil er im parlamentarischen Beirat sitzt. Ich würde das streichen. In erster Linie geht es allerdings darum, dass wir die Liste erweitern, und das ist ja die Herausforderung. Von daher ist es wiederum so: Wie machen wir das? Vielleicht nimmt man das als Aufhänger und füllt es bis Montag noch weiter auf, wer etwas dazu beitragen könnte. Sollen wir das so machen? Morgen beginnt die Versendung, oder? Man kann das ja nachschicken.

Helma Dirks: Okay.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann wäre für Montag die Bitte an alle, sich noch einmal zu überlegen, wie man den Verteiler verbreitert, um insbesondere auch Befindlichkeiten, die ich sofort verstehe, zu berücksichtigen und die Verteilerliste entsprechend zu ergänzen.

Sind wir damit am Ende unserer Sitzung angekommen? Das Papier zu der Veranstaltung würde am Montag noch einmal verteilt werden. Das Papier zu der Konzeption würden Sie noch einmal in den Punkten, die wir heute besprochen haben, überarbeiten und den Rest dann gegebenenfalls in der alten Fassung lassen. Wir wollen der Kommission ja nicht vorenthalten, was Sie insgesamt gemacht haben. Gäbe es also das alte Papier plus ein neues Papier? Das wäre für Sie einfacher, wenn man die Entwicklung sieht.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Hans Hagedorn: Nein, ich denke, die einfachste Variante ist, die bestehenden Inhalte anders zu strukturieren, wie es heute Vormittag gesagt worden ist. Das würde ich als neue Version des bestehenden Papiers machen. Da muss das verteilt werden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das hatte jetzt nur den Hintergrund, dass die Bitte, einen Teil zurückzustellen, nicht eine abschließende Entscheidung generieren sollte. Aber es ist wahrscheinlich von der Lesbarkeit her besser, wenn wir zunächst einmal sagen: Das ist unser Konzeptvorschlag. Ist das, was Sie sonst gemacht haben, schon auf der Homepage?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Nein.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ist das die Kommissionsdrucksache für Montag? - Nein. Das heißt, Sie entscheiden mit, was am Montag der Kommission vorliegt. Würden Sie das bitte noch einmal einen Moment überlegen: Sie entscheiden mit, was am Montag der Kommission vorliegt, ob ihr nur das neue Papier vorliegt oder ob man irgendeiner Weise - -

Thorben Becker: Das ist eine AG-Drucksache.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das ist eine AG-Drucksache? Bei mir steht nur „Fassung vom“. Die anderen haben es als Drucksache? - Okay. Herzlichen Dank.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Es ist eine AG-Drucksache. Das haben wir doch vorher nachgeguckt. Das steht im Internet.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank.
- Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Eine kurze Anmerkung, weil Sie jetzt über viele Befindlichkeiten gesprochen haben und gefragt haben: Was wird veröffentlicht?

Lehnen wir uns da nicht zu weit aus dem Fenster? Das war heute insgesamt das unterliegende Thema. Ein Appell: Wenn wir uns in dieser Arena der Öffentlichkeit bewegen, dann ist es ein chaotisches Element, wie es schon gesagt wurde, und dann müssen wir uns auch trauen, einmal eine Einladungsliste irgendwie unvollständig zu haben. Es muss eben operativ auch vorangehen. Alles immer hundertprozentig irgendwie sauber zu haben, ist gleichzeitig auch der Imperativ des Stillstandes, und dann kommen wir gar nicht voran. Also: Mut zum Informellen, Mut zum Chaotischen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde mich dem gerne anschließen und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

(Schluss der Sitzung: 14.05 Uhr)

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe

Harmut Gaßner

Ralf Meister